

ZEITSCHRIFT FÜR

GEO POLITIK

XIII. JAHRGANG 1936

8.

HEFT / AUGUST

Um den Südosten Europas

Ouvrier: Donauraum oder Südosteuropa

Török: Donaufrage — vom Mittelpunkt gesehen

Trich: Die Slowakei — Staatsgestaltung u. Wirtschaftsformun

Philby: Tibet: Bollwerk oder Durchzugsweg II

v. Schoultz: Die Lage in Ostasien

Springer: Empire-Rundfunk

Scheibe: Formkräfte der Landschaft V

Postvertrieb ab Leipzig

ZEITSCHRIFT FÜR GEOPOLITIK

verbunden mit der Zeitschrift

WELTPOLITIK UND WELTWIRTSCHAFT

begründet von

Professor Dr. KARL HAUSHOFER und Professor Dr. ERICH OBST

Herausgegeben von

DR. KARL HAUSHOFER

Generalmajor a. D., o. Professor an der Universität,
München O 27, Kolberger Straße 18, Fernsprecher 480 444

Unterständiger Mitarbeit von Geheimrat Prof. Dr. K. Wiedenfeld, Leipzig, Prof. Dr. H. Lautensach, Gießen,
Dr. G. Herrmann, Leipzig, und Dr. Albrecht Haushofer, Berlin

SCHRIFTLEITUNG:

Kurt Vowinkel, Heidelberg, Wolfsbrunnenweg 36
Fernsprecher: Heidelberg 3742

Manuskript- und Buchzusendungen werden an die Schriftleitung erbeten.

XIII. JAHRGANG / HEFT 8 / AUGUST 1936

INHALTSVERZEICHNIS

AUFSÄTZE

<i>H. Ouvrier und R. Selitsch: Donauraum oder Südosteuropa?</i>	493
<i>A. Török: Die Donaufrage vom Mittelpunkt aus gesehen</i>	495
<i>E. Dittrich: Die Slowakei — Staatsgestaltung und Wirtschaftsformung</i>	504
<i>H. A. R. Philby: Tibet: Bollwerk oder Durchzugsweg? II</i>	512
<i>G. von Schoultz: Die Lage in Ostasien</i>	519

BERICHTE

<i>A. Haushofer: Berichterstattung aus der atlantischen Welt</i>	534
<i>K. Haushofer: Bericht über den indopazifischen Raum</i>	538

SPÄNE	545
--------------------	-----

GRUNDFRAGEN

<i>F. Springer: Rundfunk und Geopolitik II</i>	548
<i>W. Scheibe: Formkräfte der Landschaft V</i>	554

SCHRIFTTUMSBERICHTE

<i>K. Haushofer: Geopolitischer Schrifttumsbericht</i>	560
<i>K. Haushofer: Abschlüsse und Krönungen von Handbüchern des Wissens in ihrem Verhältnis zur Geopolitik</i>	561
<i>Hans Hummel: Büchertafel</i>	563

Preis: Vierteljahr M. 5.50 / Einzelnen M. 2.— / Jahrgang mit Inhaltsv. M. 22.—

Österreich und das Ausland (ohne die Schweiz): Vierteljahr RM 4.20, bei Zahlung in fremder Währung.
Gebunden (2 Bände) RM 28.— / Register für den Jahrgang RM —.90 / Inhaltsverzeichnis kostenlos / Einbanddecke für den Halbjahresband RM 2.—

Postscheckkonten: Kurt Vowinkel Verlag G.m.b.H. / LUDWIGSHAFEN 124 61 / WIEN 559 18 / PRAG: Kreditanstalt der Deutschen, 62730

AN SCHRIFTEN DER MITARBEITER

Dr. Erich Dittrich, Leipzig C 1, Cäcilienstr. 23^{II} — Dr. Albrecht Haushofer (AfG), Leiter des geopolitischen Seminars an der Hochschule für Politik, Berlin SW 48, Wilhelmstr. 23 — Dr. Karl Haushofer (AfG), Gen.-Major a. D., o. Professor an der Universität, Präsident der Deutschen Akademie, München O 27, Kolberger Str. 18 — Hans Hummel (AfG), Berlin-Tempelhof, Wittekindstr. 86 — Dr. Hermann Ouvrier, Berlin-Spandau, Hohenzollernring 122 — H. A. R. Philby, Glenross, Belsize Rd., London NW 6 — Unterfeldmeister Dr. Wolfgang Scheibe (AfG), Berlin-Halensee, Auguste-Viktoria-Str. 4 — Admiral G. von Schoultz, Helsinki (Finnland), Kulosaari — Dr. Franz Springer, Charlottenburg 9, Leistikowstr. 2 — Arpad Török, Hegyeshalom (Ungarn)

Die Bezeichnung (AfG) hinter dem Namen bezeichnet die Mitgliedschaft des Verfassers in der Arbeitsgemeinschaft für Geopolitik.

KURT VOWINKEL VERLAG / GMBH / HEIDELBERG / WOLFSBRUNNENWEG 36

Wenn an den Eingang dieses Heftes H. Duvrier und R. Selitsch in knapper Form die Feststellung setzen, daß der so oft herangezogene Begriff des „Donauraumes“ geopolitisch nicht echt, dafür aber politisch einseitig von französischen Auffassungen vorbelastet sei, so wird diese Tatsache durch die beiden folgenden Beiträge unmittelbar erhärtet.

Denn A. Löböl zeigt sehr eindringlich, daß dieser Begriff des „Donauraumes“ seine geopolitische Berechtigung nur von der Stärke empfängt, mit der dieses Raumes Mitte (auf der Linie Wien—Budapest) ihn durchbringt. Deren Zentralkraft ist zerschlagen, die Teillandschaften des „Donauraumes“ haben sich weitgehend autark gemacht: so ist der Ruf nach seiner Vereinheitlichung heute nur mehr ein politisches Kampfmittel, eine Waffe im Kampf um die Niederhaltung der besiegten und verstümmelten Mitte.

Und anschließend zeigt E. Dittrich in seiner Arbeit über die Slowakei, wie sich dieser Prozeß der Lösung aus dem Verband der alten österr.-ungar. Monarchie vollzog, wie die Zusammenzwingung so verschiedener Landschaften und Völker (Tschechen, Slowaken, Deutsche, Ungarn usw.) vor sich ging, welche Probleme geblieben und als dauernd zu werten sind.

Nach diesem kurzen Aufriß einer wichtigen europäischen Frage wird unsere Leser die Betrachtung fesseln, die der finnische Admiral von Schoulz über die geostrategischen Aussichten der beiden Gegner in Ostasien: Japans und Rußlands, zu machen hat. Die Stärke der russischen Stellung und die unmittelbare Bedrohung Japans durch die bolschewistischen Streitkräfte wird manchen deutschen Zeitungsleser überraschen.

H. M. R. Philby beendet seinen Beitrag über die geopolitische Bedeutung Tibets in Asien. In dem vorliegenden Teil kommt vor allem die langsame, aber bedeutungsschwere Wucht der geopolitischen Verlagerung zum Ausdruck, die sich in Innerasien vollzieht.

In den „Grundfragen“ sind es vornehmlich die Ausführungen von F. Springer, welche die Brauchbarkeit geopolitischer Betrachtungsweise dargetun: die Anwendung der im letzten Heft entwickelten methodischen Feststellungen zum Thema „Rundfunk und Geopolitik“ auf den britischen Empire-Rundfunk erweist sich als ungemein fruchtbar.

W. Scheibe endlich beschließt mit diesem Heft seine Ausführungen über die „Formkräfte der Landschaft“. Sie werden in Kürze auch als Heft 13 der „Schriften zur Geopolitik“ in Buchform erscheinen. Wie wir aus vielfachen Zuschriften und Besprechungen wissen, scheint gerade dieser — ohne wissenschaftlichen Anspruch vorgetragene — grundsätzliche Überblick über eines der strittigsten Gebiete der Geopolitik einem starken Bedürfnis entsprochen zu haben.

Die Septembernummer wollen wir zu einem weltpolitischen Heft großen Stiles ausgestalten; im Oktober werden wir, zu Beginn der besinnlicheren Jahreszeit, einen umfangreicheren Teil des Heftes der Überschau über das geopolitische Schrifttum widmen.

Die Schriftleitung

Aus dem Inhalt des Juniheftes:

V. Ebert: Geopolitische Betrachtung am Skagerrak-Lag.

F. Fernau: Raumwirtschaftliche Züge in der Außenhandelspolitik Großbritanniens.

G. von Levenar: Volk und Raum der Bretonen.

G. Fochler-Haucke: Geopolitische und wehrpolitische Eindrücke aus der Mandschurei I.

M. Haushofer: Berichterstattung aus der atlantischen Welt.

A. Haushofer: Bericht über den indopazifischen Raum.

H. Rabl: Nah-Ost-Nachtrag.

W. Scheibe: Formkräfte der Landschaft III.

B. Rauecker: Die geopolitische Bedingtheit der Sozialpolitik II.

L. Meiser: Zur Problematik des Geschichtsunterrichts.

A. Haushofer: Schrifttumsbericht aus dem indopazifischen Raum.

Aus dem Inhalt des letzten Heftes:

H. A. R. Philby: Tibet: Bollwerk oder Durchzugsweg I.

Pung Fai Lao: Die sogen. „Autonomiebewegung“ in Nordchina.

G. Fochler-Haucke: Geopolitische und wehrpolitische Eindrücke aus der Mandschurei II.

M. Haushofer: Berichterstattung aus dem atlantischen Raum.

A. Haushofer: Bericht über den indopazifischen Raum.

F. Springer: Rundfunk und Geopolitik I.

B. Rauecker: Die geopolitische Bedingtheit der Sozialpolitik III.

W. Scheibe: Formkräfte der Landschaft IV.

Der deutsche Raum:

B. Heinemann: Grenzland Ostpommern.

H. OUVRIER UND R. SELITSCH: Donauraum oder Südosteuropa?

Geopolitische Betrachtungen müssen, weil sie politischer Natur sind, notwendigerweise Schlagworte prägen und benutzen. Einmal geprägte Schlagworte können späterhin einem Sinnwandel unterliegen oder in der Hand eines Gegners gefährlich werden. Ein derart gekennzeichnetes Schlagwort ist das Wort „Donauraum“. Teils wird es ohne innere Notwendigkeit gedankenlos gebraucht, teils wird es als politisches Programmwort österreichischer und französischer Programmpolitiker absichtlich in die Diskussion geworfen und besonders in der Presse hervorgehoben. Meist aber wird es von reichsdeutschen Kreisen nur als Begriff gebraucht, der einem großen, uneinheitlichen Raum eine geographisch zusammenfassende Bezeichnung geben soll.

Im französischen Sinne werden alle Nachfolgestaaten der Habsburgermonarchie und die südöstlichen Nachbarstaaten Bulgarien, Griechenland, Albanien und die Europäische Türkei mit dem Schlagwort „Donauraum“ zusammengefaßt. In Frankreich ist das Wort „Donauraum“ der offen ausgesprochene oder stark gehoffte Wunsch, die Kleine Entente und die italienisch-österreichisch-ungarische Machtgruppe unter französischer Vorherrschaft zu einem Gebilde zusammenschweißen zu wollen, das der alten Monarchie in erweitertem Umfang gleichkommt. Der „Donauraum“ ist ein französischer politischer Wunschtraum zur französischen Vorherrschaft in Europa.

Österreichische und ungarische Legitimisten erträumen im „Donauraum“ eine ähnliche Einheit wie die Franzosen. Sie glauben, daß nur eine Monarchie die starken geographischen und politischen Gegensätze in Südosteuropa überwinden kann. Die treibenden Mächtigkeitsgruppen: die katholische Kirche, Italien und das jüdische Bankkapital, das den größten Vorteil hätte, bleiben im Hintergrund.

Auf Grund dieser Auffassung des „Donauraumes“ müssen wir uns fragen, ob es denn überhaupt eine politische Einheit gibt, die die Bezeichnung „Donauraum“ tragen könnte. Auf diese Frage gibt Graf Paul Telecki (Probleme des Donauraumes, Europäische Revue, X, 1, 1934, S. 15) Antwort: „Der Donauraum ist nichts als das Fragezeichen, das an Stelle der österreichisch-ungarischen Monarchie geblieben ist... Der Begriff (des Donauraumes) ist mit dem Doppelstaat, die Lebenseinheit mit der Autarkie Österreich-Ungarns, die Idee mit der ausgleichenden Politik Franz Josephs dahingegangen.“ — Seit nunmehr 18 Jahren „konstruiert“ man „Einheiten“ in Südosteuropa, keine Konstruktion vermochte dem unruhigsten Teil Europas Ruhe oder Erleichterung zu geben, weder ein Zollsystem, weder ein Handelsvertrag, noch etwa die politischen Verträge.

Vom Standpunkt des Gesamtdeutschtums aber müssen wir die Bezeichnung „Donauraum“ im politischen Sinne aufs schärfste ablehnen. Warum zählt man rein deutsche Gebiete wie Tirol, Oberösterreich, Niederösterreich, Vorarlberg, Sudetendeutschland, die alle feste Teile des gesamtdeutschen Volksbodens sind, zu dem Völkergewirr des Südostens? Deutschösterreich und Sudetendeutschland haben ihr politisches Blickfeld nicht im „Donauraum“, sondern vor allem andern in Großdeutschland. Nicht „Donau“ ist der Hauptbestandteil ihrer Wortbezeichnung, sondern „Deutsch“ ist der Kern ihres Namens.

Neben dem politisch gewollten und erträumten „Donauraum“ gibt es eine wissenschaftlich durchdachte und begründete Bezeichnung „Donauraum“. Am deutlichsten und handgreiflichsten tritt sie uns in Springenschmids geopolitischer Bilderreihe: Der Donauraum, Wunderlich, Leipzig 1935, entgegen. In ihm wird das gesamte Gebiet der ehemaligen Doppelmonarchie und ihrer östlichen Nachbarn mit „Donauraum“ bezeichnet und in Kartenskizzen eindringlich vor Augen geführt. Eine Begründung der Bezeichnung wird nicht gegeben.

„Donauraum“ ist nicht nur politisch ein unhaltbarer Begriff, sondern auch geographisch. Die Donau ist nicht raumbildend, sie ist nur ein Strom, der fünf verschiedene Beckenlandschaften miteinander verbindet. Diese fünf Becken: Die oberdeutsche Hochebene, das Wiener Becken, die kleine und die große ungarische Tiefebene und die Walachei sind geographisch so verschiedene Landschaften, daß die nur schwach verbindende Verkehrslinie des Stromes sie nie und nimmer zu einer Einheit zusammenfassen kann. Böhmen, das zum „Donauraum im französischen und österreichischen Sinne“ zählt, neigt viel mehr nach Norden und Nordwesten als nach Südosten. Die oberdeutsche Hochebene gehört trotz ihrer Aufgabe, nach Südosten zu sehen, mehr zum deutschen Mittelgebirgsland. Es würde niemandem einfallen, das alpine Rheintal mit dem Bodensee, dem Lande um den Hochrhein, der oberrheinischen Tiefebene, dem Durchbruchstal des Rheins durch das Schiefergebirge und dem Gebiet des Niederrheins zu einem Rheinraum zusammenzufassen und diesen als „Einheit“ zu propagieren. Was hat eine so einheitliche Landschaft wie das österreichische Alpenland mit der Donau zu tun? Die Tatsache, daß ein Teil der Gewässer des Alpenlandes zur Donau fließt, kann nur die Bezeichnung „Einzugsgebiet der Donau“ rechtfertigen, nie aber den geographisch falsch gewählten Namen „Donauraum“. „Donauraum“ kann lediglich die kleine und große ungarische Tiefebene genannt werden. Die Walachei ist in ihrem Raumcharakter mehr Karpatenvorland und Ausläufer der russischen Steppe als ein Raum, in dem die Donau das bestimmende Element ist.

Also fort mit dem Begriff „Donauraum“, der politisch ein Schlagwort gegen das Deutschtum ist und geographisch nicht gerechtfertigt werden kann.

An seine Stelle setzen wir den Ausdruck „Südosteuropa“ und können diesen organischen Teil Europas klar gegen Mittel- und Osteuropa abgrenzen. Wer jemals

gegen Südosten fuhr, merkt die Kulturgrenze an der Linie Bielitz—Lundenburg—Preßburg—Ödenburg—Marburg—Laibach—Triest. Hier geht der geschlossene deutsche Volksraum und das ihm kulturell ganz wesensverwandte böhmisch-mährische Land in das völkerbunte Südosteuropa über, während am Nordfuß der Karpaten das polnisch-russische Osteuropa sich ebenso deutlich gegen Südosteuropa abhebt. Die Bezeichnung Südosteuropa vermeidet die Bitterkeit, die das Wort „Balkan“ angenommen hat. Sie läßt genügend Spielraum für die gedankliche Eingliederung des bewegten Berg-, Ebenen- und Tallandes in den politischen Raum Europa und vermeidet es vor allem, deutschen Volksraum mitten entzweizureißen, wie es der Begriff „Donauraum“ tut. Es muß am Schluß jedoch noch betont werden, daß auch in Südost- und Osteuropa weite Flächen des Landes deutscher Kulturboden sind. Sie sind Zeugen dafür, daß über die Grenzen eines geographisch abgegrenzten oder gar nur konstruierten Raumes hinaus das Deutschtum seine Kraft ausbreiten konnte. Das geschlossene Mutterland war seine Kraftquelle; sorgen wir dafür, daß fremde Willkür es nicht mit Begriffen, Gedanken oder Taten zerreiße.

ARPAD TÖRÖK:

Die Donaufrage vom Mittelpunkt aus gesehen

So oft Europa von einer politischen Erschütterung heimgesucht ist oder wenn eine Großmacht in der Weltpolitik einen Vorstoß unternimmt, wenn sie eine Umgruppierung der bestehenden Machtverhältnisse vornehmen will: gewinnt die Donaufrage neue Aktualität. Man entdeckt dann immer wieder von neuem, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse im Donauraum ganz verfahren sind und hält gerade diesen Zeitpunkt für geeignet, eine Neuordnung anzubahnen. Es besteht natürlich kein Zweifel darüber, daß die wirtschaftliche Lage des Donauraumes ganz verfahren ist und daß hier eine Neuordnung in der Tat schon längst am Platze wäre. Immerhin: daß die Donaufrage stets dann zur Diskussion gestellt wird, wenn die europäische Politik in heftige Bewegung geriet, läßt einigen Zweifel darüber aufkommen, ob denn diese Frage — so wie sie behandelt wird — auch wirklich eine Funktion nur der wirtschaftlichen Zustände in Mitteleuropa ist?

Politik und Wirtschaft

Die kommenden Ausführungen und die ihnen folgende Schlußfolgerung macht es erforderlich, den mehr oder weniger bekannten Ursprung des Donaproblems noch einmal aufzuzeigen. Es ist heute bereits zu einem Gemeinplatz geworden, daß die ehemalige öst.-ungarische Monarchie eine ideale Wirtschaftseinheit bildete, die sich vom Auslande weitgehend unabhängig machen konnte. Hierzu muß allerdings bemerkt werden, daß diese ideale Wirtschaftseinheit nicht ausschließlich natürlichen Umständen zu verdanken war, sondern daß sie auch geworden ist, daß sie ent-

stehen konnte, weil die politische Einheit auf einem großen Raume Jahrhunderte hindurch vollzogen war. Man überlege nur: Wien als Handels- und Industriezentrum wäre niemals in diesem Maße entstanden, wenn es die große Einheit des Habsburgerreiches für seine Entwicklung nicht zur Verfügung gehabt hätte. Die Nachfolgestaaten der alten Monarchie umfassen aber ein größeres Gebiet als jenes der Monarchie war. Selbst unter der Annahme, daß die neuen politischen Grenzen nicht auch zu Wirtschaftsgrenzen erklärt worden wären, hätte das eine Verschiebung der alten Wirtschaftsstruktur mit sich bringen müssen, denn die alten Wirtschaftsgrenzen der Monarchie mußten dort aufgehoben werden, wo sie innerhalb der neuen Staaten zu liegen kamen. Zwischen Siebenbürgen und dem alten Rumänien konnten die Wirtschaftsgrenzen nicht weiter bestehen bleiben, auch zwischen Serbien und den neuen Gebieten nicht. Das wirtschaftliche Donauproblem wäre also auf jeden Fall akut geworden, wenn auch nicht in jenem Ausmaß, wie das tatsächlich der Fall geworden ist.

Das Zeitalter des Freihandels — so weit es ein solches überhaupt gegeben hat — war nach dem Weltkrieg, als die neuen Staaten als Erben der österreichisch-ungarischen Monarchie entstanden sind, schon längst vorüber. Von dem Geist, der damals in ganz Europa herrschte, waren auch die neuen Staaten nicht frei. Daß sie auf diesem Gebiete noch weitergingen, als es dem damaligen Zeitgeist entsprach, hat seine Ursache auch darin, daß jeder für sich einen neuen Staat aufbauen wollte. Die Attribute staatlicher Selbständigkeit und Unabhängigkeit waren zum Teil wirtschaftlicher Natur oder zumindest wirtschaftlichen Ursprunges. Auch die alten Staaten hatten diese Attribute vielfach erst erzeugen müssen. Wenn das bei ihnen, ohne innere und äußere Störung zu verursachen, vor sich gehen konnte, so wohl auch deshalb, weil sie dazu hinreichend Zeit hatten und weil die Zeiten selbst günstiger waren. Das staatliche Eigendasein der neuen Teilgebiete der alten Monarchie erforderte notwendigerweise eine Umstellung der Wirtschaftsstruktur dieser Teilgebiete. Das mußte natürlich auf Kosten des ehemaligen wirtschaftlichen Ganzen und somit auch auf Kosten der wirtschaftlichen Rationalität gehen.

Nun ist nicht zu bestreiten, daß die wirtschaftliche Selbständigmachung der neuen Staaten über das Maß hinaus ging, welches durch die Erfordernisse eigenstaatlichen Daseins begründet war. Das ist damit zu erklären, daß fast jede Trennung mit einer gewissen Spannung einhergeht. Die Trennung der Teilgebiete der alten Monarchie hat sogar zu einer sehr heftigen Spannung geführt, da sich alle Teilgebiete mit dem neuen Zustand nicht abfinden konnten.

Wie weit die Autarkiebestrebungen der neuen Staaten auch gingen, sie waren nicht absolut. Sie blieben auch weiterhin auf internationalen Güteraustausch angewiesen und haben sich damit abgefunden. Aber auch dieses Kapitel bildet ein besonderes Problem der Donaustaaten. Diese Staaten sind nämlich vielfach nicht dem natürlichen Austauschwege gefolgt, sondern schlugen einen mehr oder weniger

großen Umweg ein, um ihren auswärtigen Bedarf zu decken bzw. ihre für das Ausland bestimmte Produkte abzusetzen.

Will man nun eine Lösung des wirtschaftlichen Donauproblems vornehmen, so muß man sich vor allem dieser Dreigliederung bewußt sein.

Es besteht kein Zweifel darüber, daß die Attribute eigenstaatlichen Daseins eine Funktion der Staatenwelt insbesondere aber der Nachbarschaft sind. Mit anderen Worten: was ein Staat an politischen und wirtschaftlichen Sicherungsfaktoren benötigt, hängt vielfach von dem Ausmaß der gleichgerichteten Einrichtungen und der Zielsetzungen der Nachbarstaaten ab. In einer autarkischen Umwelt muß ein freihändlerischer Staat untergehen, welche Gefahr um so größer ist, je geringer die Überlegenheit des freihändlerischen Staates den anderen gegenüber ist. Die Donaufürstentümer haben — dadurch ist das Problem heraufbeschworen worden — ein verhältnismäßig hohes Maß an solchen Sicherungsmaßnahmen getroffen. Wie bereits angeführt, kommt dabei der Wirtschaft eine wichtige Rolle zu. Will man nun diese übermäßige Anspannung der wirtschaftlichen Kräfte und ihre vom raumpolitischen Standpunkt aus irrationale Verwendung abschaffen, so heißt es vor allem, das Problem dort anzufassen, wo sein Ursprung liegt: bei der staatlichen Individualität.

Ein mehrere Staaten umfassendes Gebiet zu einer wirtschaftlichen Einheit zusammenzuschweißen, ist nur denkbar, wenn diese Staaten nicht nur wirtschaftlich, sondern auch staatspolitisch und staatsrechtlich auf einen gemeinsamen Nenner gebracht werden. Die wirtschaftliche Vereinigung, wie sie in dem Donauföderationsplan zum Ausdruck kommt, führt ganz automatisch zu einer Entwertung jener Attribute, die unter den heute herrschenden Verhältnissen und Auffassungen zur Staatsindividualität gehören. Diese Attribute sind aber vielfach auch ausgesprochene Sicherungsfaktoren, auf die ein Staat doch nur dann verzichtet, wenn das Ziel jedes Staates, die Sicherung staatlichen Eigendaseins, auf andere Weise, mit anderen Mitteln zu erreichen ist. Wird nun auf irgendeinem Gebiet die wirtschaftliche Einigung mehrerer Staaten betrieben, ohne daß man diese Fragen vorher bereinigt, so sind solche Bestrebungen nur zu erklären, wenn der Staat, der für eine wirtschaftliche Einigung eintritt, eine so überragende Stellung hat, daß seine Individualität dadurch nicht gefährdet wird und der andere oder die anderen Staaten auf die Erhaltung ihrer eigenen Staatsindividualität keinerlei Gewicht legen. Der Anschlußbewegung Österreichs an das Reich liegt unstreitig dieser Gedanke zugrunde. Dieser Gedanke ist aber den Anschlußfreunden auch durchaus bewußt. Nicht so im Falle der hypothetischen Donauföderation. Hier wird die Diskussion über diese Frage sorgsam vermieden, weil man sich dessen bewußt ist, daß die interessierten Staaten an eine so weitgehende Konsequenz aus den Donauföderationsplänen nicht denken. Damit wird aber der Ernst dieser Diskussion bereits in Frage gestellt.

Was nun den zweiten und dritten Punkt der Frage betrifft, so gehören sie schon mehr in das Gebiet der historischen politischen Konstellation. Sie hängen wohl von den außenpolitischen Zielsetzungen der Staaten ab, sind aber weitgehend unabhängig von dem strukturellen Bau des modernen Staates. Damit gelangen wir zu dem Kern des Problems, das durchaus ein politisches ist.

Das Donauproblem ist sowohl in seinen Ursachen wie auch, was seine Lösung betrifft, eine Frage der politischen Zielsetzung der interessierten Staaten. Wenn die neuen Staaten im Ausbau ihrer wirtschaftlichen Selbstgenügsamkeit weiter gegangen sind, als es durch die in Europa herrschenden Verhältnisse und die allgemein herrschende Auffassung über den Ausbau des Staates begründet erscheint, so hat das seinen Grund in dem großen Mißtrauen, welches sie den Opfern der neuen Lage gegenüber empfinden. Wenn nun die neuen Staaten auch darüber hinausgehen und den unerläßlichen Gütertausch auf Umwegen abwickeln, so ist das ein Zeichen dafür, daß sie politische Zielsetzungen verfolgen, die auf Kosten ihrer Gegenspieler im Donaubecken gehen.

Was die Kleine Entente will

In den ersten Nachkriegsjahren ist der Gedanke eines wirtschaftlichen Zusammenschlusses der Donaustaaten aufgetaucht, um die wirtschaftlichen Verheerungen, die der Zerfall der Donaumonarchie verursachte, einzudämmen. Damals wollten jedoch die neuen Staaten davon nichts wissen, was durchaus begreiflich ist. Sie waren bestrebt, ihre Staatsindividualität auszubauen. Eine wirtschaftliche Zusammenfassung des alten Gebietes hätte diesen Ausbau verzögert oder ganz verhindert. Die Anziehungskraft der Mitte war damals sowohl wirtschaftlich wie auch politisch noch immer so stark, daß die neuen Staaten befürchten konnten, nicht nur im Ausbau ihrer Staatsindividualität gehemmt zu werden, sondern selbst die neu errungene staatliche Selbständigkeit einzubüßen. Seither hat sich die Lage wesentlich verändert. Die neuen Staaten haben vor allem ihre politische Macht außerordentlich gesteigert. Gleichzeitig damit haben sie auch ihre wirtschaftliche Individualität derart ausgebaut, daß sie selbst etwaigen staatsrechtlichen Veränderungen gegenüber widerstandsfähig bleibt. Die ehemalige politische und wirtschaftliche Mitte mit Wien und Budapest als Kristallisationspunkt ist bereits derart geschwächt, daß sie auch im Falle eines wirtschaftlichen Zusammenschlusses der Donaustaaten ihre alte wirtschaftliche Funktion nicht wieder erlangen kann. Den neuen Staaten droht von dieser Seite nicht nur keine Gefahr, von einem etwaigen Zusammenschluß kann sich insbesondere die Tschechoslowakei wesentliche Vorteile versprechen. Sie ist der wirtschaftlich kräftigste Donaustaat, dessen wirtschaftliche Individualität stark ausgebaut ist. Sie würde im neuen Gebilde ganz automatisch eine wirtschaftlich führende Stellung erringen. Eine Stellung, die in der weiteren Entwicklung eher befestigt als geschwächt wäre. Frankreich hat kein Geheimnis daraus gemacht, daß

es dem wirtschaftlich geeinten Donaauraum seine finanziellen Quellen erschließen wolle. Da aber Frankreich damit primäre politische Ziele verfolgt, würde es die finanziellen Mittel dem Donaauraum nur über seine engeren Verbündeten, in erster Linie über die Tschechoslowakei zur Verfügung stellen. Es liegt auf der Hand, daß dadurch die tschechische Position nur gestärkt würde, was sich in erster Linie Österreich und Ungarn gegenüber geltend machen müßte, die infolge ihrer weitgehenden Industrialisierung kapitalistischen Einflüssen viel mehr zugänglich sind als die beiden anderen Staaten mit ihrer vorwiegend agrarischen Struktur.

Nun soll nicht bestritten werden, daß der Zusammenschluß bisher selbständiger Wirtschaftsgebiete auch mit gewissen augenblicklichen Nachteilen verbunden ist: wie groß die etwaigen Vorteile im Endergebnis auch sein mögen. Man kann unmöglich die bestehende Wirtschaftsstruktur in einen um vieles größeren Raum unversehrt hinüberretten. Das weiß man sehr genau auch in der Tschechoslowakei. In der Tat machte sich gegen einen solchen Plan schon vor Jahren eine gewisse Opposition in der Tschechoslowakei von seiten jener Wirtschaftskreise geltend, die von der Ausweitung des Wirtschaftsraumes ungünstig betroffen würden. Daß man dennoch immer wieder zu diesem Plan zurückkehrte, ja daß dieser Plan gerade von dem agrarischen Ministerpräsidenten Hodža weiter verfolgt wird, obwohl gerade die Agrarier dagegen Stellung nahmen, ist nur zu erklären, weil dem Plan eben politische und vom Standpunkt der Kleinen Entente bzw. der Tschechoslowakei sehr wichtige politische Interessen zugrunde liegen.

In den ersten Nachkriegsjahren konnte angenommen werden, daß an einem Zusammenschluß die Mittelstaaten, Ungarn und Österreich, sowohl wirtschaftlich wie auch politisch profitieren würden. Heute ist die wirtschaftliche Position der neuen Staaten wesentlich stärker. Ein engerer Zusammenschluß ginge heute in erster Linie auf Kosten der wirtschaftlichen Individualität der Mittelstaaten. Hätte sich nun in den ersten Nachkriegsjahren im Falle eines Zusammenschlusses die stärkere wirtschaftliche Individualität der Mittelstaaten für die neuen Staaten politisch ungünstig ausgewirkt, so kann heute das gleiche in umgekehrter Reihenfolge gesagt werden. Die wirtschaftlich schwächeren Staaten würden in eine wirtschaftliche Abhängigkeit von den wirtschaftlich stärkeren, in erster Linie von der Tschechoslowakei geraten, was sich naturgemäß auch auf die politische Selbständigkeit der abhängigen Staaten auswirken würde.

Nun, hier liegt der eigentliche Sinn der Donauföderationsbestrebungen.

Im Donaauraum gibt es heute zwei große politische Probleme, die sich gegenseitig weitgehend beeinflussen. Das eine ist die Frage der Revision der Friedensverträge, also die Frage der inneren politischen Ausgliederung des Donaauraumes. Das zweite ist die Frage der Homogenität der neuen Staaten, die letzten Endes ebenfalls eine Frage der politischen Ausgliederung des Donaauraumes ist. Die neuen Staaten, richtiger die Machthabenden in den neuen Staaten, haben ein

Interesse daran, daß die endgültige Struktur des Donaupraumes nicht anders aussehen möge, als die heutige. Mit anderen Worten, daß der heutige Zustand endgültig konsolidiert werde. Das ist natürlich eine Frage der Machtverhältnisse. Für diejenigen also, die ein Interesse an dem Bestand des heutigen Zustandes haben, heißt es, die bestehenden Machtverhältnisse durch entsprechenden organisatorischen Ausbau zu sichern. Allein ihre heutige unbestreitbare machtpolitische Überlegenheit genügt hierzu nicht. Man will die Gegenkräfte in ein System einspannen, wo sie ihre, die Interessen der anderen schädigende Wirkung gar nicht mehr ausüben können. Ein geeignetes Mittel dazu ist entschieden auch die innige wirtschaftliche Verflechtung, insbesondere wenn die wirtschaftliche Hegemonie auf jener Seite ist, wo man das politische Ziel anstrebt. Die Kleine Entente könnte also allein schon dadurch, daß sie Ungarn und Österreich in ihr System einfängt, die hier wirksamen Gegenkräfte neutralisieren. Es ist aber ganz klar, daß man sich allein mit einer wirtschaftlichen Regelung nicht begnügen würde.

Gewiß wird heute die These aufgestellt, daß man zuerst eine wirtschaftliche Annäherung vorbereiten müsse und später, wenn die politische Atmosphäre sich verbessert hat, könne man an die Lösung der politischen Fragen schreiten. Diese These ist weder ehrlich gemeint, noch auch ist sie logisch. Was man anstrebt, ist, auf Umwegen über die wirtschaftliche Annäherung, ein politischer Vertrag, der ausgesprochen oder getarnt die heutigen politischen Verhältnisse im Donaupraum sichern soll. Aus den bisherigen Ausführungen ergibt es sich aber auch, daß man eine wirtschaftliche Annäherung nur dann mit Erfolg betreiben kann, wenn man die politischen Ursachen, die den heutigen wirtschaftlichen Zustand herbeigeführt haben, abschafft. Das ist möglich, entweder wenn Ungarn auf seine bisherigen politischen Zielsetzungen verzichtet, oder wenn die Kleine Entente den ungarischen Wünschen nachkommt. Vorderhand ist keine dieser Voraussetzungen gegeben, so daß eine ganz unpolitische, rein wirtschaftliche Lösung des Problems gar nicht möglich ist. Kommt dennoch etwas ähnliches zustande, so ist sicher, daß damit wenigstens teilweise auch ein politisches Ziel erreicht wurde, daß man den neuen wirtschaftlichen Partner auch in politische Abhängigkeit gebracht hat. Gelingt das, und damit die Entwertung der ungarischen Revisionspolitik, so haben die neuen Staaten damit einen großen Schritt zur Lösung auch ihres zweiten Problems getan, zur Konsolidierung ihrer innerpolitischen Struktur. Wenn es heute in der Tschechoslowakei ein staatsrechtliches Problem der Slowakei gibt, in Jugoslawien ein solches von Kroatien, so werden diese Probleme an Bedeutung wesentlich verlieren, sobald der ganze Donaupraum politisch unter einen Hut gebracht ist.

Was Ungarn will

Die wirtschaftliche Entwicklung im Donaupraum ging, wie wir das bereits ausgeführt haben, auf Kosten der ehemaligen politischen und wirtschaftlichen Mitte.

Ist man in dem Ausbau der neuen staatlichen Individualitäten weitergegangen, als dies der allgemeinen Auffassung und allgemeinen Notwendigkeit entspricht, so ist das naturgemäß zum Nachteil der ehemaligen Mitte erfolgt. Ungarn hat also ein entschiedenes Interesse daran, daß die wirtschaftliche Selbstgenügsamkeit seiner Nachbarn verringert werde. Und das um so mehr, als diese Nachbarn ihren tatsächlichen internationalen Güteraustausch vielfach unter Umgehung Ungarns besorgen. So hat z. B. die Tschechoslowakei in den letzten Jahren ihren notwendigen Lebensmittelbedarf nicht mehr in Ungarn gedeckt, sondern aus ferner gelegenen Ländern bezogen. Die beiden agrarischen Nachbarstaaten könnten so manche Industrieprodukte aus Ungarn beziehen, sie bevorzugen aber fernergelegene Produktionsgebiete. Es ist klar, daß Ungarn einen Wandel auf diesem Gebiete nur begrüßen würde, da es davon nur Vorteile, keine Nachteile zu gewärtigen hat.

Nun ist aber die Frage des Abbaues der wirtschaftlichen Hindernisse nicht identisch mit der anderen Frage, mit dem Zusammenschluß selbständiger Wirtschaftsgebiete. Hier sind wirtschaftliche Zweckmäßigkeit und politische Auswirkung zu berücksichtigen. Über die wirtschaftliche Zweckmäßigkeit eines solchen Zusammenschlusses wurde bereits sehr viel geschrieben. Es hat sich die klare Auffassung herausgebildet, daß der Zusammenschluß der fünf Donaustaaten, also der Tschechoslowakei, Österreichs, Ungarns, Jugoslawiens und Rumäniens, keine Lösung des Problems darstellt, da hier der agrarische Sektor überwiegt, die Unterbringung des agrarischen Überschusses nach wie vor ein überaus schwieriges Problem bilden würde. Schon aus diesem Grunde wird auch von Ungarn die Forderung gestellt, daß eine etwaige Neuregelung unter Einbeziehung aller an dem Problem interessierten Staaten zu erfolgen hat. Gemeint ist die Einbeziehung Italiens und des Deutschen Reiches.

Das Problem hat aber für Ungarn auch eine eminente politische Bedeutung. Aus den bisherigen Ausführungen ergibt es sich bereits mit eindeutiger Klarheit, daß ein enger wirtschaftlicher Zusammenschluß der Donaustaaten nicht ohne weitgehende Folgen auf ihr politisches Verhalten und politisches Schicksal verbleiben könnte. In Ungarn wird dieser Zusammenhang deutlich erkannt, weshalb jetzt schon die Bedingungen bekanntgegeben werden, unter welchen es bereit ist, sich mit einem etwaigen konkreten Vorschlag näher auseinanderzusetzen. Die erste Bedingung ist die volle Gleichberechtigung Ungarns. Darunter ist militärische Gleichberechtigung gemeint. Nun ist es klar, daß Ungarn auch im Falle der Herstellung der Gleichberechtigung kein militärisch ebenbürtiger Partner der einzelnen Klein-Entente-Staaten sein wird, die jeder für sich Ungarn an Bevölkerungszahl und an potentieller Militärkraft überragen. Wenn die militärische Gleichberechtigung trotz dieser Lage von Ungarn gefordert wird, so handelt es sich dabei eben um einen grundsätzlichen Standpunkt. Ein Staat, der politisch und wirtschaftlich den anderen gegenüber ohnedies im Nachteil ist, legalisiert diesen Zustand gewisser-

maßen von sich aus, wenn er sich mit seinen ihm überlegenen Partnern zusammenschließt, ohne mit ihnen zumindest juristisch gleichberechtigt zu sein.

Nun ist aber mit der juristischen Gleichberechtigung noch nicht alles getan. Bei der großen Überlegenheit, die die Kleine Entente Ungarn gegenüber besitzt, ist es trotz militärischer Gleichberechtigung nicht zu vermeiden, daß Ungarn seine wirtschaftliche und politische Handlungsfreiheit einbüßt. Allein aus diesem Grunde muß Ungarn die Forderung stellen, daß auch solche Staaten in das neue Wirtschaftssystem Mitteleuropas einbezogen werden, die ein Gegengewicht gegen die Überlegenheit der Kleinen Entente bilden. Ein solches Gegengewicht bildet vor allem das Deutsche Reich, das, neben seinem politischen Interesse an der Unabhängigkeit Ungarns auch ein wertvoller und unentbehrlicher wirtschaftlicher Partner in einem neuen mitteleuropäischen Zusammenschluß ist. Die engen wirtschaftlichen und politischen Beziehungen, die zwischen Ungarn und Italien bestehen, machen es erwünscht, daß auch dieses Land nicht außerhalb der Neuordnung zu stehen kommt. Die amtliche ungarische These lautet daher, daß an der etwaigen Regelung alle teilnehmen sollen, die an dem Problem interessiert sind, worunter das Deutsche Reich und Italien gemeint sind.

Weiterhin will Ungarn auf das Recht, die Idee der friedlichen Evolution weiter zu vertreten, nicht verzichten. Mit anderen Worten, es will nicht einen Pakt eingehen, der einem Verzicht auf die Revisionspolitik gleichkommt. Damit wirft sich die Frage der ungarischen Revisionspolitik von selbst auf. Man braucht kein Geheimnis daraus zu machen, daß es auch in Ungarn Gegner der heutigen Revisionspolitik gibt. Sie vertreten die Auffassung, daß man mit der Kleinen Entente einen Ausgleich schaffen müsse, da deren machtpolitische Überlegenheit durch Ungarn kaum wettgemacht werden könne. In diese realpolitische Ebene gerückt, kann über die Zweckmäßigkeit der Revisionspolitik diskutiert werden. Für die nächste Zeit verspricht sie kaum einen greifbaren Erfolg. Das Schicksal einer Nation kann aber nicht restlos auf die Karte einer augenblicklichen politisch-historischen Konstellation gesetzt werden.

Man ist besonders im neutralen Ausland geneigt, den ungarischen Revisionskampf auf die gleiche Stufe mit dem seinerzeitigen politischen Kampf Frankreichs um die Wiedergewinnung von Elsaß-Lothringen zu stellen. Dieser Vergleich ist schon aus dem Grunde unstichhaltig, weil Ungarn in Trianon zwei Drittel seines historischen Gebietes und das Magyarentum ein Drittel seines Volkstums verloren haben. Frankreich hat seinerzeit durch den Verlust Elsaß-Lothringens höchstens einen Prestigeverlust erlitten, nichts mehr. Wenn man das heutige Ungarn Rumpfungarn nennt, so ist das nicht nur im historischen Sinne zu verstehen, sondern förmlich auch im — biologischen. Die Frage der Revision wird in Ungarn als eine Frage des Bestandes von Land und Nation aufgefaßt. Vor einigen

Jahren hat Graf Bethlen in einem seither berühmt gewordenen Vorwort zu seinen Reden erklärt, daß Ungarn innerhalb seiner heutigen Grenzen nicht lebensfähig ist und unter dem Drucke vorwiegend der slawischen Völker untergehen müsse, wenn es ihm nicht gelingt, sein Gebiet im Laufe der nächsten hundert Jahre zu vergrößern. Das waren gewiß keine leichtsinnig hingeworfenen Worte. Die Berechtigung dieser Anschauung ergibt sich aus zwei Gründen. Die Erfahrungen von tausend Jahren beweisen, daß dem Karpathenraum die Tendenz zur geopolitischen Einheit innewohnt. Diese Einheit wurde oft unterbrochen, aber immer wieder gelang es, sie herzustellen. Heute ist Rumpfungarn und das Magyarentum zur Mitte dieser seit Trianon wieder gestörten geopolitischen Einheit geworden. Aus dieser Störung ergibt sich eine natürliche Spannung, die auf die Herstellung der Einheit tendiert. Die Frage ist die: wird die notwendige Einheit durch Rumpfungarn und durch das Magyarentum hergestellt, oder wird sie auf Kosten der Mitte erzwungen. Das ist im Endergebnis eine Frage der Machtverhältnisse. Diese Machtverhältnisse sind heute für Ungarn ungünstig, weshalb es den ganzen Druck der geopolitischen Dynamik des Karpathenraumes zu spüren hat.

Ist nun Ungarn gewillt, einen Staatenbund einzugehen, dessen geopolitisches Zentrum eben der Karpathenraum ist, so hat es damit dem Drucke der geopolitischen Dynamik nachgegeben. Die Folge davon wird sein, daß die kommende geopolitische Einheit des Karpathenraumes auf Kosten Ungarns und des Magyarentums verwirklicht wird. Mit einer solchen Entwicklung ist in diesem Falle um so sicherer zu rechnen, weil ja der Karpathengürtel heute innerhalb staatsrechtlicher Einheiten zu liegen gekommen ist. Der Druck auf die Mitte wird also nicht nur vom Karpathengürtel ausgeübt, sondern auch von den Randgebieten jenseits dieses Gürtels. Unter geopolitischer Einheit ist nicht unbedingt staatsrechtliche Einheit zu verstehen. Auch ein Staatenbund kann eine solche Einheit herstellen. Auch wenn in einem solchen Falle der ungarische Staat formell bestehen bleibt: die staatliche und nationale Selbstzwecklichkeit — ein Ausdruck des Ministerpräsidenten Gömbös — wird nicht mehr aufrechtzuerhalten sein. Diese Gefahr ist um so größer, als Ungarn auch in volksbiologischer Hinsicht bereits ins Hintertreffen geraten ist. Das angrenzende Slawen- und Rumänentum vermehrt sich in einem viel rascheren Tempo als das Magyarentum. Die Folge dieser Entwicklung wird nicht nur ein stärkerer Druck auf Ungarns Grenze sein, sondern auch die allmähliche Verminderung der politischen Bedeutung der magyarischen Volksgruppen in den Kleinentente-Staaten, was sich letzten Endes ebenfalls ungünstig auf die ungarische Zukunft auswirken muß. Übrigens ein zweiter Grund, warum Ungarn eine Revisionspolitik betreibt, warum es bemüht ist, seine machtpolitische Basis auszudehnen.

Wenn wir das politische Donauproblem auf eine letzte Formel bringen wollen, so müssen wir sagen: der Kampf geht um die geopolitische Einheit des Karpathenraumes. Die Kleine Entente will diese Einheit auf Kosten der

historisch-politischen Bedeutung Ungarns und des Magyarentums herstellen. Ungarn will hingegen in dieser Einheit letzten Endes eine führende Rolle spielen, wie sie ihm infolge seiner Geschichte, seiner Kultur, seiner politischen Bedeutung zukommt. Das sind entgegengesetzte Standpunkte, die unmöglich auf einen gemeinsamen Nenner gebracht werden können. Solange Ungarn seine Handlungsfreiheit bewahren kann, wird es daher jedem groß aufgemachten Lösungsvorschlag nach wie vor skeptisch gegenüberstehen.

ERICH DITTRICH:

Die Slowakei

Staatsgestaltung und Wirtschaftsformung

Die Slowakei bildet wohl das wichtigste Problem tschechoslowakischer Staatsgestaltung, allgemein politisch sowohl wie auch wirtschaftspolitisch. Dem in sich geschlossenen Kern der historischen Länder Böhmen, Mähren und Schlesien wurde mit der Slowakei — die Lage Karpathenrußlands ist die gleiche — eine Randzone aus nationalitätspolitischen Gründen angegliedert, deren Stellung mehr einer Kolonie (de Martonne) entsprach.

Slowakei ist überhaupt ein volksbestimmter Begriff, er umfaßt das Land der Slowaken; geographisch ist eine Landschaft Slowakei nicht gegeben. Vielmehr zerfällt die Slowakei in eine Reihe einzeln voneinander abgesetzter Landschaften, von denen Hassinger fünf Teillandschaften besonders hervorhebt: das Gebiet der Kleinen Karpathen, das slowakische Karpathenvorland, die slowakische Donau-ebene, die Sandsteinkarpathen, das slowakische Bergland. Alle diese Teillandschaften sind unmittelbar oder mittelbar nach der pannonischen Tiefebene hin geöffnet, kehren ihr Gesicht dem ungarischen Kernlande zu, nicht aber dem böhmischen Massiv. Die wechselvolle Geschichte der Slowakei ist bis in die neueste Zeit in steter Verknüpfung mit der allgemeinen ungarischen Geschichte verlaufen. Aus dem am weitesten nach Westen vorgeschobenen Teile Ungarns, unter Luxemburgern, Anjouern und Jagellonen zeitweilig das wichtigste Verbindungsstück zwischen den verbundenen Reichen Ungarn, Böhmen und Polen, wurde die Slowakei nach der Schlacht von Mohács, 1526, der Hauptteil des noch übrigbleibenden ungarischen Reststaates, das Rückzugsgebiet der Ungarn nach dem Verluste ihres alten Kernlandes. Der unmittelbar nach der Katastrophe von Mohács im Gegensatz zu dem fremden Herrscherhaus der Habsburger erneuerte Versuch der Bildung eines nationalen ungarischen Königiums, getragen von osmanischer Unterstützung und unternommen von dem König-Woiwoden Johann Szapolyai, stützte sich auf die slowakischen Gebiete. Preßburg, heute Hauptstadt der Slowakei, wurde Haupt- und Krönungsstadt Restungarns.

Mit der Verdrängung der Osmanen wurde die ungarische Tiefebene mit Budapest wieder Kerngebiet des ungarischen Staates und die Slowakei wieder Randgebiet. Aber als solches war sie stets für Ungarn von großer Bedeutung, sie besaß die große Nordsüdverbindung das Waagtal aufwärts über die Jablunka nach Polen und Schlesien, sie war Sitz der wichtigsten ungarischen Bergbaue und, in der letzten Zeit der ungarischen Herrschaft, Standort der bedeutendsten, jungen ungarischen Industrien. Bei einem ausgesprochen agrarischen Kern war die ungarische Industrie in ihrer Lage, von Budapest abgesehen, betont auf die Randgebiete, und unter diesen zuerst auf die Slowakei, eingestellt. In der Slowakei ruhte das Schwergewicht der ungarischen Textilindustrie, der Zellulose- und Papierindustrie, des Bergbaues. Die Handhabung der kriegswirtschaftlichen Maßnahmen in Ungarn hatte den industriellen Aufbau in den slowakischen Gebieten besonders verstärkt. Der Aufbau der ungarischen Industrie geschah in ausgesprochenem Gegensatz zur altösterreichischen Industrie, in der slowakischen Industrie wurde eine Konkurrenz zur sudetenländischen Industrie großgezogen.

Verkehrsmäßig wurde die Slowakei eng an Budapest angeschlossen, ganz und gar in das ungarische Bahnnetz einbezogen, während, von Preßburg, einem Vorort Wiens, abgesehen, stets eine gewisse Verkehrsöde — politisch gewollt — zwischen den Sudetenländern und der Slowakei bestand. Die ungarische Wirtschaftspolitik, auf Bildung einer ungarischen Volkswirtschaft unter Ablösung von alten Reichszusammenhängen hinzielend, brachte auf allen wirtschaftlichen Gebieten die Trennung der beiden Reichshälften, im engeren Rahmen, die Trennung der Slowakei von den Sudetenländern, entschlossen zum Ausdruck.

Aber sie konnte die volklichen Zusammenhänge nicht verwischen, die sich im Verlaufe der Entwicklung als die stärkeren erwiesen und 1918, bei Zerfall des Habsburger Reiches, im Zuge der Neustaatsbildungen die Slowakei von ihren alten ungarischen Beziehungen losrissen und in einen ganz neuen Zusammenhang stellten. Tschechen und Slowaken bildeten den am weitesten nach Westen vorgeschobenen slawischen Keil und sind in Volkstum, Volkskultur und Sprache aufs engste verwandt. Während jedoch die Tschechen auf eine lange, in ständigem Auf und Ab verlaufende Geschichte zurückblicken können, ist das slowakische Volk im Grunde geschichtslos gewesen.

Kulturell von Budapest vernachlässigt, mit erheblichem Analphabetentum belastet, der Magyarisierungspolitik nur beschränkt zugänglich, hat es in dieser Rückständigkeit sein Volkstum besser bewahren können als manche fortgeschritteneren Volksgruppen und, eben vermöge seines Zurückgebliebenseins, auch eine slowakische Hochsprache entbehren können. Bis zum Ausgang des 18. Jahrhunderts waren Tschechisch und Lateinisch, letzteres damals noch die ungarische Staatssprache, die Sprachen, in denen man sich von slowakischer Seite literarisch betätigte. Die slowakischen Protestanten hatten tschechische Kirchensprache, und nur von katholischer Seite, von der Jesuitenuniversität Tyrnau, einer Gründung des Graner Erzbischofs Pazmany, aus war eine Berücksichtigung der slowakischen Volkssprache im religiösen Schrifttum gegeben. So kam es, daß ein katholischer Geistlicher, Bernolak, im Ausgang des 18. Jahrhunderts den Versuch einer slowakischen Schriftsprache, auf westslowakischem Dialekt aufbauend, unternahm. Er führte zu keinem durchschlagenden Erfolg, so daß in den vierziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts der Versuch, nunmehr auf einem mittelslowakischen Dialekt gestützt, erneuert wurde. Auch damit war die Lösung noch nicht gefunden, bis endlich 1851 auf der Preßburger Sprachenkonferenz eine Einigung über eine einheitliche slowakische Schriftsprache gefunden wurde.

Damit war ein einigendes, sprachliches Band gewonnen, in Verbindung mit anderen kulturpolitischen Vereinigungen und Einrichtungen der Magyarisierungspolitik ein Widerstandszentrum entgegengesetzt. Eine slowakische Literatur, in

steter Anlehnung an die tschechische, war im Entstehen. Sie trug, in Verbindung mit den großen Erfolgen der tschechischen Kulturpolitik, vor allem in der Ära Taafe, zum Bewußtwerden des slowakischen Volkstums und zur Verschärfung des volklichen Gegensatzes zu Budapest nachhaltig bei. Aber erst im Weltkrieg wurde den slowakischen Politikern, und bei weitem nicht allen, die Lösung der slowakischen Frage im Anschluß an Prag bei völliger Trennung von Budapest klar, die volklichen Belange dabei entschieden den geographischen, wirtschaftlichen und geschichtlichen Bindungen voranstellend. Der etwas phantastisch sich gebärdende Slowake Štefaník gesellte sich Masaryk und Beneš zu und bildete, als Kriegsminister, mit ihnen in Paris die provisorische Emigrantenregierung. Dieser gelang es, mit der Konstruktion eines tschechoslowakischen Volkes arbeitend, für den Zusammenschluß der historischen Länder mit den slowakischen Gebieten die Zustimmung der Alliierten zu bekommen. Inzwischen hatte auch die heimische Nationalitätenrevolution das Zusammengehen von Tschechen und Slowaken (Hodža) gebracht. Zwei Tage nach dem Prager Umsturz, am 30. Oktober 1918, erklärten die Führer der Slowaken in der Deklaration von St. Martin am Turec (Turčianska Svätý Martin) ihre Gemeinschaft mit den Tschechen. Kampflös ließ sich allerdings Ungarn die Slowakei nicht nehmen. Die Bolschewistenregierung unternahm einen Einfall, der ihr zuerst erhebliche Erfolge brachte, die sie jedoch nicht halten konnte. Den Forderungen der Entente mußte sich Ungarn fügen, die Slowakei blieb verloren.

Mit der Einbeziehung der Slowakei in das neue, tschechoslowakische Staatsgebiet hatten die Prager Machthaber einmal ihrem Staatswesen jene groteske Gestalt mit seiner außerordentlichen Länge ohne entsprechende Breite gegeben und zum andern den unseligen, alten, österreichisch-ungarischen Dualismus zu ihrem Teile geerbt, womit sie ihre Politik von vornherein einer schweren Belastungsprobe unterwarfen. Das Konstruierte, nicht natürlich Gewachsene empfing der tschechoslowakische Staat durch die Angliederung der Karpathenländer an die Sudetenländer. Und gerade die Wirtschaftspolitik wurde durch die damit aufgerührten Probleme erheblich vorbelastet und zu Unternehmungen gedrängt, die wirtschaftlich alles andere als sinnvoll, aber politisch unbedingt erforderlich waren.

Die Loslösung der Slowakei aus ihren altungarischen Zusammenhängen und ihre Einreihung in der gerade gegebenen wirtschaftlichen Struktur in das neue Staatswesen beherrschen die erste Epoche der tschechoslowakischen Staats- und Volkswirtschaftsgestaltung, etwa die Zeit von der Staatsgründung bis 1926, die Umformung der Slowakei im Rahmen der wirtschaftlichen Strukturwandlung der tschechoslowakischen Volkswirtschaft gibt der jüngsten Periode der Prager Innenpolitik — im weitesten Sinne — das Gepräge. Verkehrsaufbau und außenhandelspolitische Maßnahmen charakterisieren vor allem wirtschaftspolitisch die erste Zeit, industriepolitische Probleme und ihre Lösungsversuche, Standortsverlagerungen und Umschichtungen im Industriebau die Gegenwart.

Die dringendste Aufgabe, in den kriegesischen Konflikten der ersten Umsturzzeit besonders einprägsam, war die verkehrsmäßige Erschließung der Slowakei von den Sudetenländern aus. Die Tschechoslowakei übernahm ja zwei miteinander in recht lockerer Verbindung stehende Eisenbahnnetze, auf Wien bzw. Budapest eindeutig ausgerichtet, und mußte, um zu einem tschechoslowakischen Eisenbahnnetz zu gelangen, umfangreiche Neubauten vornehmen. Hing doch die ganze Verbindung Prags mit den Karpathenländern im wesentlichen von dem einen Schienenstrang der Kaschau—Oderberg-Bahn ab, der zudem von Sillein an ostwärts nur eingeleisig ausgebaut war. Ein untragbarer Zustand, zumal angesichts des tschechoslowakisch-polnischen Konfliktsherdes Teschen. Das große, in allen seinen Teilen bis heute noch nicht völlig erfüllte Investitionsprogramm von 1920 (Gesetz vom 30. März 1920) konzentrierte sich vollkommen auf die verkehrsmäßige Verknüpfung der Sudeten mit den Karpathenländern, d. h. auf den Ausbau des Verkehrsnetzes, dem Staatsraum entsprechend, in westöstlicher Richtung.

Bis dahin waren die slowakischen Hauptknotenpunkte der westöstlichen Verbindung im Norden Sillein und im Süden das exzentrisch gelegene Preßburg gewesen, da die Bahnen mit Ausnahme einer Lokalbahn über den Vlarapaß die Mähren von der Slowakei trennende Schranke der weißen Karpathen umgingen. Nunmehr wurde auf die mittlere Linie von Brünn über Ungarisch Hradisch, der alten mährischen Grenzfeste, und den Vlarapaß nach Trenčianská Tepla im Waagtal ein besonderes Gewicht gelegt und Trenčianská Tepla zu einem neuen, wichtigen Verkehrsmittelpunkt der Slowakei erhoben, zugleich durch neue Linienführungen in nordwestlicher Richtung mit dem Ostrauer Revier, in südwestlicher mit dem Marchtal in engere Verbindungen gebracht. Dieser mittlere mährisch-slowakische Hauptverkehrsstrang war den Staatsgrenzen ferngerückt und auch von Natur geschützter als die alten, vorhandenen Linien. Die wirtschaftliche Bedeutung der neuen Linien war vorerst gering. Diesem Ausbau auf westslowakischer Seite entsprach auf ostslowakischer einmal der Bau eines zweiten Gleises für die Kaschau—Oderberg-Bahn. Er ist bis heute auf der fraglichen Strecke Sillein—Kaschau noch nicht bis in alle Einzelheiten fertig gestellt. Ergänzend trat zum Ausbau der alten Kaschauer Linie der Bau einer Entlastungsbahn durch das riesige Waldgebiet der Niederen Tatra, die von Červená Skala, dem bislang östlichsten Endpunkt des Bahnsystems im slowakischen Erzgebirge nach Margecany an der alten Kaschauer Strecke, da, wo die Göllnitz in die Hernad einmündet, durchgeführt werden sollte. Auch diese Verbindung, strategisch, aber auch wirtschaftlich künftig von großer Bedeutung — führt sie doch durch das schier unerschöpfliche Holzreservoir der ostslowakischen Wälder —, ist noch nicht völlig in Betrieb, ein kleineres Reststück steht noch aus. Aber im großen und ganzen hat die tschechoslowakische Verkehrspolitik die ihr auf dem Gebiete des Bahnbaues gestellten Aufgaben erfüllt und neben den großen Linien auch durch weitere Verbindungsstrecken, vor allem in den südlichen Teilen der Slowakei und im slowakischen Erzgebirge, zur stärkeren Verklammerung der einzelnen slowakischen Landschaften untereinander beitragen können. Unerläßlich war jedoch zum Gelingen der staatspolitischen Zielsetzungen die völlige Durchsetzung des Staatsbahnprinzipes, war doch die so wichtige Kaschau—Oderberg-Bahn bei der Machtübernahme noch eine Privatbahn. Auch die große tarifpolitische Anschließung der Slowakei an den Staatskern, wie sie bald von Prag aus in großen Tarifsetzungen versucht wurde, konnte bei der räumlichen Gliederung des tschechoslowakischen Staates allein ein Staatsbahnsystem bewältigen und finanziell tragen.

Aber mit dem Neubau des tschechoslowakischen Eisenbahnsystems, der verkehrsmäßigen Umorientierung der Slowakei von der Nord-Süd- auf die West-Ost-Rich-

tung, war die Eingliederung dieser Provinz in den neuen Staatsrahmen nicht vollzogen. Bei der so betonten Orientierung auf den altungarischen Wirtschaftsraum mußte die Verkehrsumgruppierung durch eine reichlich radikale Umgliederung der Außenwirtschaftsbeziehungen ergänzt werden, wie sie die Vernachlässigung slowakisch-ungarischer Verkehrswege, vor allem aber die handelspolitische Blockierung slowakisch-ungarischer Beziehungen darstellten. Hier war die Stelle, wo die politischen Forderungen wohl am empfindlichsten die wirtschaftlichen Verflechtungen treffen mußten. Die Tschechoslowakei hatte mit der Slowakei zu der großen sudestländischen Industrie, vor allem auf dem Textilgebiete, die für den Binnenmarkt schon viel zu groß war, noch den Hauptteil der altungarischen Konkurrenzbetriebe geerbt, so daß sie nun beispielsweise auf dem Baumwollgebiete in der Spindelzahl rund 75%, in der Webstuhlzahl rund 90% des Bestandes vom ehemaligen Österreich-Ungarn umfaßte. Was lag näher, als daß man im Interesse der heimischen Exportindustrie — im allgemeinen waren es betonte Massenkonsumgüterindustrien — von Prag aus eine handelspolitische Verständigung mit den alten Absatzmärkten, in erster Linie Ungarn, suchen würde, um gegen industriellen Export landwirtschaftlichen Import aus alten Überschußgebieten einzutauschen? Aber gerade die politische Überlegung mußte eine solche wirtschaftspolitische Verständigung bei dem labilen Zustand der staatlichen und volkswirtschaftlichen Verhältnisse als untragbar erscheinen lassen, zumal bei Politikern, die aus der Donaumonarchie herkamen, zu ihrem Zerfall beigetragen hatten, und aus diesen Kämpfen eine genaue Kenntnis der Bedeutung der Wirtschaft im Nationalitäten- und staatlichen Kampf besaßen. Die Erinnerung an jenes langsame Zerstörungswerk war viel zu unmittelbar, als daß man etwa von Prag der Slowakei eine Autonomie hätte zubilligen können; denn wenn auch das slowakische Volk in seinem Volkstumskampf eine innere Haltung gewonnen hatte, die ihm eine Rückkehr in die altungarische Herrschaft unerwünscht erscheinen lassen mußte — eine irgendwie geartete engere wirtschaftliche Verbindung mit Ungarn oder auch nur die Aufrechterhaltung alter Wirtschaftsbeziehungen war damit noch längst nicht abgetan, und leicht konnte auf diese Weise der alte Dualismus der Donaumonarchie sich wieder fest einnisten und zu den alten Konsequenzen führen, denen Prag noch weniger als Wien gewachsen war. Leben doch in der Slowakei neben etwa rund 2 Millionen Slowaken von teilweise sehr erheblicher wirtschaftlicher und kultureller Primitivität noch eine beachtliche deutsche Minderheit und 750 000 Magyaren, die kulturell und wirtschaftlich recht ins Gewicht fallen. Der einfache politische Selbsterhaltungstrieb mußte zur Zertrennung der alten Wirtschaftszusammenhänge führen, auch wenn die wirtschaftlichen Opfer, wie sich dann im Verlaufe der Entwicklung herausstellte, von ganz ungewöhnlichem Umfang sein mußten. Die Tschechoslowakei hat für ihre politische Erhaltung gewaltige wirtschaftliche Einbußen in Kauf nehmen müssen. In diesem Bezuge steht sie allerdings nicht allein, sondern in einer

Reihe mit den übrigen Nachfolgestaaten, die endlich des so lästig empfundenen Zusammenwohnens in einem prächtigen Hause ledig geworden waren und dafür ihr eigenes, aber dürftiges Heim beziehen konnten.

Die handelspolitische Gestaltung der tschechoslowakisch-ungarischen Beziehungen kam bis 1927 über leere Protokolle nicht hinaus, beide Staaten bauten gegenseitig ihre Zollschranken auf, die Tschechoslowaken in agrarischer, die Ungarn in industrieller Hinsicht, zerschlugen rücksichtslos alte Wirtschaftsbindungen und brachten ihren gegenseitigen Gütertausch mehr und mehr zum Schrumpfen. Eine bedeutende Abwanderung tschechoslowakischer Werke nach Ungarn, eine große industrielle Umschichtung, erhebliche Arbeitslosenscharen waren die auffallendsten Erscheinungen im tschechoslowakischen Wirtschaftsleben. Nichts war natürlicher, als daß diese politisch diktierte Umwandlung gerade in der Slowakei das lebhafteste Mißvergnügen und unbequeme Vergleiche von einst und jetzt hervorrufen mußte. Aber befriedigend konnte man in Prag diese unselige, überkommene Problematik der Donaumonarchie überhaupt nicht lösen; man war in einem gefährlichen Zirkel gefangen: gab man der Slowakei die alten Beziehungen zu Restungarn frei, so war die Gefahr eines möglichen Abtriftens von Prag nicht ausgeschlossen, band man dagegen die Slowakei fest an Prag und zertrennte alte Verknüpfungen, so rief man damit eine möglicherweise recht lästig werdende slowakische Frage hervor.

Bis etwa 1926 hatte die tschechoslowakische Volkswirtschaftspolitik ihre erste Aufgabe, die Lösung ihrer Gebiete aus alten Zusammenhängen, im wesentlichen gelöst, als sie nach einer kurzen, weltwirtschaftlichen Erholungspause in den Stürmen einer bis in die Tiefen greifenden Weltwirtschaftskrise an ihre nächste Aufgabe, eine Neugruppierung und einen Umbau der volkswirtschaftlichen Produktivkräfte gehen mußte. Der Slowakei fiel hierbei eine wichtige Rolle zu, sie wurde von der Umlagerung der tschechoslowakischen Industrie nachhaltig betroffen, eine Umlagerung, die sich besonders an das Waagtal, und zwar jetzt in seiner Nord-Süd-Richtung, als neue, bedeutende wirtschaftliche Achse der Tschechoslowakei anlehnte. Die Ergebnisse der Umgruppierung und des Neuaufbaus tschechoslowakischer Industrien sind, in den Krisenzeiten natürlich, vorerst nur in den Umrissen zu erkennen.

Eine der auffälligsten Erscheinungen ist die sich anbahnende Umschichtung im Braunkohlenbergbau der Tschechoslowakei. 1911 wurden auf dem heutigen tschechoslowakischen Staatsgebiet rund 21 Millionen t Braunkohle gefördert, davon in den slowakischen Gebieten nur etwa 25 000 t, eine Bagatelle gegenüber der Förderung der Sudetenländer. Die ungarische Kriegswirtschaftspolitik trieb die slowakische Braunkohlenförderung rapid in die Höhe — 1916 wurden 263 000 t gefördert —, die Förderung der Sudetenländer ging zurück. Die Nachkriegszeit brachte in der Gesamtproduktion des neuen Staates erhebliche Schwankungen, aber ununterbrochen stieg von Jahr zu Jahr der Anteil der Slowakei. 1930 werden insgesamt 19 Millionen t gefördert, in der Slowakei davon fast 600 000 t, 1934 war die tschechoslowakische Gesamtförderung an Braunkohle auf 15 Millionen zurückgegangen, der slowakische Anteil auf 637 000 t gestiegen, im wesentlichen auf Kosten des nordböhmisches Braunkohlenbeckens. 1935 hatte sich die slowakische Braunkohlenförderung auf 642 000 t gehoben. Eine neue Brikkettfabrik wurde am 1. Juli 1935 in Betrieb genommen, die bis Jahreswende 1439 t Brikketts erzeugte.

Der Braunkohlenbergbau der Slowakei, ein Gradmesser ihrer wirtschaftlichen Entwicklung, ist geradezu ein Paradebeispiel der industriellen Umschichtungen, auf anderen Gebieten des Bergbaues ist der Wandel nicht so deutlich. Aber immerhin ist die tschechoslowakische Kupfer- und Antimonerzförderung ganz auf die Slowakei verlagert (Antimonerzförderung 1935 rund 24 000 t), die zudem noch Queck-

silbererz, Manganerz, Eisenkies, Magnesit, Asphaltstein, Naphtha, Erdgas, Salz und Edelmetallerze fördert. Die Förderung von Quecksilbererz hat sich beispielsweise von 1934 auf 1935 mehr als verdoppelt, sie betrug zuletzt 8668 t. Das in den Hütten der Slowakei erzeugte Quecksilbermetall (69 120 kg) genügte, um den ganzen inländischen Bedarf zu decken, so daß nunmehr eine Einfuhr von Quecksilber überflüssig wurde. Antimonerz fördert die Slowakei weit über den heimischen Bedarf, so daß noch exportiert werden kann (1935 nach Rußland). Die Slowakei besitzt die einzigen beachtlichen Erdölvorkommen der Tschechoslowakei in Gbely im slowakischen Karpathenvorland. Die slowakische Eisenerzförderung fällt dagegen aus dem Rahmen der oben skizzierten Entwicklung. Die wichtigsten Gruben befinden sich im Besitz der Rimamurány-Salgótarjaner Eisenwerksgesellschaft, die, in ihrem Aufbau durch die ungarisch-tschechoslowakische Grenze zertrennt, die Eisenerze auf ihren in Restungarn gelegenen Hütten verarbeitet.

Schwerer ist es, von dem Umfang der Verlagerungen in den höheren Stufen der industriellen Verarbeitung einen zahlenmäßigen Überblick zu gewinnen. Immerhin lassen die vorhandenen Statistiken für zwei wichtige, in Frage kommende Zweige, nämlich die chemische Industrie und die Zellulose- und Papierindustrie, einige Schlüsse zu. Die chemische Industrie der Slowakei umfaßte 1926 35 Betriebe mit 3 773 Beschäftigten, 1930 54 Betriebe mit 3 294 Beschäftigten. Der Hauptanteil der Beschäftigten entfiel 1930 auf die chemische Großindustrie mit 1 007 Mann, die nächste Gruppe (Destillation und Extraktion von Holz, Destillation und Verarbeitung von Teer, Asphalt usw.) umfaßte 807 Mann, die Erzeugung chemischer Kunststoffe 585, die Mineralölraffinerien 296. Die Papier- und Zellstoffindustrie setzte sich 1926 aus 17 Betrieben mit 4 129 Beschäftigten zusammen, 1930 aus 38 Betrieben mit 5 554 Beschäftigten. Die Hauptgruppe in diesem Industriezweig bildete 1930 die Zellstoffherzeugung, der dann die Pappe- und Papierherzeugung folgte. Die Beschäftigtenzahlen vermitteln nur ein ganz grobes Bild über die tatsächliche Bedeutung dieser beiden Hauptindustrien; denn sie sind ausgesprochene Industrien mit hohem Kapital- und relativ geringfügigem Arbeitseinsatz. Die Umstellung in der slowakischen Wirtschaft zeigt eine deutliche Tendenz von den Massenkonsumgüterindustrien auf dem Textilwirtschaftsgebiete mit ihren immerhin beträchtlichen Arbeitermassen zu den kapitalintensiven Industrien. Diese Wendung ist sehr maßgeblich von dem vorhandenen slowakischen Arbeiterstamm her bestimmt, der zwar für die relativ einfach zu erlernenden Arbeitsvorrichtungen auf dem Textilgebiete in genügender Menge und dank seiner agrarischen Verwurzelung auch zu billigen Löhnen zur Verfügung steht, für die arbeitsintensive Weiterverarbeitung in den Produktivgütersphären, beispielsweise im Maschinenbau, aber noch zu jung und zu wenig durchgebildet ist. Hier müssen Versäumnisse aus altungarischer Zeit in mühevoller Arbeit langsam nachgeholt werden. Aber im ganzen kann der in einer Weltwirtschaftskrise vorgenommene Umbau der slowakischen Wirtschaft, wenn man die

vielen, im einzelnen hier nicht aufführbaren Teilstücke zu einem Mosaik vereinigt, das Bild eines groß angelegten und von beachtlichen Folgen bisher begleiteten Umbildungsprozesse vermitteln. Stärker und nachhaltiger als die Zerschlagung der alt-ungarischen Wirtschaftsverbindungen beginnt die Industrieverlagerung zu wirken, und die Slowakei fester in den Rahmen einer tschechoslowakischen Produktionsgemeinschaft einzufügen. Damit wird eine rein volklich bestimmte, den alten Raumbeziehungen entgegenstehende Eingliederung in einen künstlich anmutenden Staatsrahmen nun auch wirtschaftlich untermauert, werden die vom Raum her wirkenden Sprengkräfte durch eine wirtschaftspolitische Anstrengung weitgehend paralyisiert. Um so schärfer tritt das in der Slowakei Geleistete hervor, wenn man es nun mit dem Zusammenbruch der sudetendeutschen Industriewirtschaft vergleicht. Erst von diesem Blickpunkt aus erhält die Wirtschaftsentwicklung der Slowakei ihre richtige Bedeutung: hier industrieller Neubau in den slowakischen Kerngebieten, dort ein industrieller Friedhof im deutschen Grenzgebiet der Sudetenländer. Die Wucht der Zerstörung der donauländischen Wirtschaftsverbindungen aus der Vorkriegszeit hat sich, je länger desto mehr, in der Hauptsache auf die sudetendeutschen Gebiete gelegt, ohne ihnen die Kompensationsmöglichkeiten zu geben, die der slowakischen Wirtschaft zur Verfügung gestellt wurden.

*

Damit hat sich eine nationalitätenmäßig bedeutsame Kräfteverschiebung durchgesetzt. Das wirtschaftliche Schwergewicht hat sich in der Tschechoslowakei während der Krisenzeit ganz ausgeprägt auf die tschechischen und slowakischen Kerngebiete verlagert und die von den Minderheiten besiedelten Randgebiete geschwächt, eine Entwicklung von außerordentlicher, allgemeinpolitischer Bedeutung. Räumlich rücken also wichtige wirtschaftliche Konzentrationspunkte von den Grenzen weg in das Innere des Staates, nationalitätenmäßig wird das „tschechoslowakische Staatsvolk“ gestärkt, aber zugleich auch die Kluft zwischen ihm und den anderen Volksgruppen des tschechoslowakischen Nationalitätenstaates ganz erheblich vertieft. Jenen Gewinn an innerer Kraft der die Staatspolitik tragenden Völker kann die Verschärfung des Nationalitätenkampfes schließlich wieder aufheben. Denn eine Lösung der Problematik des tschechoslowakischen Staats- und Volkswirtschaftsaufbaues in aller Tiefe kann jene bisherige Umlagerungspolitik nicht bringen. Immer klarer wird es, daß damit tatsächlich die Slowakei gegen das deutsche Sudetenland ausgespielt wird, daß der sudetendeutschen Wirtschaft, insbesondere ihrer Textilindustrie, die Kosten der industriellen Umstellung in aller Schwere aufgebürdet werden. Aber um so schärfer und unausweichbarer muß nach einer solchen Lösung des slowakischen Teilproblems der ganze wirtschaftliche und volkliche Konfliktstoff in den Sudetenländern, im Kerngebiet des Staates, sich geltend machen, hier, wo vom Raum her alles zusammenfassend wirkt, aber nun vom Volklichen und Wirtschaftlichen die größten Gegensätze aufeinanderstoßen.

H. A. R. PHILBY:**Tibet: Bollwerk oder Durchzugsweg? II****III.**

Mehrere Jahre vor Beilegung des Zwists zwischen Kalkutta und Lhasa war Kam der Mittelpunkt des Interesses an Tibet geworden. Die britische Expedition unter Oberst Younghusband hatte den Hof der Mandschu über seine schwächliche Haltung in Tibet belehrt. Es wurde eine neue politische Richtung angebahnt durch die Bestallung Feng Tschuans als Statthalter von Osttibet mit dem Amtssitz in Tschamdo. Wie der Tschalastaat im Kamgebiet in einen chinesischen Verwaltungsdistrikt umgewandelt worden war, dessen Hauptstadt Tatsienlu wurde, so sollte der neue Statthalter die Staaten westlich des Yangtse auf ein gleichartiges Los vorbereiten. Der Plan schlug aber fehl. Bevor der Statthalter Tschamdo erreichen konnte, hatte seine Einmischung in die tibetanischen Angelegenheiten eine Mißstimmung erzeugt, die das Land offen in Flammen zu setzen genügte. Er wurde unvermutet angegriffen und bei Batang getötet; zwei katholische Missionare teilten sein Geschick. Es währte nicht lange und alle großen Klöster an der chinesischen Grenze standen in hellem Aufruhr. Die chinesischen Besatzungen wurden allenthalben übermannt.

Einige Wochen lang verblieb das ganze Land in der Hand der Tibetaner. Aber der Aufstand erwies abermals, wie merkwürdig rasch sich die Chinesen von Mißerfolgen zu erholen imstande waren. Es wurde eine Strafexpedition unter dem Kommando Tschao Erh Fengs in die Wege geleitet, der ein Mann von ungewöhnlichen Fähigkeiten war und Kam sechs Jahre lang beherrschen sollte, wie es nie zuvor der Fall gewesen war. Bald hatte er den Aufstand niedergezwungen; aber die Zügellosigkeit der chinesischen Truppen rief überall Aufstände hervor, die bis ins Jahr 1906 hinein andauerten. Die Unruhe im Lande war um diese Zeit von Tschao Erh Feng so weit gemeistert worden, daß er zur Organisation der von ihm eroberten Provinz schreiten konnte. Er schlug sein Hauptquartier in Batang auf, wo, wie in Tatsienlu, die Häuptlinge der Stämme durch chinesische Beamte ersetzt wurden; die halbautonomen Staaten wurden in Verwaltungsdistrikte umgewandelt. Die weltlichen Vorrechte der Mönche, die am Aufstand führend beteiligt gewesen waren, wurden erheblich geschmälert und der Zahl nach verringert. Schließlich unternahm Tschao Erh Feng auch noch, die Niederlassung von Chinesen im Lande in die Wege zu leiten.

Nachdem er auf diese Weise das ganze Verwaltungsgebiet östlich des Yangtse nach chinesischem Muster umgeschaffen hatte, ging er dazu über, diese Organisationen über die herkömmliche tibetanische Grenze hinaus auszudehnen. 1908 brach er von Tschengtzu auf und rückte in nordwestlicher Richtung längs der Straße von Tatsienlu nach Jyekundo vor, um den mächtigen Staat Dege anzugreifen. Es

herrschaften dort gerade Wirren infolge des Zwistes zweier Brüder um der Hauptlingsstellung willen, und er erreichte durch den zeitgeheiligten Kniff, einem der Brüder gegen den anderen Hilfe zu gewähren, mühelos den Zugang zur Hauptstadt Dege Göntschen, wo er alsbald eine chinesische Verwaltung nach dem Muster von Batang einrichtete. Trotz dem Einspruch der tibetanischen Regierung bei der von Peking erhielt Tschao Erh Feng die Erlaubnis, seine draufgängerische Politik fortzusetzen, besetzte Tschamdo, die größte Stadt in Kam und zugleich auch die Nachbarstaaten Draya und Markam. 1909 war alles für den Gnadenstoß, das Vorrücken eines chinesischen Heeres auf Lhasa selbst vorbereitet.

Dort verursachte der Aufbruch der dazu verwandten Truppen aus Tschengtu heftige Beunruhigung. Der Dalai Lama sandte einen verzweiferten Hilferuf an die britische Regierung und die Fremdmächte, einen weiteren an die chinesische Regierung. Letzterer hatte folgenden Wortlaut: „Wir, die unterdrückten Tibetaner, schicken Euch diese Botschaft. Obwohl äußerlich alles in schönster Ordnung ist, fressen doch innen große Würmer die kleinen. Wir sind aufrichtig, sie aber gleisnerisch. Es sind Truppen nach Tibet entsandt worden. Dies hat große Beunruhigung zur Folge gehabt. Bitte beruft den chinesischen Offizier und auch die eben in Kam eingetroffenen Truppen zurück. Wenn Ihr dazu nicht instande seid, gibt es schlimme Folgen.“

Diese Hilferufe blieben ungehört. Tschung Ying rückte in westlicher Richtung an der Spitze von 2000 Mann und einigen Veteranen aus der Truppe Tschao Erh Feng vor. Nach einem beschwerlichen Wintermarsch über die tibetanischen Pässe erreichte er im Februar 1910 Lhasa.

Wie der Dalai Lama nach Norden entflohen war, um einer britischen Expedition auszuweichen, so floh er jetzt nach Süden, um einer chinesischen Streitmacht zu entkommen. Er fand in Indien gastfreundliche Aufnahme; doch seine Bitte um bewaffnete Unterstützung und Wiedereroberung seiner Hauptstadt fand kein Gehör. Die britische Regierung begnügte sich, Verwahrung dagegen einzulegen, daß die chinesische Expedition ohne vorherige Mitteilung an sie durchgeführt worden war, und machte darauf aufmerksam, daß die plötzliche Beseitigung einer Regierung, mit der Großbritannien das Abkommen des Jahres 1904 getroffen hatte, Besorgnisse hinsichtlich der Einhaltung des Vertrages zur Folge habe. Die Flucht des Dalai Lama hatte aber das Gute, daß Tschao Erh Feng nunmehr in der Lage war, seine Anschläge auf Kam durchzuführen, ohne von Westen her Störungen befürchten zu müssen.

Binnen Jahresfrist war die Beseitigung der Oberhoheit Tibets über die Landschaft Kam durchgeführt. Es wurde nun zur Unterwerfung der „schlechten Landstriche“ von Sangan im Yangtsebecken oberhalb Batang geschritten und eine Expedition unternommen, um die dichten, regenfeuchten Waldungen von Bomed bei Assam in Besitz zu nehmen. Schließlich vervollständigte die Eroberung von Nyarong, eines Distrikts, der im Gegensatz zu den umgebenden halbautonomen Staaten unmittelbar von Lhasa aus regiert wurde, die Einverleibung Kams ins eigentliche China.

Kaum hatte Tschao Erh Feng die Grenze hinter sich gelassen, um den einträglichen Posten

eines Vizekönigs von Szetschwan zu beziehen, den er sich reichlich verdient hatte, brachte sein Nachfolger, der General Fū Sung Mu, beim Thron der Mandschu das Gesuch vor, man wolle Kam staatsrechtlich und nicht nur praktisch unter dem Namen Sikang zu einer chinesischen Provinz machen; zur Begründung dieses Gesuchs machte er geltend, daß der Amtssitz des Vizekönigs von Szetschwan zu weit von den Hauptorten von Kam entfernt sei, um eine wirksame Verwaltung des Landes von dorthier zu ermöglichen, und unterstützte seinen Antrag durch den Hinweis auf die „Macht jenseits Tibets“ und auf die Notwendigkeit, Szetschwan gegen einen Angriff sicherzustellen. Auch unterbreitete er den Antrag, man möge den Posten des Grenzkommisars (seinen) in den eines Statthalters von Sikang umwandeln.

Von diesem seinem Besuch und auch von Kam war bald nicht mehr die Rede; denn inzwischen war die Revolution ausgebrochen, die 1911 über China wegbrauste. Die Dynastie der Mandschu verschwand und mit ihr der grimmige Vizekönig von Szetschwan, der sich nach dreimonatiger Behauptung von Tschengtu den Revolutionären ergab. Szetschwan sollte den hinterlistigen Mord an dem großen Markgrafen bald bereuen müssen. In ganz Tibet meuterten die chinesischen Besatzungen, als die Nachricht vom Ausbruch der Revolution dort eintraf. Man erschloß die Offiziere, plünderte die Vorräte, und in den entfernteren Gauen wurde das kriegsungewohnte Gesindel von den Tibetanern aus Hinterhalten überfallen. Es dauerte nicht lange und die Chinesen hatten die Macht über das gesamte Gebiet westlich des Mekong wieder eingebüßt; die Besatzungen, die noch zur Verfügung standen, wurden auf Tschamdo und Batang zurückgezogen. Der Kommandant von Tschamdo, Peng Jih Scheng, ließ das große Kloster der Stadt dem Erdboden gleichmachen. So wurden die Mönche von Kam, die bereits durch die kirchenfeindliche Politik Tschao Erh Fengs gegen die Chinesen aufgebracht worden waren, in ihrer Widersetzlichkeit gegen seinen Nachfolger bestärkt.

1912 unternahmen die Chinesen in Szetschwan erneut den Versuch, in Kam die Pax Sinica (den chinesischen Frieden) herzustellen. Yin Tschang Heng, Führer der Revolution in Szetschwan, fiel in das Land ein. Seine Kriegführung zeichnete sich durch einen selbst in China seltenen Grad von Zügellosigkeit aus; aber nach zweijährigem Kämpfen, Plündern, Sengen und Brennen wurde die Oberherrschaft Chinas im Land östlich des Mekong dennoch wieder hergestellt. Über diesen Fluß aber konnte Yin nicht vordringen, da die Truppen des Kalon Lama, des Oberbefehlshabers der tibetanischen Streitkräfte, sich ihm in zähem Kampf widersetzen. So war also die Lage, die sich dann mehr und mehr verfestigte. Die Tibetaner unter dem Kalon Lama behaupteten das Land westlich der Mekong- und Salwin-Wasserscheide, die Chinesen das im Osten belegene Gebiet. Beiden erschien diese Grenzsetzung als eine lediglich vorläufige; aber durch Vermittlung Englands, dessen Regierung sich endlich darauf besann, daß Tibet an Indien angrenzt, wurde kurzerhand ein Waffenstillstand zurechtgemacht. Beide Teile verpflichteten sich, die schon bezogenen Stellungen nicht mehr zu überschreiten.

Ein paar Jahre lang wurde dieser Waffenstillstand auch innegehalten, obwohl keiner der vertragschließenden Teile aus seiner Unzufriedenheit mit dem Status quo ein Hehl machte. Östlich des Mekong zeichnete sich der chinesische Kommandant, General Peng Jih Scheng,

dadurch aus, daß er Wünsche, deren Erfüllung jeder Tibetaner als sein Geburtsrecht betrachtete, unbeachtet ließ. Er hatte während der Feldzüge Tschao Erh Fengs wichtige Grenzposten besetzt und galt den Tibetanern als der eigentliche Urheber der kirchenfeindlichen Politik seines Vorgesetzten. Die von ihm befohlene Vernichtung des Klosters von Tschamdo trug nicht dazu bei, solche Eindrücke aus der Welt zu schaffen, und es erreichte ihn auch bald die Nemesis. Es dauerte nicht lange und die von Tschao Erh Feng sorgsam gehüteten Vorräte an Reis und Munition gingen auf die Neige; die in der Folge einsetzende Vergeudung der Einkünfte aus dem Lande brachte Tschao Fengs Nachfolger in die übelste Klemme. Peng Jih Scheng sah sich damit zum Handeln gezwungen. Einerseits wollte er seine Stellung den chinesischen Behörden in Szetschwan gegenüber festigen, indem er einige in die Augen fallende Siege errang; andererseits suchte er eine Gelegenheit zu Plünderungen, um seine schwindenden Vorräte zu ergänzen. Er benutzte einen bedeutungslosen Streit über Weiderechte in Niemandland zwischen den sich gegenüberstehenden Streitkräften und erklärte den Waffenstillstand für beendet. Die chinesische Kolonne überschritt den Mekong in den ersten Wochen des Jahres 1918.

Die Tibetaner waren aber auch ihrerseits nicht müßig gewesen. Der Dalai Lama, der 1910 von chinesischen Truppen aus Lhasa verjagt wurde, war von den Behörden der Republik China in aller Form wieder in sein Amt eingesetzt worden und 1912 nach Lhasa zurückgekehrt. Er hegte aber gegen die Absichten der Chinesen tiefstes Mißtrauen und war dementsprechend erkenntlich für die ihm während seiner Verbannung seitens der englischen Regierung erwiesene Gastfreundschaft. Diese hatte sich zwar, wie wir sahen, geweigert, Truppen zu entsenden, um die Chinesen aus Lhasa zu verjagen und den Dalai Lama wieder in seine Würden einzusetzen; aber es wurde diesem doch auch wieder indirekt dadurch geholfen, als er mit Erlaubnis der Chinesen selbst nach Lhasa zurückkehren konnte.

Die indisch-tibetanische Grenze war fortan gegen Händler und Reisende aus Indien nicht mehr hermetisch abgeschlossen; Waffen und Munition begannen von Süden her ins Land einzusickern.

Die Streitkräfte des Kalon Lama, die sich Peng Jih Scheng entgegenwarfen, waren sehr verschieden von den unbewaffneten Horden, die Tschao Erh Feng so spielend leicht zersprengt hatte. Als die mittlere Kolonne der Chinesen den Mekong überschritt, wurde sie durch einen Gegenangriff der Tibetaner auseinandergejagt, der dann bis nach Draya weitergetragen wurde, während ein zweiter Truppenteil Markam im Süden angriff und bald an den Bum La Pass gelangte, der an der geschichtlich bedeutsamen chinesisch-tibetanischen Grenze belegen ist; zugleich warf ein Angriff der Tibetaner im Norden die chinesische Kolonne zurück, die von Riwotsche her anrückte und bemächtigte sich der Hauptverkehrsstraße von Tschamdo nach Dege-Göntschen. Auf diese Weise wurde Tschamdo, der Mittelpunkt der chinesischen Heeresmacht in Kam, von der Außenwelt völlig abgeschnitten. Im April 1918 ergab sich Peng Jih Scheng.

Die übrigen chinesischen Streitkräfte in Batang und Tatsienlu vermochten die Lage auf keine Weise zu bessern oder auch nur zu verhindern, daß die Tibetaner weiter gegen Szetschwan vorrückten. Es kam abermals zu Waffenstillstandsverhand-

lungen. Im Norden hatten die Tibetaner bereits die historischen Grenzen überschritten, die ihr Gebiet in dieser Richtung abschlossen, und sich des reichen Dege-Staates bemächtigt. Im Süden aber blieb die Bum La Pass-Linie erhalten; den Chinesen verblieb Batang. Man kam überein, daß diese de facto-Grenze als vorläufig geltend anerkannt werden solle; freilich war keiner der Vertragsteile zufriedengestellt, was aber gerade ein Grund dafür gewesen sein mag, daß dieser Vergleich sich praktisch brauchbar erwies. Friedliche Handelsbeziehungen sind in der Folge zwischen Szetschwan und Kam länger aufrechterhalten worden als zu irgendeiner Zeit seit dem Einrücken Tschao Erh Fengs in Tatsienlu.

IV.

Die Kämpfe im Kam seit Ausbruch der chinesischen Revolution haben im Grunde dazu geführt, daß Tibet in den letzten fünfzehn Jahren sich einer de facto-Unabhängigkeit zu erfreuen gehabt hat. China hat sich freilich in diese Sachlage keineswegs gutwillig gefügt; aber die Aufstellung einer stehenden Armee in Tibet hat neue Verhältnisse geschaffen. Schlecht bezahlte und ebenso schlecht bewaffnete chinesische Truppen sind nicht mehr imstande, mir nichts dir nichts in das Land einzudringen. Und bis zu dem Zeitpunkt, wo China sich fremder imperialistischer Übergriffe auf seine eigenen Küsten wirklich zu erwehren vermag, ist es auch offensichtlich nicht in der Lage, sich im Innern imperialistische Unternehmungen größeren Umfangs zu leisten; doch gibt es indirekte Methoden, sich Einfluß in Tibet zu verschaffen, und China hat sie sich nicht entgehen lassen.

In Tibet ist der Parteihader an der Tagesordnung. Bei den großen Klöstern, die über Menschen und Material in bedeutendem Ausmaß verfügen, herrscht allenthalben ein starker Korpsgeist, der häufig genug in Streitigkeiten um bevorzugte Geltung ausartet. Die Priester dort zeichnen sich ebenso durch Ungeberdigkeit wie durch den Eifer ihrer Bußübungen aus, und die zahlreichen als heilig erachteten Personen des Landes bilden geeignete Mittelpunkte, um die sich die hadernden Parteien scharen können.

Nächst dem Dalai Lama, der seinen Sitz in Potala bei Lhasa hat, ist der mächtigste Gewalthaber des Landes der Panschen Lama. Er steht an der Spitze des großen Klosters von Taschilumpo bei Schigatse und wird in geistigen Dingen dem Dalai Lama selbst nahezu gleichgeachtet. Es dauerte nicht lange und die englandfreundliche Politik, der sich der Dalai Lama nach seiner Rückkehr von Indien verschrieben hatte, erzeugte Unzufriedenheit. In Tibet beruht alles auf Herkommen. Die Ausbildung tibetanischer Jünglinge in Indien und England, dazu die Gründung einer englischen Schule auf tibetanischem Gebiet erregten schwere Bedenken unter den mehr am Alten hangenden anderen Lamas. Auch kam es den großen Feudalherren und halbautonomen Klöstern nicht eben zugute, daß die Zentralgewalt in Lhasa einen allzu großen Machtzuwachs erhielt, die notwendige Folge der Schaffung und Ausrüstung eines stehenden Heeres. Das Gedeihen des Handels, das dem Lande selbst ja nur förderlich war, wurde gleichfalls als die Spitze eines Keiles angesehen, der eines schönen Tages das Fremde gewaltsam ins verbotene Land einführen mußte; auch stand in den heiligen lamaistischen Schriften nichts zugunsten der Verwendung von Wasserkraft für elektrische Anlagen oder von Telegraphenleitungen in Lhasa. Die zunehmende Gegnerschaft gegen den Dalai Lama und seine Neuerungen scharte sich um den Panschen Lama und suchte in Schigatse Abhilfe gegen die überhandnehmende Besteuerung, die eine Folge der Neuerungs-sucht von Lhasa war.

Diese Gegner wandten sich nun begreiflicherweise an China um Hilfe. Dieses hatte schon öfters den Parteihader in Lhasa dazu benutzt, seine eigenen Zwecke zu fördern. Viele Klöster waren durch Zuschüsse aus China bereichert worden, so insbesondere die große Drepung-Stiftung in Lhasa selbst mit ihren nahezu 10 000 Mönchen, von denen viele aus den chinesischen Grenzgebieten stammten. Höchstwahrscheinlich hat die chinesenfreundliche Partei in den letzten Jahrzehnten an Einfluß zugenommen und dies wird bestimmt noch mehr der Fall sein, wenn in Kam die Erinnerung an die Plünderungen Tschao Erh Fengs und Peng Jih Schengs verblaßt. Aber die Stunde des endgültigen Gelingens hat für China noch nicht geschlagen. Trotz vorübergehender Erfolge, wie etwa die Schließung der englischen Schule, hatten die Machenschaften des Panschen Lama zu nichts geführt. Er mußte das Land verlassen und begab sich selbstverständlich nach China, wo er sich seither in Kuomintangkreisen eifrig betätigte. Bei seinem Versuch, dort Unterstützung zu gewinnen, erklärte er sich feierlich für die drei Grundsätze des Dr. Sun Yat Sen — eine merkwürdige Randglosse zu seiner Abneigung gegen Neuerungen.

Der Tod des Dalai Lama endete an der Sachlage nur wenig. Die Wahl einer neuen Reinkarnation, die bekanntlich von der Entdeckung zahlloser „Male“ abhängt, öffnet natürlich allerlei Hokuspokus Tür und Tor und ist in der Vergangenheit wiederholt zu politischen Zwecken ausgebeutet worden. Die Parteigänger des toten Dalai Lama hegen natürlich den Wunsch, das Wahlgeschäft in der Hand zu behalten, während der Panschen Lama eine Anzahl erfolgloser Versuche gemacht hat, nach Tibet zurückzugelangen, ehe der Würfel gefallen wäre. Zur Zeit hält er sich noch in dem an der Grenze von Kansu und Kukunor gelegenen Sining auf, wo er günstige Witterung abwartet, bevor er sich auf die weite und gefährliche Reise nach Lhasa über Nagtschuka begibt. Man darf getrost annehmen, daß die Berichte seiner Vertrauten in Lhasa für die Anberaumung seines Aufbruchs nicht minder ins Gewicht fallen als die Vorhersagen der Wetterkundigen an seinem derzeitigen Aufenthaltsort¹⁾.

V.

Der Kampf zwischen dem Dalai und Panschen Lama, zwischen Neuerungen und Herkommen²⁾, zwischen britischem und chinesischem Einfluß hat die Geschichte Tibets in den letzten beiden Jahrzehnten beherrscht. Wie so viele andere Streitfragen im heutigen Asien droht auch dieser Kampf vor dem erneuten Zug Rußlands durch den Kontinent seine Bedeutung zu verlieren. Nach einem Jahrzehnt des Krieges, des Zusammenbruchs, der Revolution und des Chaos setzt Sowjetrußland

1) Seither sind Nachrichten nach Europa gelangt, die besagen, daß der Panschen Lama bereits in Lhasa eingetroffen ist. Über die Auswirkungen seiner Rückkehr muß man das Urteil zurückstellen, bis zuverlässigere Nachrichten eingegangen sind.

2) Immerhin scheint es, als sei der Panschen Lama selbst inzwischen zum begeisterten „Modernisten“ geworden. Ein Fähnlein im Winde.

zur Zeit die Aufgabe fort, die ihm das zaristische Rußland hinterlassen hat. Es ist um so gefährlicher als sein Vorgänger, als es seine Weltgeltung durch demagogische Künste zu verstärken sucht; die Werbungen der Kommunisten in Indien, China und Japan bahnen den „unbesiegbaren roten Heeren“ den Weg.

Seit dem Tage, an dem Sun Yat Sen den verhängnisvollen Bund mit Borodin einging, ist der Kommunismus zu einer an- und abschwellenden Drohung für China geworden. In den Städten ist er von Tschiangkaischek allerdings ausgerottet worden, hat aber dafür sein Haupt auf dem offenen Lande wieder erhoben. China ist gewiß seine ganze Vergangenheit hindurch von Krämpfen agrarischer Unruhen heimgesucht gewesen; aber das Auftreten Sowjetrußlands hat eine neue Lage geschaffen. Die sonst vereinzeltten Ausbrüche sind jetzt zu einer organisierten und dauernden Bedrohung geworden. Der im unwegsamen Gebirgsland von Kiangsi und Fukien errichtete kommunistische Staat war das erste Anzeichen für diesen neuen Tatbestand. Verschiedene Feldzüge Tschiangkaischeks gegen diesen Staat erwiesen sich als erfolglos; als er durch „wirtschaftliche Sanktionen“ in Gestalt einer förmlichen Blockierung endlich unterlegen war, brachen die roten Heere durch den westlichen Wall und strömten durch das offene Land auf Szetschwan zu, wobei sie zwar durch die Provinztruppen, die ihnen in den Weg traten, abgelenkt, doch nie endgültig niedergeworfen wurden. Ein großer Teil der Provinz ist gegenwärtig unter wirksamer sowjetistischer Herrschaft, mit Ausnahme zweier Hauptstädte, Tschengtu und Tschungking. Abteilungen roter Truppen, die sich vom Hauptheer abgezweigt haben und nach Norden gezogen sind, dringen zur Zeit nach Schensi und Kansu auf dem Weg zu der von den Sowjets beschützten Provinz Sinkiang vor.

Die Bedeutsamkeit dieser Bewegung für China liegt auf der Hand. Die Durchdringung des Landes durch Rußland richtet sich nicht mehr bloß gegen die mandchurische Flanke, wo Japan in der Lage ist, sie aufzuhalten. Die Sowjets haben bewußt und folgerichtig darauf hingearbeitet, die Ausbreitung ihres Reiches auf den Meeren durch eine solche auf dem Festland zu ersetzen. Rußlands Absichten auf das Baltikum, auf das Schwarze Meer und die Levante treten heutigen Tages zurück gegen die Erschließung des Uralgebirges, Westsibiriens und des Kusnetskbeckens. Auch im Fernosten breitet sich Rußland nicht mehr längs des Stillen Ozeans aus. Es zielt vielmehr, von mittelasiatischen Grundstellungen aus, auf das Herz des Festlandes in China.

Und nun ist auch Tibet in das Gebiet dieser weitausgreifenden Bedrohung hineingeraten. Ein mit allen Banden an die Sowjetunion gefesselter Staat ist in Szetschwan unmittelbar an der Grenze von Kam entstanden. Der Teehandel wird beständig durch umherstreifende Banden gestört, die sich an den Hauptverkehrsstraßen festsetzen und hin und wieder auch die Städte bedrohen. Im Nordosten ist die Lage ebenso schlimm. Die Sowjetflut brandet bereits von zwei Richtungen aus an die große Treppe von Kukunor: Von Urumtschi im Westen rückt sie gegen die großen

Mittelpunkte des Wollhandels (von Kansu her) vor, die das Wirtschaftsleben sowohl von Kansu als Westtibet beherrschen. Im Osten gehen die Kommunisten von Szetschwan und Schensi gegen ihre Brüder in der Steppe vor. Die Muslime von Kansu, die die Gegend beherrschen, bilden zwar eine nicht zu unterschätzende Wehr; sie genügt aber nicht, jener Flut Einhalt zu gebieten. Dazu kommt, daß die Mongolen der Volksrepublik ohnmächtig, das heißt außerstande sind, dem Vormarsch der Roten Armee eine Schranke bewußten Volkstums entgegenzustellen.

Die Aussichten in die Zukunft sind keineswegs rosig. Sollten sich Kumbum und Tatsienlu gleichfalls als unfähig erweisen, der Durchdringung durch die Roten zu wehren, müßten zwei von Tibets wichtigsten Ausfallstoren in die Hände einer Macht fallen, deren stetiger Druck auf die Nordwestgrenze Indiens das schwierigste Problem bildet, das das britische Weltreich bisher zu lösen berufen war. Wenn es dazu käme, würde sofort die Frage der Machtverteilung sowohl im nahen wie im mittleren und fernen Osten aufgeworfen werden. Es ist ernstlich zu hoffen, daß Großbritannien bei den Entscheidungen, die es allernächstens zu treffen haben wird, sich nicht durch die auffälligeren abenteuerlichen Unternehmungen anderer Mächte den Blick ablenken läßt von dieser stetigen und hinterhältigen Durchdringungspolitik und ihren unabweislichen, verhängnisvollen Folgen.

G. V. SCHOULTZ:

Die Lage in Ostasien

Eine geostrategische Übersicht

Die Lage im Fernen Osten ist schon mehrere Jahre gespannt, und diese Spannung will auch zunächst nicht weichen. Man fragt sich in Asien wie in Europa: wird sie zu einem Kriege führen? Und wenn es losbricht — wird es ein Land- oder Seekrieg sein? Denn die Expansionspolitik Japans ist nach der Errichtung des Vasallenstaats Mandschukuo nicht zum Stehen gekommen — im Gegenteil, mit jedem Jahre besetzt Japan neue Provinzen Nordchinas, dringt immer weiter nach Westen und Süden vor. Versuchen wir die sich daraus ergebende geostrategische Lage so kurz wie möglich zu untersuchen.

Japan verheimlicht seine politischen Ziele in Ostasien nicht. Seine Staatsmänner haben wiederholt erklärt, daß sie China vom verderblichen Einfluß der westlichen Mächte befreien, seine Wirtschaft, Finanzen und Handel kontrollieren, den chinesischen Staat nach eigenem Muster organisieren und seine Zusammenarbeit mit Japan in inneren wie äußeren Angelegenheiten sichern wollen. Die politische Devise ist: Asien für die Asiaten — unter japanischer Führung.

Allerdings hat Japan nicht unrecht, wenn es behauptet, daß auch die Westmächte das Chinesische Reich viel mehr auszubeuten, als es zu organisieren und ihm

zu helfen gesucht haben. Aber dieses Ausbeuten geschah auf dem Wege privater Beziehungen, im Zeichen des Handels hauptsächlich; wenn die betreffenden Regierungen auch meistens dahinterstanden, so zwangen sie China doch nicht mit unmittelbarer Gewalt, sondern verhandelten und suchten ihre Ziele mit diplomatischen, d. h. friedlichen Mitteln zu erreichen. Dagegen wollten die Japaner nicht warten, sie stürmten voraus, griffen fremdes Land an, besetzten es mit ihren Truppen und rissen große Provinzen Chinas von ihrem Mutterland ab. Dabei mußten sich ihre Interessen augenscheinlich scharf mit denen der Westmächte kreuzen. Im Osten, in den Küstenprovinzen des Mittelreichs, waren es hauptsächlich England und die USA., die seit langer Zeit viel Kapital in die chinesischen Eisenbahnen, in Handel und Industrie investiert hatten. Im Westen, der Mongolei und Sinkiang, die zu den größten Provinzen Chinas gehören, war es Rußland, dessen wirtschaftlicher wie politischer Einfluß auf seine Grenzländer so alt ist wie das Zarenreich. Seine Handelsverbindungen mit Westchina haben sich nach dem Weltkrieg noch weiter entwickelt, in Sinkiang — dem chinesischen Turkestan — wie in der Äußeren Mongolei haben die Russen auf bedeutenden Strecken Eisenbahnkonzessionen erworben, Brücken und Wege gebaut, die ihren Einfluß in der Zukunft noch steigern müssen.

Die Äußere Mongolei ist sehr schwach bevölkert, ihre wandernden Stämme sind nach jahrelangen Bürgerkämpfen der Weißen und Roten Russen ganz unter den Einfluß dieser letzteren gekommen. Seitdem sind die meisten der alten Fürstenfamilien mit ihrer nächsten Gefolgschaft nach Mandschukuo geflüchtet, wo sie von der japanischen Oberherrschaft gut aufgenommen und in Erwartung zukünftiger Dienste besonders gastfreundlich behandelt werden.

Dagegen haben die russisch gesinnten ärmeren Mongolen in ihrer Hauptstadt Urgà, oder eigentlich Ulán Batòr (wie sie jetzt genannt wird), eine Volksrepublik nach russischem Sowjetmuster proklamiert, die von Moskau stark unterstützt wird. Letzteres hat in einem Abkommen mit China vom 31. 5. 1924 die neue Republik wohl als Teil des Chinesischen Reichs anerkannt, sein Einfluß auf die Mongolen ist darum aber nicht schwächer geworden, die mongolischen Truppen werden auch jetzt noch zum großen Teil von russischen Offizieren ausgebildet, geführt und mit russischem Kriegsmaterial, Waffen und Munition versorgt.

Schließlich wurde am 12. 3. 1936 zwischen der Äußeren Mongolei und Rußland ein Schutzbündnis gegen jeden Angriff von dritter Seite geschlossen. Die chinesische Regierung protestierte dagegen, ihr Protest war aber rein formeller Natur; er ist übrigens erst auf eine Anregung von Mandschukuo hin erfolgt. Der Gesandte dieser letzteren sprach in Nanking den Verdacht aus, daß China im Geheimen die Äußere Mongolei und Sinkiang an Rußland ausgeliefert hätte — „eine unfreundliche Handlung, deren Spitze augenscheinlich gegen Japan und Mandschukuo gerichtet ist“. Die Antwort Moskaus auf den chinesischen Protest ist mir



Karte Ostasiens mit Einzeichnung der im Aufsatz genannten Städte und Bahnen

in ihrem Wortlaut unbekannt, an der Sache hat sie aber jedenfalls nichts geändert, denn das russisch-mongolische Bündnis wurde nicht widerrufen, und die russischen Truppen wurden nicht zurückgezogen.

Strategisch bildet die Äußere Mongolei das beste Gebiet zur Absperrung der beiden großen Verbindungswege zwischen Rußland und China — des nördlichen, vom Baikalsee durch Werchne-Udinsk und Kjachta nach Urgà, Kalgan, Peking (Peiping), und des südlichen, aus dem russischen Turkestan nach Sinkiang, der auch „chinesischer oder Ostturkestan“ genannt wird und eine direkte Fortsetzung des ersteren bildet. Zugleich aber ist die Mongolei ein gutes Sprungbrett zum Angriff gegen den Baikalsee und die Sibirische Eisenbahn, die Ostsibirien mit Westasien und dem übrigen Rußland verbinden.

Gelingt es Japan, die ganze Mongolei zu einem Vasallenstaat wie Mandschukuo umzubilden, so wäre China von Rußland so gut wie abgeschnitten und die Sibirische Eisenbahn an ihrer empfindlichsten Stelle bedroht. Der russisch-

chinesische Handel, der für das noch unerschlossene, von Natur reiche Sibirien von größter Bedeutung ist, könnte von Japan zu beliebiger Zeit lahmgelegt und Ostsibirien mit Leichtigkeit erobert werden.

In Japan hat man die strategische Bedeutung der Mongolei seit langem erkannt, und darum wird sie von den Japanern ebenso eifrig umworben wie von den Russen. Da erstere aber von Osten kommen, so müssen sie zuerst die Innere Mongolei besetzen. Diese ist bedeutend dichter bevölkert als die Äußere Mongolei, die weiter nach Westen und Norden liegt und von der Inneren durch die wasserlose Sandwüste Gobi geschieden ist. Die Innere Mongolei ist auch wärmer und fruchtbarer, sie zieht darum die chinesischen Bauern an, die während der letzten Jahrzehnte in immer größeren Mengen dorthin strömen. Im Osten aber grenzen beide Teile der Mongolei, die Äußere wie die Innere, an das jetzige Mandschukuo, dessen westliche Provinzen seit alters her stark von Mongolen bevölkert waren¹⁾. Diese letzteren mit ihren erst neuerdings eingewanderten Fürstenfamilien werden von Japan als natürliches Verbindungsglied mit der Mongolei ausgenützt.

Der letzte japanische Vorstoß in Nordchina (März 1936) hat auch formell zwei große Provinzen der Inneren Mongolei, Chahar und Suijan, unter die japanische Vormundschaft gebracht.

*

Wie verhält sich Rußland zu der Japanisierung der Mongolei? Die Sowjetregierung scheint diese Gefahr schon 1931, gleich nach dem ersten mandschurischen Feldzug der Japaner, erkannt und sofort verschiedene Maßnahmen zur Stärkung der russischen Lage am Baikalsee wie in Ostsibirien unternommen zu haben. So wurde die Kolonisierung des fruchtbaren Amurtals auf alle Weise gefördert, die Ansiedler erhielten besondere Vorrechte, Kosaken und abgediente Soldaten wurden anderen Siedlern vorgezogen; das linke Amurufer und sein Nebenfluß Argunj wurden an strategisch wichtigen Stellen befestigt, chaussierte Wege geführt usw. Zugleich wurden große Truppenmengen nach Ostsibirien verlegt, neue Stützpunkte, Arsenale und Munitionslager errichtet.

Nach verschiedenen Presseangaben ist die ostsibirische Armee, die unter dem Befehl des Marschalls Blücher steht, seit 1931 etwa ums Doppelte verstärkt worden. Ihre Hauptbasis ist an den Baikalsee verlegt worden, schwere Artillerie, zahlreiche Tanks, motorisierte Streitwagen und besonders viele Flugzeuge sind an den Amur gebracht, die Sibirische Eisenbahn ist zum größten Teil doppelspurig ausgebaut worden.

Schließlich ist eine neue Eisenbahnlinie von etwa 2000 km Länge in Bau genommen, die nördlich des Baikalsees über die Goldfelder am Ausfluß der Lena, Bodaibo und Witimsk, dann nach Südost, parallel der Ostsibirischen Bahn laufen, den Amur-

1) In Chingan allein, dem westlichen Teil der ehemaligen Mandschurei, sollen 1,5 bis 2 Millionen Mongolen wohnen.

strom bei der neuen Industriestadt Komsomolsk (zwischen Chabarowsk und Nikolajewsk) durchkreuzen und im Hafen Sowjetskaja (früher Imperatorskaja) Gawanj an der Küste des Japanischen Meers enden soll. Diese Linie soll durch mehrere Zweigbahnen mit Nikolajewsk und anderen strategisch wichtigen Punkten sowohl am Amur wie an der alten Ostsibirischen Eisenbahn verbunden werden.

Östlich vom Baikalsee sollen zur Zeit über 200 000 Mann sibirischer Truppen versammelt sein, westlich des Baikal, zwischen Tomsk und Irkutsk, eine Reservearmee von etwa 100 000 Mann; wenigstens ebensoviel Truppen sollen im russischen Turkestan liegen, von wo sie entweder nach Sinkiang, in die Äußere Mongolei oder auch an den Baikalsee geworfen werden können.

So hat Rußland bereits weitgehende Vorbereitungen zur Verteidigung Ostsibiriens am Baikalsee und am Amurstrom getroffen. Man weiß aber nicht, wieviel Zeit ihre Ausführung erfordern wird, ob sie auch alle zu Ende geführt, und welche Wirkung sie schließlich haben werden. Denn die Kolonisierung des Amurtals z. B. kann Jahrhunderte dauern. Unterdessen arbeiten die Japaner ebenso eifrig am anderen Ufer der Flüsse Amur und Argunj, die Ostsibirien von Mandschukuo trennen. Aus Mandschukuo aber dringen sie in die Mongolei ein, deren innerer Teil schon jetzt so gut wie in ihrer Gewalt ist. Zwischen dieser und der Äußeren Mongolei liegt aber die Sandwüste Gobi, über 1000 km tief und über 2000 km breit — von Osten nach Westen gerechnet.

Die Schwierigkeiten, die ein Krieg in der Mongolei für Japan bedeuten würde, liegen mit ihren riesigen Entfernungen und schlechten Verbindungen ganz im Bereich der Geographie, die in einem sehr schwach bevölkerten Lande dem Angreifer fast unübersteigliche Hindernisse in den Weg legen. Die einzige fahrbare, wenn auch nicht chaussierte Straße durch die Sandwüste Gobi führt von Peiping (Peking) über die alte Hauptstadt der Inneren Mongolei, Kalgan, die schon außerhalb der Großen chinesischen Mauer liegt. Von hier an durchquert sie in nahezu schnurgerader nordwestlicher Richtung die Wüste und mündet in Urgà oder Ulán-Bator. Sven Hedin hat diesen Weg mit seinen motorisierten Lastwagen in einigen 15 Tagen zurückgelegt. Wasser, Brennstoff und Nahrung mußten mitgenommen werden, denn das Land herum ist entweder eine öde Grassteppe oder eine sandige, wasserlose Wüste; in ihnen findet man nur selten ganz kleine bebaute Oasen.

Die Entfernung von Peiping bis Kalgan beträgt etwa 300 km, von Kalgan bis Urgà etwa 1200 km. Solange die Mongolei keine besseren Wege besitzt, keine Eisenbahnlinien, die mit denjenigen von Mandschukuo und Nordchina vereinigt wären, ist ein erfolgreicher Angriff aus dieser Richtung gegen die russische Stellung am Baikalsee kaum denkbar.

Darum scheint ein japanischer Vorstoß gegen Ulán-Bator zur Zeit oder in nächster Zukunft unwahrscheinlich zu sein. So verlockend es wäre, die Ostsibirische Eisenbahn von hier zu erreichen und damit die ganze russische Armee, die längs

dem Amur und im Küstengebiet aufmarschiert ist, von ihrer Hauptbasis am Baikalsee abzuschneiden, so wäre ein Krieg an der russisch-mongolischen Grenze für Japan doch zu gewagt. Denn mit jedem 100 km, die die Japaner in die Mongolei marschierten, würden ihre Schwierigkeiten wachsen, die Eroberung Ulán-Bators würde ihnen nichts helfen, und im Rücken hätten sie eine über 1000 km tiefe und doppelt so breite Sandwüste ohne Eisenbahn oder chaussierte Wege.

Nicht weniger gefährlich wäre für die Japaner ein Vorstoß nach Westen durch Mandschukuo allein. Hier hätten sie allerdings eine Eisenbahn zu ihrer Verfügung — die von den Russen gekaufte Ostchinesische oder Mandschurische Bahn. Ihre Front wäre aber zu schmal. Eingekeilt zwischen dem Amur und der Äußeren Mongolei, von beiden Flanken bedroht, würde die Lage der Japaner auch hier mit großen Schwierigkeiten verbunden sein. Dazu müßten die Angreifer zwei große Flüsse forcieren, den Argunj und den Schilka, durch deren Vereinigung der Amur gebildet wird. Von Charbin, dem Zentrum des mandschurischen Eisenbahnnetzes, bis zur russischen Grenze, auf einer Strecke von etwa 1000 km, hätten die Japaner eine einzige Eisenbahnlinie, und auch diese ist einspurig, kann also leicht beschädigt, der Verkehr zum Stocken gebracht werden. In solchen Verhältnissen würde die Luftwaffe, die bei den Russen bekanntlich sehr stark entwickelt ist, eine besonders wichtige Rolle spielen.

Und wollten die Japaner nach der Eroberung von Ulán-Bator weiter nach Westen, z. B. durch Uljas-Sutaj nach dem chinesischen Turkestan (Sinkiang) vordringen, so hätten sie die Ostsibirische Armee in ihrer rechten Flanke, so gut wie keine Wege im eigenen Rücken und ein ganzes Netz russischer Eisenbahnen vor sich. Denn in Turkestan bauen die Russen ebenso fleißig wie in Ostsibirien. Von der alten Kreisbahn, die vor kurzem erst doppelspurig ausgebaut worden ist, werden zur Zeit 3 Zweigbahnen bis zur mongolischen Grenze geführt, die vierte bis Uljas-Sutaj in der Äußeren Mongolei selbst, wo Rußland auch schon Konzessionen für andere Eisenbahnen und chaussierte Wege erworben hat.

So haben die Russen im Norden wie Westen der Äußeren Mongolei strategische Vorteile, die ihnen so leicht nicht streitig gemacht werden können. Wollen die Japaner das dennoch machen, so müssen sie zum wenigsten die Innere Mongolei mit ebenso guten Wegen versehen, wie sie es im östlichen Mandschukuo getan haben: erst dann kann ihre Stellung dort mit derjenigen der Russen an der russisch-mongolischen Grenze verglichen werden.

Die russischen Ziele in Ostasien sind defensiver Art — den Vorstoß Japans nach Westchina, in die Mongolei, nach Sinkiang usw. aufzuhalten, Ostsibirien und seinen Ausweg zum Stillen Ozean zu verteidigen. Die kommunistische Propaganda beschränkt sich aber nicht auf diese Grenzländer Rußlands, sie ist schon tief ins mittelchinesische Reich eingedrungen, bis in die südöstlichen Provinzen Hunan, Kiangsi und Kuang-Tung (Kanton), wo sie so festen Fuß gefaßt hat, daß die zen-

tralchinesische Regierung in Nanking kaum fähig ist, die weitere Verbreitung des russischen Kommunismus in China aufzuhalten. Japan fürchtet diese Bewegung mit Recht, denn sie scheint mit der rationalistischen Lebensanschauung des Südkinesen gut übereinzustimmen, wirbt überall für den Bolschewismus und ist der ideelle Vorkämpfer Rußlands in ganz Ostasien. Japan hat die Gefahr schon längst eingesehen und auch im eigenen Lande erfahren. In Nordchina versucht es mit dem Schwerte dagegen zu kämpfen, in Südkina auf diplomatischem Wege — indem es die antikommunistische Regierung Tschiangkaisheks (in Nanking) unterstützt. Einen reinen Ideenkampf mit den Russen scheint es aber zu vermeiden, denn die japanische Psychologie ist zu verschieden von der chinesischen, und die japanischen Volksideale des Nationalismus, der Helden- und Kaiservergötterung würden in China nicht zünden.

Darum will Japan eine feste Wand zwischen China und Rußland errichten — eine Art neue „Chinesische Mauer“, die China isolieren und der japanischen Herrschaft über Ostasien dienen würde. Diese Mauer soll durch die Mongolei gezogen werden — die Innere Mongolei augenscheinlich, deren größter Teil schon jetzt in japanischen Händen ist. Außerhalb dieser Mauer blieben dann nur die Äußere Mongolei und Sinkiang, auf deren Boden der weitere Kampf zwischen Japan und Rußland in der Zukunft — vielleicht nach Generationen — ausgekämpft werden müßte.

Die politischen Ziele Rußlands sind also in Ostasien defensiver, diejenigen Japans offensiver Art. Darin eben liegt der Schwerpunkt des strategischen Unterschieds zwischen einem eventuellen russisch-japanischen Landkrieg und einem Seekrieg¹⁾ beliebiger westlicher Großmächte mit Japan: dort müßten diese Großmächte angreifen, um Japans Vormarsch aufzuhalten — hier braucht sich Rußland nur zu verteidigen, und zwar auf eigener Erde, höchstens im Grenzgebiet, wogegen Japan auf fremdem Boden, weit von den eigenen Grenzen angreifen müßte. Die russische Vorhut, der Kommunismus, kämpft aber schon längst auf chinesischem Boden mit allen Mitteln der geistigen Propaganda, gegen die man in Japan noch keine gleich wirksame geistige Waffe erfunden hat.

Die strategische Lage Rußlands ist also für einen Landkrieg in Ostasien viel vorteilhafter als die Stellung der Westmächte für einen Seekrieg im Stillen Ozean. Besonders günstig wäre die Lage der Russen, wenn Japan sie in der Mongolei oder durch diese beim Baikalsee angreifen würde. Sie würden nicht mehr bei Mukden und Port-Arthur zu kämpfen haben, wie vor 31 Jahren, sondern bei Werchne-Udinsk, Tschita und Urgà, die 2000—2500 km näher an Moskau liegen, und vielleicht am Amur, wo die Russen jetzt schon eine doppelspurige Eisenbahn mit mehreren Zweigbahnen und Parallelwegen haben. Sie würden auf eigenem Boden Krieg führen, im eigenen Lande, das sie genügend Zeit hatten zu befestigen, dessen hohe

1) Siehe dazu meinen Artikel „Ein aufkommender Weltkonflikt“ in der „Marine-Rundschau“ für März 1934.

Berge und breite Flüsse dem Angreifer schwere Hindernisse, dem Verteidiger aber allerhand Vorteile sichern.

Von den Flüssen müssen besonders die Argunj und der Amur erwähnt werden, die fast ihrer ganzen Länge nach die russisch-mandschurische Grenze bilden, die Argunj auf 700, der Amur auf nahezu 2000 km. Beide Flüsse eignen sich für die Schifffahrt, wegen ihrer Stromschnellen können sie aber nur von flachliegenden Fahrzeugen benutzt werden. Die Russen haben ihre strategische Bedeutung schon längst eingesehen. Seit 1904 haben sie über 40 Kanonenboote verschiedener Größe speziell für den Amur und seine Nebenflüsse gebaut. Die größten unter ihnen verdrängen etwa 1000 Tons, sind 80 m lang, liegen aber nur 1,50 m tief und fahren nicht über 11 Sm in der Stunde. Bei einem leichten Panzer tragen sie zwei Türme mit je 1 Geschütz von 15 cm und 4 freistehende Kanonen von 12 cm. Ihr Hauptstützpunkt ist der Hafen von Chabarowsk. Die mittelgroßen Boote tragen bei 200 Tons 2 Geschütze von 12 cm und eine Haubitze von 5 cm, die kleinsten haben bei 24 Tons nur ein Maschinengewehr, sind aber bedeutend rascher. Die Basis der kleinen Boote ist in Sretensk auf der Schilka, wo sie auch erbaut wurden¹⁾.

Seit 1932 hat auch Japan resp. Mandschukuo eine Anzahl Kanonenboote auf dem Amur in Dienst, dank seiner viel längeren Vorbereitungszeit dürfte aber Rußland noch immer in der Übermacht sein.

Zieht man alles in Betracht, so muß man wohl annehmen, daß die Stellung Rußlands am Baikalsee, der ganzen russisch-mongolischen und dem westlichen Teil der russisch-mandschurischen Grenze, etwa so weit, wie diese durch die Argunj bezeichnet wird, so stark ist, daß ein japanischer Angriff hier zur Zeit wenig Aussichten auf Erfolg haben dürfte. Um diese Aussichten zu seinem Vorteil zu verändern, müßte Japan zum wenigsten die westlichen Provinzen von Mandschukuo, Chingan und Heiho sowie die Innere Mongolei für einen größeren Krieg organisieren, neue Wege und Eisenbahnen bauen. Das aber fordert viel Zeit, denn jedes der genannten Gebiete ist so groß wie eine europäische Großmacht; außerdem besitzt Japan wohl auch nicht die Mittel dazu.

Aber die russische Küstenprovinz, von Wladiwostok im Süden bis zur Amurmündung mit Nikolajewsk im Norden und vom Japanischen Meer im Osten bis zum Amurstrom mit seinem Nebenfluß Ussurj im Westen — könnte diese Landstrecke von Japan nicht leichter erobert werden? Diese Frage kann ohne genaue Kenntnis der russischen Verteidigungsmaßnahmen nur schwer beantwortet werden. Während der Bürgerkriege in Ostsibirien, an denen auch japanische Truppen teilnahmen, sollen sie alle strategisch wichtige Stellen genau untersucht und kartographiert haben. Wladiwostok war längere Zeit in ihrem Besitz — sie haben die Stadt erst 1922 auf

¹⁾ Die großen Kanonenboote wurden in Petersburg bzw. Leningrad gebaut und zerlegt nach Sibirien geschickt.

die ausdrückliche Forderung der USA. freigegeben. Danach hat die Sowjetregierung aber ihrerseits Zeit gehabt, die alten Befestigungen zu verstärken und neue zu bauen. So soll die Landfront von Wladiwostok bedeutend erweitert, seine Seefront auf die vorliegenden Inseln und Landzungen verlegt worden sein. Alle wichtigen Stellen am linken Amurufer wie auch am rechten Ufer des Ussurj, die sich für die Forcierung dieser Ströme oder andere strategische Zwecke besonders gut eigneten, sollen stark befestigt, auf langen Strecken mit Drahtverhau, Laufgräben, festen Blockhäusern, zementierten Kanonenständen usw. versehen worden sein.

Wladiwostok ist für Japan natürlich ein Dorn im Auge. Das richtige Wespennest, voller kommunistischer Propagandablätter, giftiger russischer Gasbomben, Flugzeuge und Unterseeboote, deren einziger Zweck die Verpestung unseres Japanischen Meeres ist, sagt ein japanischer Schriftsteller: „wenn wir es nicht bald vernichten, vergiftet dies Wespennest unsere Seele und unsere Zukunft. Also müssen wir es entweder den Russen abnehmen oder vernichten!“

Das Japanische Meer ist der Lebensnerv Japans. Durch dieses Meer führen seine kürzesten Verbindungswege nach Korea und Mandschukuo, aus denen es die notwendigsten Rohstoffe und Nahrungsmittel bezieht. An seiner Ostküste liegen die wichtigsten Kriegshäfen und Arsenale Japans — Maisuru, Simonoseki, Sasebo u. a. Wladiwostok ist wie ein fremdes Auge, das in das Innerste Japans hineinguckt, sein Herz ständig beobachten und bedrohen kann.

Die Russen schreiben der Luftwaffe in Wladiwostok eine große strategische Rolle zu. Vor einigen Jahren, als ihre Beziehungen mit Japan besonders gespannt waren, sollen sie eine große Anzahl schwerer Bombenflugzeuge dorthin geschickt haben — als strategische Drohung, die sich auch als wirksam erwiesen haben soll (?). In der englisch-amerikanischen Presse behauptete man danach, daß gerade diese Maßnahme Japan von einem weiteren Vorstoß nach Nordwesten abgehalten und damit die unmittelbare Gefahr eines Waffenkonflikts beseitigt hätte...

Die japanische Küste ist keine 1000 km von Wladiwostok entfernt, und wenn man von diesem aus einen Kreis mit dem Aktionsradius der modernsten schweren Bombenmaschinen umschreibt, der etwa 1200 km lang ist (mit der Rückfahrt 2400 km), so fällt das ganze eigentliche Japan, von der Insel Kiusiu bis zur Hälfte der Insel Sachalin, in den Bereich der russischen Luftwaffe. Aber die größten Städte, wie Tokio¹⁾, Osaka, Kobe, Kioto u. a., liegen schon nahe der Grenze dieses Aktionsbereichs, und darum glaube ich, daß die Gefahr eines Luftangriffs aus Wladiwostok für Japan heute noch nicht so groß ist, wie man es annehmen dürfte. Denn je weiter die Flugzeuge von ihrem Stützpunkt entfernt sind, desto rascher fällt ihr Wirkungswert. Dazu müssen die schweren Bombenmaschinen auf ihren weiten Angriffsexpeditionen ebenso von leichteren Flugzeugen begleitet wer-

1) In Groß-Tokio sollen an die 6 Millionen Einwohner gerechnet werden, in Osaka etwa 3 Mill. usw.

den, wie im Seekriege die großen Schlachtschiffe von Kreuzern und Zerstörern — damit sie den leichteren Luft- wie Seestreitkräften des Gegners nicht zum Opfer fallen. Das aber können die Russen nicht machen, denn sie haben im Japanischen Meere weder Zwischenstationen noch Flugzeugmutterschiffe, und der Aktionsradius der leichten Flugzeuge ist zu kurz¹⁾, um über das Meer zu fliegen.

Das alles vermindert die Rolle der russischen Luftwaffe in Wladiwostok. Die strategische Drohung bleibt aber, denn jede Waffe entwickelt sich mit der Zeit, der Aktionsradius der Flugzeuge wird immer größer und die Gefahr eines Luftangriffs stärker. Darum würde diese Gefahr auch heute schon einen bedeutenden Teil der japanischen Luftwaffe an die Heimat fesseln, solange Wladiwostok in russischen Händen ist. Denn die japanische Kriegsindustrie ist in den Großstädten konzentriert, und diese, wie auch das Land um sie herum, sind ebenso dicht bevölkert, wie sie der Feuergefahr ausgesetzt sind. Seine Kriegsindustrie kann aber kein Land im Kriege riskieren.

Dagegen ist die russische leichte Eisenindustrie im europäischen Teile des Reichs, die schwere (Granaten) am Ural und in Westsibirien (Magnitogorsk, Kusnezsk u. a.) konzentriert; Ostsibirien hat weder eine namhafte Kriegsindustrie noch eine einzige Großstadt im europäischen Sinne des Wortes, und Wladiwostok kaum mehr als 200 000 Einwohner. Die russische Abwehr würde also viel weniger Flugzeuge fesseln als die japanische — ein wichtiger Nachteil für Japan, der nur durch eine frühzeitige Besetzung des russischen Küstengebiets und die Eroberung Wladiwostoks beseitigt werden kann. Darum halte ich für wahrscheinlich, daß ein event. russisch-japanischer Krieg nicht anders als mit einem überwältigenden Luftangriff auf Wladiwostok anfangen würde: denn die latente Luftgefahr ist für Japan zu groß, sie müßte so rasch wie möglich beseitigt werden.

*

Von einem Urteil über den moralischen Wert der Truppen sehe ich ab, weil ich in ihren inneren Zustand keinen Einblick habe. Die japanische Armee muß in dieser Hinsicht sehr hoch stehen, denn die Volksmoral Japans ist der Kriegsmoral nahe verwandt: Religion (Schinto oder Ahnenvergötterung), Staatslehre, nationales Gefühl — alles wirkt in derselben Richtung, und der japanische Arbeiterstand liefert ebenso gute Soldaten wie der Bauernstand. Das haben sie in drei großen Kriegen bewiesen.

Dagegen kann man wohl sagen, daß die zahlenmäßige Stärke der Gegner ziemlich gleich sein müßte. Wenn die Russen aus selbstverständlichen Gründen nicht mehr als einen Bruchteil ihrer Armee in Ostasien verwenden dürften — weil sie ihre Westfront nicht zu entblößen wagen, so könnten ja auch die Japaner die meisten ihrer Truppen nicht nach Mandschukuo, noch weniger in die Äußere Mongolei schicken. Denn je weiter sie sich von der Küste entfernen, desto größer muß die Sorge um

1) etwa 600 bis 700 km \times 2.

die Sicherheit ihrer Verbindungen werden. Diese würden durch Korea, Mandschukuo und eventuell Nordchina führen — fremde Länder, von denen nur das erstere einigermaßen befriedet sein dürfte.

Wie würde sich die chinesische Bevölkerung, die ja auch in Mandschukuo überwiegt, in einem solchen Kriege zu Japan verhalten? Von der Antwort auf diese Frage könnte der Ausgang des Krieges abhängen. Das wissen natürlich beide Seiten, und das ist vielleicht der wichtigste Faktor, der Japan bis jetzt vom „Tigersprung“ abgehalten hat.

Das chinesische Volk ist heute noch eine Sphinx — nicht für die Europäer allein, sondern auch für seine nächsten Nachbarn. Europäische Offiziere, die in der chinesischen Armee gedient haben, loben den Chinesen, besonders den Nordchinesen, wegen seines Muts, seiner Disziplin (sic!) und seiner absoluten Todesverachtung. In allen diesen Eigenschaften soll der chinesische Soldat dem japanischen nicht nachstehen — er muß nur gut geführt werden und seinen Führern vertrauen. Europäische wie amerikanische Beobachter sprachen ihre Bewunderung über die Standhaftigkeit der chinesischen Soldaten aus, die 1932 Schanghais Vororte gegen japanische Truppen verteidigten. Damals hatten die ersteren noch keine ausgebildeten Offiziere, seitdem aber wurden in China mehrere Militärschulen nach deutschem Muster angelegt — auf den Rat des Generaloberst v. Seeckt hin, schrieb man in der Schanghaier Wochenschrift „East“ — und diese Anstalten sollen jetzt an die 1000 gut ausgebildete Fähnriche bzw. Unteroffiziere jährlich liefern.

In einigen Jahren läßt sich ein zuverlässiges Offizierskorps natürlich nicht schaffen. Den jungen Offizieren fehlt die Erfahrung, das Beispiel einer guten älteren Schicht — den älteren die theoretische Bildung, die zu erhalten sie keine Zeit hatten. Aber wenn diese letzteren auch nur in Bürgerkriegen teilgenommen hatten — und ein Bürgerkrieg ist noch kein richtiger Krieg im militärischen Sinne des Wortes —, so hat China doch schon bald 25 Jahre solcher Kriege hinter sich, und das muß die friedliche, ja pazifistische Psychologie des chinesischen Volkes bedeutend verändert haben. Der Masse scheint allerdings das so wichtige nationale Gemeinschaftsgefühl zu fehlen, das die Japaner in hohem Grade besitzen, und dieser Mangel ist wohl immer die Hauptschwäche des chinesischen Volkes in staatlicher wie militärischer Hinsicht gewesen — aber das heutige China ist doch schon nicht mehr das alte.

Das wissen auch die Japaner und müssen auch damit rechnen. Sie haben selbst in Korea mit blutigen Aufständen zu tun gehabt, trotzdem das Volk dort jahrhundertlang unterdrückt, die Verwaltung korrumpiert, der Koreaner an Leib und Seele krank war. Der Chineser ist viel fester, intelligenter und beharrlicher: er hält mehr aus, duckt sich leicht, aber verändert sich schwer. Seine friedliche Weltanschauung ist durch die langen Kriege erschüttert, aber seine Natur nicht gebrochen. Und was noch wichtiger ist: die kleinen, flinken Japaner imponieren dem Chinesen noch

weniger als die Europäer oder Amerikaner. Darüber beklagen sich die Japaner selbst, und das ist der Hauptgrund, warum sie mit ihrem kriegerischen Werberuf „Asien für die Asiaten“ bei der chinesischen Volksmasse so wenig Erfolg haben: die Chinesen vergessen den zweiten Teil dieser stolzen Parole nicht, und die japanische Führung flößt ihnen wenig Vertrauen ein. Die Japaner wissen das und mißtrauen ihrerseits den Chinesen — ein psychologisches Hindernis, das ihren Kriegseifer nicht anders als hemmen kann.

Außerdem nimmt es viel Zeit, bis man ein Land wie die Mongolei oder auch nur Mandschukuo für den raschen Transport von größeren Truppenteilen organisiert hat. Dieser Umstand ist wohl der wichtigste „materielle“ Friedensfaktor in Ostasien, mit dem beide Seiten ernstlich rechnen müssen. Denn auch die russischen Transportverhältnisse sind trotz aller Fortschritte, die die Sowjetregierung angesichts der drohenden Kriegsgefahr in den letzten vier bis fünf Jahren erreicht haben mag, noch lange nicht befriedigend, wenn man sie mit westeuropäischem Maßstab messen will.

Für Rußland liegen die Hauptschwierigkeiten in der überaus dünnen Bevölkerung Ostsibiriens, einem Umstand, den die Regierung in kurzer Zeit auf keine Weise verändern kann. Denn auf etwa fünf Millionen Quadratkilometern zählt dieses riesige Land kaum 2 Millionen Einwohner — darunter keine 0,5 Mill. eigentliche Russen. Die Arbeitskraft ist also ebenso schwach wie unzuverlässig, denn die eingeborenen mongolischen Stämme der Burjaten, Jakuten usw. sind zum größten Teil Analphabeten — nomadisierende Jäger, Hirten und Fischer, die für regelmäßige Arbeit nicht anstellbar sind. Die Kolonisierung Ostsibiriens, die schon zur Zarenzeit planmäßig begonnen wurde, wird aber jetzt in großem Maßstab gefördert und dadurch die russische Stellung auch östlich vom Baikalsee immer stärker ausgebaut. Darum ist jeder Aufschub einer Gewaltlösung für Japan, wenn es früh oder spät eine solche doch suchen will, eher ein Nachteil als ein Vorteil. Denn Japan muß fremde Länder für die Kriegführung vorbereiten, Rußland sein eigenes — und ersteres ist bedeutend schwerer.

So bietet das ostasiatische Schachbrett viele Pro und Contras, von denen jeder Prophet beliebige wählen kann, um seine Weissagungen zu begründen. Ich für meinen Teil möchte nichts prophezeien, sondern nur feststellen, daß die Gefahrelemente, die sich im Fernen Osten gesammelt haben, heute viel zahlreicher sind als die Umstände, die in entgegengesetzter Richtung, also für einen dauernden Frieden arbeiten. Heute scheint es nur eine Frage der Zeit zu sein, wann der Sturm losbrechen und alle Freundschaftsbeteuerungen der Diplomaten wegfegen wird. Aber wir leben in einem Zeitalter, da man des morgigen Tages nicht sicher sein kann: die politische Lage im Westen kann sich im Handumdrehen verändern, und ihr Widerhall erreicht am selbigen Tage die Ufer des Stillen Ozeans.

Andererseits sind die Erfahrungen von 1904—1905 heute auch nicht mehr maß-

gebend. Vor dreißig Jahren kämpften die Russen auf fremdem Boden, in Port Arthur und Mukden, wogegen sie jetzt ihr eigenes Land zu verteidigen hätten. Ihre Verbindungen sind heute bedeutend besser. Ihre Ostarmee ist seit Jahren nach Sibirien verlegt, sie ist so gut wie selbständig, basiert auf dicht verteilten Stützpunkten, hat ihre eigenen Kriegsvorräte usw. Ihre Luftwaffe scheint der japanischen überlegen zu sein, zahlreicher an Personal und Maschinen, ungebunden durch zivile Abwehraufgaben im Rücken der Front. Und schließlich hat Rußland heute Verbündete in der Mongolei und in China, ja selbst in der Mandschurei, deren ursprüngliche, zur Hälfte mongolische, Bevölkerung noch lange nicht befriedet ist. Was die chinesischen Einwanderer betrifft, die den weit größeren Teil der gegenwärtigen Einwohner von Mandschukuo ausmachen, so verhalten sie sich zu den Japanern eher kritisch, im besten Falle gleichgültig. Im Kriegsfall würden sie den Japanern jedenfalls nicht helfen.

*

Das alles weiß man in Japan. Darum eben hat die Kwantung-Armee die Richtung ihres Vormarschs von Nordwest auf West verändert — in die Innere Mongolei, die noch außerhalb des unmittelbaren Einflusses von Rußland liegt. Fürs erste ist die Provinz Chahar „autonomisiert“ worden, die weiteren Schritte zu ihrer Abtrennung von China werden wohl bald folgen. Denn Japan braucht die Innere Mongolei „mit Haut und Haaren“, wenn es durch sie sein Bollwerk gegen Rußland ziehen soll. Und das ist augenscheinlich das Mindestprogramm Japans in Ostasien.

Dagegen wären die Aussichten für einen japanischen Sieg im äußersten Osten, an der Küste des Japanischen Meeres, von Wladiwostok bis zur Mündung des Amurstroms, viel günstiger als am Baikalsee. Hier hätten die Japaner eine breite Landbasis mit einem schon ziemlich entwickelten Eisenbahnnetz im östlichen Mandschukuo, das durch die koreanischen Linien und die Häfen von Fusan, Gensan und Port Raschin dem Inselreich viel nähergebracht worden ist.

Allerdings müßten die Japaner von Mandschukuo aus einen der großen Ströme forcieren — entweder den Amur oder die Ussurj —, um die Hauptverbindung der Russen in der Küstenprovinz mit ihren Stützpunkten am Baikalsee, die Ostsibirische Eisenbahn, abzuschneiden. Sie hätten aber die Wahl der Angriffspunkte und -richtungen und außerdem die ganze Seefront zur ostasiatischen Küste, an welcher ihre übermächtige Flotte wirkungsvoll operieren, Truppen landen und sie unterstützen könnte.

Es fragt sich nur, inwiefern die Eroberung des russischen Küstengebiets Japan genügenden Ersatz für die Kosten eines langwierigen Landkriegs bieten würde. Wirtschaftlich könnte diese Landstrecke, die bei einer durchschnittlichen Breite von einigen 200 km (in der breitesten Stelle, bei Chaborowsk, über 300 km), von Wladiwostok im Süden bis Nikolajewsk im Norden etwa 1200 km lang ist, nur dann einen

größeren Wert haben, wenn die Gerüchte von Metallen und Mineralien, die dort in letzter Zeit entdeckt sein sollen, berechtigt wären¹⁾. Denn an diesen Rohstoffen, besonders Eisen und Kohle, fehlt es Japan bekanntlich, und ohne sie kann heute auch eine Großmacht weder eine Weltindustrie aufbauen, noch einen großen Krieg führen.

Vom strategischen Standpunkt dagegen ist die erwähnte Landzunge, mit Wladiwostok und der sich nach Norden von diesem streckenden Küste, für Japan außerordentlich wichtig, ich möchte fast sagen lebenswichtig. Würde sie Japan gehören, so wäre das Japanische Meer ein richtiges „inneres Meer“ Japans, seine wie Mandschukuos Grenze mit Rußland wäre zum weitaus größten Teil durch den mächtigen Amurstrom bestimmt und die Verteidigung des Inselreichs gegen die russische Luftwaffe so weit gesichert, wie das heutzutage überhaupt möglich ist.

Für Japan, das Asien beherrschen will, ist die Sicherstellung des Japanischen Meeres eine unvermeidliche Voraussetzung für jeden Erfolg seiner weiteren Pläne. Solange Wladiwostok in den Händen einer feindlichen oder feindlich gesinnten Großmacht ist, kann Japan weder einen großen See- noch Landkrieg führen²⁾.

Welche Maßnahmen hat Japan gegen die russische Luft- wie Unterseebootgefahr im Japanischen Meere getroffen?

Wir wissen bestimmt nur von einer: es ist der Kriegshafen Raschin, der an der koreanischen Küste, keine 150 km nach Süden von Wladiwostok, vor kurzem erst angelegt, zur Zeit befestigt und mächtig ausgebaut wird. Der Hafen ist eisfrei, geräumig, von See und Winden natürlich geschützt. In Zukunft soll er Dairen ersetzen, den jetzt größten Ausfuhrhafen von Mandschukuo. Seine wichtigste Bedeutung ist aber die strategische: Raschin soll Wladiwostok kontrollieren und ständig in Schach halten. Nach Süden ist er mit den koreanischen Häfen Gensan und Fusan, nach Westen mit Hsinking, der neuen Hauptstadt von Mandschukuo, nach Nordwest mit Harbin und durch diese beiden Knotenpunkte mit dem ganzen mandschurischen Eisenbahnnetz verbunden.

Einige 30 km nach Norden von Port Raschin, ganz nahe der russischen Grenze, liegt der schon ältere koreanische Handelshafen Juki, der jetzt aus der Vergangenheit zu neuem Leben ersteht. Bei Port Raschin werden Flugstationen angelegt, weit vorliegende Forts ausgebaut, im Hafen selbst mehrere kilometerlange Kais (Landungsbrücken) errichtet. „To check Wladiwostok“, sagen die Engländer und Amerikaner im Fernen Osten, für die die japanische Handelskonkurrenz ein ebenso gefährlicher Dorn im Auge ist wie für Japan Wladiwostok.

1) Persönlich glaube ich eher, daß diese Gerüchte auf einem Irrtum beruhen. Denn die Hauptlager von Erzen und Kohle sind an den Ufern der Bureja, eines linken Nebenflusses des Amur, im sog. Barejastroj gefunden, etwa 300 km westlich von Chabarowsk und 600 km von der Küste entfernt.

2) Siehe dazu meinen Aufsatz „Ein aufkommender Weltkonflikt“ in der „Marine-Rundschau“ für März 1934.

Der Krieg von 1904 bis 1905 fing mit einem „unerwarteten“ nächtlichen Angriff japanischer Zerstörer auf die russische Flotte in Port Arthur an. Sollte der nächste Krieg in Ostasien mit einem Luftangriff auf Wladiwostok anfangen, so könnte Port Raschin als gutes Sprungbrett für diesen Angriff dienen, der übrigens auch von Mandschukuo starten könnte. Denn Wladiwostok ist nur knappe 50 km von der mandschurischen Grenze entfernt...

Die dritte Richtung, in welcher der japanische Vorstoß in Ostasien vor sich geht, ist die südliche — nach Südchina, in die Provinz Fukien, die an der westlichen Küste der Formosastraße liegt und darum für Japan eine besondere Bedeutung hat. Die Ostküste dieser Straße bildet die Insel Formosa, die seit dem Japanisch-Chinesischen Kriege, Ende des vorigen Jahrhunderts, in Japans Händen ist. Sollte Japan beide Ufer der Formosastraße besetzen, so kontrolliert es alle Wege, die aus dem Südchinesischen in das Ostchinesische Meer — also auch in den größten Hafen Chinas, Schanghai, führen. Die seestrategische Stellung Japans würde dadurch noch stärker werden, als sie schon jetzt ist, und Hongkongs Bedeutung würde um ebensoviel verlieren. Denn im Kriegsfall könnte Japan diesen wichtigen Flottenstützpunkt Englands vom Lande bedrohen. Hongkong liegt auf einer kleinen Inselgruppe hart an der Küste Südchinas, von welcher er durch einen kaum 4 km breiten Sund geschieden ist: wird die Küste vom Feinde besetzt, so muß auch der Hafen geräumt werden. Dieses Kapitel gehört jedoch zum Seekrieg, den ich hier nicht näher berühren kann. Es genügt zu sagen, daß Japan mit der Besetzung der Küstenprovinz Fukien auch den zweitgrößten chinesischen Handelshafen, Kanton, überwachen könnte. Damit aber würde so gut wie der ganze Seehandel Chinas, an dem die westlichen Großmächte besonders interessiert sind, unter die Vormundschaft Japans geraten.

Hier kreuzen sich die Interessen dieser Großmächte außerordentlich scharf mit denjenigen Japans. Daß letzteres einen gleichzeitigen See- und Landkrieg im Fernen Osten auf alle Weise vermeiden muß, ist selbstverständlich: seine Mittel dürften für einen solchen Krieg, der jedenfalls lange dauern würde, kaum ausreichen. Dazu wäre aber eine vereinigte Front aller „weißen“ Großmächte notwendig, und da diese nicht denkbar ist, so erscheint auch die Gefahr für Japan nicht unmittelbar drohend.

ALBRECHT HAUSHOFER:**Berichterstattung aus der atlantischen Welt**

Die freundliche Gewohnheit, im Hochsommer Urlaub zu nehmen und die politische Entwicklung der Welt sich selbst zu überlassen, ist, zum mindesten in England, eines der am meisten beklagten Opfer der letzten Jahre. Die Beschleunigung des politischen Lebens hat einen solchen Grad erreicht, daß der englische König nicht mehr an die Riviera reisen kann, und Stanley Baldwin nicht mehr nach Aix-les-Bains. So hat sich auch das deutsche Volk, allen Freuden eines großen Olympiaterfolges zum Trotz, von den Vorgängen Rechenschaft abzulegen, die ununterbrochen im näheren und weiteren Umkreis seiner Grenzen beobachtet werden können.

Der sichtbarste Vorgang der letzten Wochen ist der spanische Bürgerkrieg. Wer Gelegenheit hatte, im Frühjahr das Land zu durchreisen, der konnte schon damals an der Art der Demonstrationen, an gelegentlichen Schießereien und Brandstiftungen die Gefahr erkennen. Innere Unsicherheit und Uneinigkeit der regierenden Mitte, starke soziale Spannungen, Unzufriedenheit der Armee auf der einen, der Arbeiterschaft auf der anderen Seite — das alles, bei einem Volk von bekannter Leidenschaftlichkeit, verhieß Gefahr. In der Freude ihres Erfolges bei den Wahlen ließen die gemäßigten Kräfte der Linken sehr schnell die wirkliche Macht auf die Straße gleiten; in einer Folge von vendettaartigen Vorgängen kam es bald dahin, daß die Kräfte des organisierten Katholizismus zusammen mit großen Teilen des Heeres eine Beseitigung der Regierung durch Militäraufstand planten. Auf der anderen Seite bewaffneten sich die Linksradikalen unter steigendem Antrieb kommunistischer Propaganda. Die Ermordung des langjährigen Finanzministers unter Primo de Rivera, Calvo Sotelo, gab nur das äußere Signal zum Ausbruch des Kampfes.

Angesichts der modernen Verwendung des Radiosenders als Kriegsmittel ist es ungemein schwer, sich von dem Ablauf des Kampfes in Spanien eine zutreffende Vorstellung zu machen. Unsere Betrachtung mag daher manchen Deutungsfehler enthalten. Immerhin scheint uns festzustehen, daß der Militäraufstand auf den ersten Anhieb nur einen Teil der ursprünglich sofort zu erreichenden Ziele tatsächlich erreicht hat. Der Plan der Generale mußte in den ersten Tagen stark umgestellt werden. Ein tragisches Unglück wollte, daß der eigentliche Führer des Aufstandes, General Sanjurjo, noch auf portugiesischem Boden den Fliegertod fand. Sanjurjo, die stärkste militärische Persönlichkeit Spaniens, hätte erstens eine Gewähr für energischen Oberbefehl gegeben, zweitens wäre seine Werbekraft im spanischen Volk von großer Bedeutung geworden. Ein weiteres Ereignis, das den Fortschritt General Francos hemmte, war das Versagen der spanischen Flotte, die

zunächst an der Madrider Regierung festhielt und dadurch bewirkte, daß der Nachschub von Truppen aus Marokko nach Südspanien nicht mit großen Transportschiffen, sondern mit Wasserflugzeugen erfolgen mußte. Endlich scheint es mit der Gleichzeitigkeit des Aufstandes in den verschiedenen Zentren nicht geklappt zu haben; dadurch ist die Garnison von Madrid zersprengt worden. So blieb die Regierung zunächst Herrin von Madrid und seiner näheren Umgebung. In Barcelona schließlich haben sich die Truppen mit unzulänglichen Kräften auf den Straßenkampf in dieser großen und unruhigen Hafenstadt selbst eingelassen. Dadurch wurde hier, ebenso wie in San Sebastian, der Versuch der Militärs zunächst niedergeworfen und in Strömen von Blut und Asche erstickt. Die Bewaffnung der radikalen Massen führte in Barcelona und überhaupt in Katalonien sehr schnell zu dem Zustand völligen Straßenterrors, bei dem auch die katalanische Linksregierung alle Zügel der Herrschaft aus den Händen verlor. In einer ganzen Reihe von Hafenstädten sowohl der Ost- wie der Nordküste scheinen sich ganz ähnliche Vorgänge abgespielt zu haben wie in Barcelona. Das gilt vor allem für Malaga und Cartagena, für Gijon, Bilbao, Santander und San Sebastian. Soweit die Tatsachen, die zugunsten der noch bestehenden Regierung, mehr noch zugunsten des radikalen Marxismus sprechen. Nun die andere Seite: die Organisation seiner Basis in Spanisch-Marokko ist eine glänzende Leistung des Generals Franco. Das Hinüberwerfen von genügend Truppen, um den größeren Teil von Andalusien zu halten, ist ebenfalls militärisch hoch zu bewerten. Der größte Teil des Guadalquivirgebietes einschließlich der Städte Cadix, Sevilla, Cordoba und Granada scheint fest in Händen der Militärbewegung zu sein. Daß der Kommandeur von Sevilla, General Queipo de Llano, ein Methodiker ist, beweist die Tatsache, daß er vor dem Versuch eines direkten Marsches nach Madrid — über jenen berühmten Paß in der Sierra Morena, der schon so viel spanische Geschichte erlebt hat — zunächst den entlegenen Südwesten, Huelva und die Provinz Estremadura, in seine Hand zu bekommen strebt, um im Rücken völlig gesichert zu sein. Sind Marokko und Andalusien die festen Basen der Erhebung im Süden, so ist im Norden eigentlich das ganze altspanische Kerngebiet in Händen der nationalen Militärgruppe: Altkastilien bis zu den Abhängen der Sierra de Gredos und der Sierra de Guadarrama, Leon, Galicien, Navarra und Aragon. Was im Norden fehlt, sind die Hafen- und Bergwerksdistrikte des baskischen und asturischen Gebietes, die schon im Jahr 1934 Zentren roten Widerstandes gewesen sind. Alle Kämpfe in diesem Gebiet — den alten Rückzugslandschaften der Iberer und später der Christen nach dem Zusammenbruch des Gotenreichs — sind von besonderer Schwierigkeit: eine vielgegliederte und bewachsene Gebirgsküste, mit zahlreichen kurzen Tälern gibt dem Guerillakrieg Möglichkeiten, wie sie auf der weiten kastilischen Tafel abseits der Gebirge nicht bestehen. — In Burgos hat sich die provisorische Regierung der Militärbewegung niedergelassen: der Ort ist geographisch als Mittelpunkt der altspanischen

Hochlandschaften wie geschichtlich-symbolisch gleich gut gewählt. Neukastilien scheint überwiegend in den Händen der Madrider Regierung zu sein; damit auch noch die wichtige Bahnverbindung Madrid—Valencia, die einzige, die Madrid noch mit der Außenwelt verbindet. In wessen Hand sich Toledo, Albacete und Teruel befinden, ist aus den Meldungen auch nicht mit einiger Wahrscheinlichkeit zu erkennen. Saragossa, als Schlüsselpunkt im Dreieck Madrid—Burgos—Barcelona von besonderer Bedeutung, wird von den besten Truppenteilen der Militärbewegung gehalten. Die Ebroengen vor Saragossa gehören bei der jetzigen Lage zu den geopolitisch wichtigsten Punkten in Spanien. Überhaupt zeigt sich — trotz Flugzeug und Radio — die Bedeutung der geschichtlich erprobten Stellen immer wieder von neuem. Wie oft erscheinen die wenigen guten Übergänge über die Sierras zwischen Alt- und Neukastilien, die Ebene von Vitoria, die Ebroschluchten Aragons, der Paß von Despeñaperros (Schlacht von Las navas de Tolosa!) in der Geschichte Spaniens!

Den Ausgang des spanischen Bürgerkrieges vorhersagen zu wollen, wäre vermessen. Nur eins läßt sich erwarten: eine lange Dauer der Auseinandersetzung, und ein Maß an Opfern und Zerstörung, das in vielen Jahrzehnten, vielleicht in einem Jahrhundert nicht wieder gutgemacht werden kann. Der Literatenehrgeiz der Gruppe Zamora-Azaña, der für den Beginn der spanischen Wirrnis im Jahre 1931 verantwortlich zeichnet, wird von der Geschichte wohl mit einem grimmigen Urteil gekennzeichnet werden. Vom Augenblick her gesehen, erscheint eine neuerliche Unterwerfung ganz Altspaniens und der marokkanischen „Grenze“ unter die Herrschaft der unter sich uneinigen radikalen Linken als ebenso unmöglich, wie die schrittweise Eroberung fast der ganzen Küstenlandschaften von innen her — selbst wenn Madrid gefallen wäre — eine ungemein schwierige und an unvermeidlichen Rückschlägen reiche Aufgabe für die Militärerhebung bliebe.

Unsere ganze Betrachtung aber ging von der Voraussetzung aus, daß die spanische Auseinandersetzung eine innerspanische bleibt. Das ist keineswegs ausgemacht. Russische Rundfunkeinmischung geschieht fortwährend; nur mit Mühe hat ein Teil der Regierung Blum (d. h. in diesem Fall die Minister Blum, Cot und Salengro) von einem anderen Teil der Regierung Blum (in diesem Fall die Minister Daladier und Delbos) daran verhindert werden können, offen für die in Not befindlichen spanischen Volksfrontfreunde einzutreten. Daß unter der Hand manches geschehen ist, wird kein Dementi aus der Welt schaffen können. Wenn Madrid und Barcelona Hilfe im Ausland suchen, ist es kein Wunder, wenn General Franco ein gleiches tut; man kann es dann nur als Pech bezeichnen, wenn italienische Flugzeuge in Französisch-Marokko notlanden müssen... Der portugiesische Außenminister Monteiro aber hat sich nach London begeben, um seine englischen Freunde darüber zu unterrichten, wie die Nichteinmischungspolitik des ehrlichen Völkerbundmaklers Litwinow sich von der Nähe ausnimmt. Daß verbrannte Kathedralen und geröstete Erzbischöfe auch den Vatikan veranlassen sollten, über ver-

schiedene Grade der Gefährdung des Christentums ein wenig nachzudenken, ist ein Wunsch, den wir nicht unausgesprochen lassen möchten...

Was aber geschieht, wenn Rußland von der neu erworbenen Meerengenfreiheit einen ersten freundlichen Gebrauch macht?

Während sich so die Lage im westlichen Mittelmeer zuspitzt — der möglichen Tangerkomplikationen sei hier nur Erwähnung getan — zieht England so lautlos wie möglich die Schlußfolgerungen aus seinen Erfahrungen im östlichen. Zwar ist der Araber-Kleinkrieg in Palästina noch immer nicht beendet (die Störung der großen Ölleitung ist ein recht peinlicher Vorgang der allerjüngsten Zeit), doch scheint der Abschluß mit Ägypten nunmehr geglückt zu sein. Die beiden heikelsten Verhandlungsgegenstände sind erfolgreich abgeschlossen: man hat sich über Stärke und Verteilung der britischen Truppen in Ägypten ebenso geeinigt wie über die Größe der neu aufzustellenden national-ägyptischen Einheiten; man hat ein Abkommen über den Sudan getroffen, das ein bescheidenes Maß ägyptischer Mitverwaltung (und Einwanderungsmöglichkeiten für Ägypter, die auf lange Sicht noch wichtiger sind) sicherstellt. Mehr über das Abkommen zu sagen ist verfrüht — zumal seine geopolitisch interessantesten Teile vorläufig geheimgehalten werden.

Der endgültige Abschluß der Konferenz von Montreux hat der Türkei neun Zehntel von dem gebracht, was sie sich an Wiederherstellung ihrer Souveränität nur wünschen konnte. Die Sowjets haben mit Hilfe des französischen Paktfreundes ein Maß von Ausmarschmöglichkeit aus dem Schwarzen Meer erlangt, das einmal zu schweren Verwicklungen Anlaß geben könnte, sollten die Russen bald und ernstlich an eine größere Flottenrüstung gehen.

Italien hat — durch die stillschweigende Annahme eines neuen Botschafters in Polen, der den neuen Kaiser von Abessinien vertritt, und durch die Umwandlung der deutschen Gesandtschaft in Addis Abeba in ein Generalkonsulat — eine erste Bresche in die „Anerkennungsfront“ geschlagen, die das dürftige Überbleibsel der Sanktionsfront ist. Wie viel oder wie wenig das juristische Ableugnen politischer und militärischer Tatbestände wert ist, zeigt das Beispiel der Mandschurei. Italien kann nunmehr warten. Es wird, mit Vorsicht und ohne Hast, seine Rolle in der europäischen Politik wieder übernehmen; aber anders, als Laval oder Blum sich das vorgestellt haben. Zunächst sind alle europäischen Verhandlungen auf den Oktober vertagt, wo sich die „Locarnomächte“ einschließlich des Deutschen Reichs zu einer „voraussetzungslosen“ Konferenz treffen werden. Der Quai d'Orsay mag bei einer historischen Rückschau wohl bekümmert sein über die Vielzahl der versäumten Gelegenheiten. Im guten wie im bösen. Es ist ein anderes Europa, als das, was Barthou noch einmal festigen wollte...

Die Zeiten der tarnenden Paktomanie sind vorüber. Will man in Paris den Weg der Militärbündnisse, durch Volksfront-Ideologien untermauert, weitergehen, dann wird man die Gefolgschaft weder von Italien, noch von England finden. Darüber

hinaus beweist eine Rede, wie die des belgischen Außenministers (und Sozialisten) Spaak, zusammen mit dem immer stärkeren Sich-Einsetzen der flämischen Bewegung, daß man auf dem jetzigen Pariser Kurs nicht einmal mehr auf die Gefolgschaft Belgiens mit Sicherheit rechnen kann.

Während Europa nicht zur Ruhe kommt, hat es Roosevelt in Quebec leicht, überlegene Reden zu halten. Es ist das erstemal, daß ein amerikanischer Präsident einen Staatsbesuch in Kanada macht; es zeugte von dem überlegenen Feingefühl des amerikanischen Präsidenten, daß er während seiner Rede in die französische Sprache von Quebec übersprang. Ziel seines Besuchs ist nicht nur ein allgemeiner Freundschaftsbeweis, der freilich anderen Sinn hat als mancher Freundschaftsbesuch in Europa. Viele Tausend Meilen einer völlig unbefestigten Grenze zwischen zwei großen Staaten sprechen schon ihre eigene, vernehmliche Sprache. Das praktische Ziel des Präsidenten ist, eine der heikelsten der zwischen Kanada und den Vereinigten Staaten, d. h. eigentlich jeweils innerhalb der beiden Staaten schwebenden Fragen einer Lösung näherzubringen: dem Problem, ob es (nicht technisch, sondern politisch) möglich sein wird, Chicago und Duluth zu Ozeanhäfen zu machen... Nebenbei hat Roosevelt einen herzlichen Wunsch an König Edward gerichtet, doch bei der Fahrt nach Kanada eines gastlichen Besuchs in Washington nicht zu vergessen.

Doch wir können diesen Bericht nicht mit überseeischen Fragen schließen. Nicht mit dem wägenden Verstand allein (der gewiß auch in diesem Fall nicht schweigen soll), mit Empfindungen, die nicht ausgesprochen werden brauchen, gedenken wir des Abkommens zwischen Berlin und Wien. Daß durch dieses Abkommen die nahe Gefahr großer und verhängnisvoller internationaler Komplikationen abgewehrt worden ist, sei nur am Rande verzeichnet gegenüber dem Wissen von der unabänderlichen Einheit des deutschen Volkes.

KARL HAUSHOFER:

Bericht über den indopazifischen Raum

Seltsames Zusammentreffen! Beim Aufschlagen des „North China Herald“ (10. 6. 36) springt uns die als Kopfleiste gebrachte Dolchstoß-Skizze von Sapajou über die wahren Ziele Kantons entgegen. Öffne ich „The People's Tribune“ (Shanghai; Bd. XIII; S. 299), die gewiß chinafreundlich ist, so steht da geschrieben: „China von heute starrt eine so schwere Krisis entgegen, daß der Abgang auch nur eines für seine Hilfe in der Not wichtigen Bürgers von der politischen Bühne zum tragischen Verlust wird“. Das gilt „Hu Han-Min als Staatsmann, Soldat und Gelehrter“. Über der Nr. 5 der „Far Eastern Review“ erschreckt den Völkerbundsfreund die Frage — die in Genf der Vertreter von Südafrika mitleidlos beantwortet hat:



INTENTIONS? — PURELY ANTI-JAPANESE!

By SAPA JOURNAL

Meine Absichten? — Sie sind nur gegen Japan gerichtet!

„Der Völkerbund ist uns unter den Händen zerbrochen“ —, die George Bronson Rea für Ostasien aufwirft: „Who killed the League?“; er schiebt seinerseits die Schuld auf China, auf die Tatsache, daß der Völkerbund durch Hintertüren so problematische Glieder wie Abessinien, China und Sowjetbünde als gleichberechtigt aufgenommen habe. (S. 206 ff.)

„Ist der Völkerbund bankrott?“ So fragt kurz und bündig rhetorisch — ein: Ja! voraussetzend — in der „Deutschen Wacht“ (Batavia; Nr. 10; S. 4) Frh. v. Rheinbaben, und schließt damit den Reigen, der durch die Inselgirlanden Ostasiens vom eisigen Auspuff der Sowjetbünde an den Pazifischen Ozean bis tief in die südlichen Breiten eine einzige Leitnote der Unsicherheit, des Zweifels, des Krisengefühls hindurchspielt.

Weder ein „Überstaat“, noch ein „Clearinghouse“ zu Genf hat mindestens die fern- und mittelöstliche, die pazifische Welt vor dem Hineinrutschen in Zustände schützen können, die bei ihr gewiß nicht unmittelbar aus der Teilnahme am Weltkrieg hervorgehen mußten; am besten fuhren noch alle indopazifischen Anrainer, die rechtzeitig Abstand gewannen, und der übereilten Gründung mißtrauten, wie im Grunde ganz Amerika und Japan oder den Bund rechtzeitig als Spiel- und Werkzeug mißbrauchen lernten, wie die Herren von Moskau. Wer Genf vertraute, wurde sein Opfer: Äthiopien im Westen des Indischen, China im Westen des Pazifischen Ozeans.

Als Widerlager gegen das Chaos am Gegenufer ist dort das eben fertige Singa-

pore, hier die großartige nordostpazifische Flughafengestaltung der USA. u. a. bei Fairbanks (Alaska) hart auf hart gezeigt worden.

Die neue Südwärtswendung Japans (bereits gezeigt) ist in den Vereinigten Staaten nicht unbemerkt geblieben, und ihre letzte Ursache wohl erkannt worden. Vgl. „Far Eastern Survey“. American Council. Inst. of Pacific Relations. New York City. Russell G. Shiman. Ed.: Jeannette Randolph: „Population pressure in Japan“. In dieser Arbeit ist eine für amerikanische Herkunft bemerkenswert unvoreingenommene, im wesentlichen richtige Übersicht der ganzen japanischen Volksdruckfrage gegeben. Ausgangslage: Trügestaumung; Bevölkerungsstillstand von 1721 bis gegen 1854 auf rund 26 Millionen; in der Zeit von 150 Jahren zwischen 1690 und 1840 nicht weniger als 22 größere Hungersnöte, davon die Hälfte totale; Binnenschranken; hoher Todeszoll. Erst mit der Meiji-erneuerung beginnt aus einem nationalen Willensakt heraus das Emporschnellen: 1872 rund 33 Millionen; 1889 40 Millionen; 1909 50 Millionen; 1923 60 Millionen; 1935 70 Millionen im Inselreichskörper, heute rund 100 Millionen im Reich, 140 im Gesamtumfang der Schutzfreundschaften. Auch die Sprünge zum Hochverstädterungsgrad entgehen der transpazifischen Beobachtung nicht: 17% 1920; 24% 1930; 33% 1935; zählt man die Kleinstädte dazu, ein Zeigerschwanken zwischen 47 und 57%! (51%?)

Alle bisherigen Lösungsversuche blieben mehr oder weniger Fehlschläge: Warenausfuhr statt Menschenausfuhr, rasendes Industrialisierungstempo; Auswanderung; auch die Kolonisation blieb bisher unzulänglich, immerhin am erfolgreichsten noch südwärts — trotz der weiten nordwestwärts gewonnenen Auspuffräume.

Der Wettbewerb mit der chinesischen Wanderflut nach Norden und Süden endete in ein verlorenes Rennen!

So stellt sich der alle wesentlichen Quellen benutzenden Verfasserin die transpazifische Volksdruckfrage mit einem „non liquet“ am Schluß dar, ohne daß sie eine Abhilfe zu nennen weiß; nur am Ende steht die trockene Feststellung, daß sich die meisten andernfalls verfügbaren pazifischen Randgebiete in der Hand englisch sprechender Völker befänden!

Das ist ein ähnliches Klagelied, wie das von Lord Bledisloe (Geopolitik 36; Heft VII, S. 462) den Neuseeländern vorgesungene, wie das Gefahrenmotiv, das Hughes den Australiern vortrug. Die einzige Abhilfe liegt im Öffnen der Wanderschranken mit allen ihren Folgen, die jetzt bereits Brasilien aus seiner Zukunftssicherheit aufschrecken, oder in der Erfüllung der leeren, verlockenden, menschenhungrigen Räume mit rassenverwandten weißen Menschen aus überfüllten Räumen Europas, die solche Menschen abgeben können, wenn sie anständig behandelt werden und ihre Heimatkulturstände halten können. Das liefe im Endziel auf Rückgabe mindestens der Mandate zur Wiederherstellung der Ehre der Beraubten hinaus, und jenseits davon auf Wanderfreiheit und Minderheitenkulturrecht, in Vorstel-

lungskreise hinein, wie sie Männern vom Schlage der Lords Lothian und Londonderry aufzugehen beginnen.

Aber schon bei einsichtigen Minderheiten ist in den „Have“-Ländern der Weg von der beginnenden Einsicht zum Vollzug weit, die Zeit aber knapp. Die südchinesischen Wirren aber beleuchten grell das durchaus mögliche schnelle Ende der Freizeit für Umformungen jeder Art, ehe Umwälzungen beginnen. Vom geopolitischen Standpunkt kann die Dolchstoßpolitik des chinesischen Südens und seiner Freunde gegen Marschall Chiang Kai-Shek, scheinbar japanophobisch getarnt, nicht schroff genug verurteilt werden. Denn selbst vom ichsüchtigen südchinesischen Lokalgesichtspunkt aus war sie falsch, weil sie leicht gerade den Blitz auf den Süden ziehen konnte, in einem Augenblick, wo gewisse japanische Pufferstaatswünsche gegen Nordwesten erreicht schienen, und die Erkenntnis reifte, daß ein Mehr ohne Krieg mit den Sowjetbünden nicht zu erlangen war, während sich Japaner und Russen in der gegenwärtigen Schwebelage leicht ohne ihn abgrenzen können. Schlägt gleichzeitig der japanische Ausdehnungsdrang mit Waren und Menschen nach Süden herum, so bieten Fukien, Kwangtung und Kwangsi unvergleichliche Stoßziele — allerdings auf Kraftlinien, die zwischen Hongkong, Manila und Singapore in ihrer Verlängerung ins Kreuzfeuer der großen weißen Seemächte geraten.

Durch die Aufgabe der Philippinen ist die ernste Zukunftslage entstanden, daß nur mehr im äußersten Norden des pazifischen Raums, mit den Stützpunkten Dutch Harbour, Fairbanks u. a. neuen Flughäfen eine USA.-Sowjetverbindung, und, im weiten Bogen südlich ausbiegend, eine reichsbritische von der Basis Hongkong—Singapore über Australien—Port Moresby—Neuseeland auf die usamerikanische Rückhaltstellung und Esquimault zu besteht. Bereits wird die Ausnahmslage der Hafenkolonie Shanghai völkerrechtlich angefochten! (Geopolitik, Heft VII, S. 465.)

Selbst innerhalb der Kolonialmächte alten Stils dringt immer mehr die Erkenntnis voran, daß sich die alte Herrenstellung der weißen Rasse auf die Dauer weder mit den Lehren des Christentums in seiner Urprägung, noch mit den Ideen von 1789 verträgt.

Die „White mans Burden“-Ideologie wird nicht mehr geglaubt.

Man braucht nur etwa die Folgerungen zu lesen, die Prof. W.M. Macmillan im „Manchester Guardian“ zieht. („Changing Africa. New Nationalisms. Encroachment by Whites. Native Suspicion“. Manch. Guard. 1/2. 7. 36.) Hier sind die Wirkungen der „Tragödie von Abessinien“, des Falles des Kapwahlrechts, des Paßsystems für Farbige in Rhodesien, der „weißen Reservationen“ in Kenya übersichtlich zusammengestellt; sie beweisen nebenher, wie wenig in ganz Afrika, einschließlich Westafrikas, die Farbigen die Überzeugung haben, daß sie von den jetzigen Mandatsinhabern zu ihrem Segen regiert werden.

Geraten die alten kolonialpolitischen Herrschaftsunterlagen der Westmächte schon in Afrika so ins Wanken, wie würden sie erst die Kraftprobe eines wirklichen Durchstoßens der chinesischen, indischen und malaiischen Massen zur Selbstbestimmung überstehen? Lehrreich über deren Einstellung sind zwei Lebensbilder neuester Zeit, von denen das eine, Pt. Jawaharlal Nehrus's Selbstschilderung, hier schon erwähnt wurde, und in der indischen Presse tiefe Furchen zieht. (Vgl. etwa T. C. Goswami: „Pt. Jawaharlals Autobiography“. Amrita Bazar Patrika. Monday. May 25. 36 ff.)

Die andere ist das Lebensbild des Marschalls Chiang Kai-Shek von Amann, das eben im Verlag K. Vowinkel erscheint, der seinerzeit auch die ausgezeichnete Schrift über Sun Yat-sen herausbrachte.

„Achtung vor China!“ fordert in einem sehr beherzigenswerten Kurzaufsatz die „Deutsche Rundschau“ ganz besonders vom Mitteleuropäer; sie hebt dabei die Schriften des chinesischen Kulturdienstes von Lin Tsiu-Sen, besonders den Vortrag von Dr. Tsiang Ting-Fu: „Das kämpfende China“ hervor, dann Bücher von Wang Ching-Wei, von Tang Leang-Li („Chinas Kampf gegen den Kommunismus“), und das hier unlängst besprochene Heft von Tao Pung Fai: „Chinas Geist und Kraft“, und seine Halbmonatschrift: „Das neue China“.

Aber hängt nicht die Achtung in erster Linie mit der eigenen, der Welt gezeigten Haltung zusammen, wie sie Japan während seiner Erneuerungskrise der Welt als Ganzes gezeigt hat, während „Das kämpfende China“ leider zuviel Kampfkraft für Bürgerkriege im Innern verbraucht, und den Männern, die eine von der ganzen Welt bewunderte und geachtete Haltung zeigen, wie Marschall Chiang Kai-Shek, in den Rücken fällt.

Darin spricht unsere Kopfleiste eine schreckliche Sprache; und das darin gezeigte Urteil des großen Blattes aus Shanghai ist — darüber möchten wir gerade den von uns hochgeachteten Chinesen keinen Zweifel lassen — das Urteil der Welt, soweit sie geopolitisch über die wirklichen Vorgänge in China informiert ist, und nicht sentimentalen Anwandlungen folgt, oder — mit manchen sinologischen und indologischen Einrichtungen des Abendlandes — ein China sieht, wie es etwa zu Zeiten Kien Lungs war, und ein Indien lange vor den Tagen der Großmogule. Es besteht aber eine brennende Pflicht unsrer ganzen Wissenschaft, Mitteleuropa über die Bewegungswucht, wie des Japan von heute, so auch des China und Indien von heute zu unterrichten, nicht aus Vorliebe für Künstler, Heroen und Weise vor Jahrtausenden das Jetzt und Morgen aus dem Gesicht zu lassen.

Wir wissen vielleicht besser, als viele Andere in Mitteleuropa, welches Talent die Altkulturvölker des Mittleren und Fernen Ostens für Helden- und Weisenverehrung haben. Wir bringen denen, die ein Recht darauf haben, gern die Achtung entgegen, die schon allein der Kampf gegen ein so schweres Geschick erzwingt, wie das des einzigen Führers von großem Schnitt, den China nach dem Tod Sun Yat

Sens augenblicklich sein eigen nennt, und dem es zum Dank dafür tausendfältig in den Rücken fällt. Aber gerade deshalb erstrecken wir diese Achtung nicht auf die Epigonenschar der Kuo-Min-tang, die bis jetzt nur im Stile des deutschen Parlaments von 1848 in Worten und Entwürfen groß war, in Quertreiberei, nicht in den rettenden Taten. Solche allein könnten Wege nach aufwärts aus „The issue in Asia“ zeigen, wie die Lage George Bronson Rea (Hsinking; Manchukuo; May 1936) schonungslos, natürlich vom japanischen Standpunkt, aber doch mit vollendeter Kenntnis aller persönlichen Hintergründe darstellt.

Wir danken es gern, wenn etwa die Nichte des chinesischen Botschafters in Moskau, gewiß nicht prodeutsch eingestellt, bei der Rückkehr von einer Weltfahrt im Fernen Osten sagt: „Bei meinem Besuch in Deutschland war ich mächtig bewegt von der unteilbaren Vaterlandsliebe des Volks. Hitler hat die Nation fest geschlossen hinter sich. Ein lebhaftes Bild davon bekam ich bei der Aufnahme, die seine monumentale Rede im Reichstag an das Deutsche Volk, gleichzeitig mit dem Wiedereinmarsch im Rheinland, fand. Selbst wenn ich ihn (den Führer) in Moskau durch den Sender hörte und des Deutschen nicht mächtig war, war ich bewegt von der Gefühlsgewalt, die aus der Rede hervorbrach.

Solche Rundfunksendungen würden China, seinem Volk und Land zum größten Gewinn gereichen. Deutschland erzieht sein Volk, bringt ihm zum Bewußtsein, was die Regierung ins Werk setzt, und faßt durch diese höchst wirksame Methode alle Stände dicht zusammen...“

So Frl. H. Yen, die Nichte des Botschafters Dr. W. W. Yen in Moskau, im „North China Herald“ v. 10. 6. 36 auf S. 454.

Aber auch in Mitteleuropa hat viel Leid, Neid und Haß überwunden werden müssen, bis es lernte, so hinter seinem Führer zu stehen, daß es sich die Achtung der Welt wieder errang, die China augenblicklich fände, wenn es einig hinter dem seinen stände. Gewiß müßte es dafür trennende Provinzialschranken, weite Räume, Verkehrshemmungen und uralte Widersacher aus Naturkräften überwinden: Dürren, Hochfluten, Seuchen, Volksdruck...

Die Pest: „Plague-A manuel for medical and public health workers“ — darzustellen, haben sich vom Weishengshu National Quarantine Service, Shanghai Station, Wu Lien-teh, der Direktor, früher Leiter des mandschurischen Pestabwehrdienstes, J. W. Chun, R. Pollitzer, und C. Y. Wu zusammengetan, und den 10 \$-Band (547 S.) mit 103 Abb., darunter sechs farbigen ausgestattet.

Es ist eine ausgezeichnete geomedizinische Hilfe, die aus dem wohl am meisten pestbedrohten Lande, nächst Indien, kommt, und auf eine Epidemienliste seit 224 v. Chr. begründet. Die Pestweltkarte von heute zeigt Europa fast unberührt, bis auf den russischen Südosten, und als meistgeschlagene Länder China (Mongolei und Mandchurei inbegriffen!), Indien, Südafrika, einzelne südamerikanische Gebiete und von den Vereinigten Staaten Montana, Oregon und California.

Neben den Ratten als Zwischenwirte verbreiten die Pest auch die Tarbogane, Mongusen, Känguruh, Moschusratten (in Westafrika und Kambodga z. B.). Aber auch Katzen, Wiesel, in Einzelfällen Schafe und Kamele können übertragen; welche Umwege der schwarze Tod nehmen kann, das verrät der in diesem Buch eingehend dargestellte teuflische Pestinfektionsversuch, dessen Beschreibung 1933 durch die indischen und ostasiatischen Zeitungen lief und an die schlimmsten Bazillenkriegsgerüchte erinnert. Diese Seite und der Gedanke an die Folgen eines Tarboganpestvorstoßes in die dicht gedrängten Massen roter, russischer oder japanischer Fernostheere gibt der geomedizinischen Pestbehandlung auch einen eminent wichtigen wehrgeopolitischen Einschlag. A. Hermanns ausgezeichnete „Historical and Commercial Atlas of China“ (Cambridge, Mass. USA. 1935) würde durch eine Karte der endemischen und pandemischen Seuchenverbreitung, der Zusammenhänge zwischen Dürren, Unruhen und Seuchenausbrüchen, etwa nach Wilhelm Krebs, in der dort oder bei Poech (Pet. Mittlg. 1911/I T. 34/35; S. 169) gezeigten Art und Weise viel an geopolitischer Brauchbarkeit gewonnen haben. Man male sich nur die Möglichkeiten der Ausbreitung etwa der Pestvorstöße von 1899 und 1910/11 bei der heutigen Truppenbelegung Nordostchinas aus.

Wir erfüllen nur eine Pflicht, wenn wir auch in diesem Zusammenhang auf den im letzten Heft gesondert gewürdigten „Atlas of China“ von Albert Herrmann auch als geopolitisches Werkzeug von hohem Rang, neben seiner geschichtlichen und wirtschaftlichen Bedeutung, hinweisen. Aber wir würden auch eine Pflicht versäumen, wenn wir nicht an dieser Stelle auf die weitgehende Bedeutung der Geomedizin und Völkerhygiene in der von Professor Zeiß, Berlin, vorwärts getragenen Art immer und immer wieder aufmerksam machten. Daß in einem solchen Kartenwerk zur Kenntnis der Entwicklung und Leistungsfähigkeit des großen chinesischen Volkskörpers geomedizinische Karten, wie sie Professor Zeiß fordert, und die „Geopolitik“ mit ihm, überhaupt fehlen können, das sagt uns, wie weit wir noch auf einem notwendigen Arbeitsfelde zurück sind, und wie unentbehrlich Lehrstühle dafür wären, wenn wir nicht bei Weltverwicklungen auf eigenem Boden durch Invasionen Hemmungen und Widerstände peinlichster Art erleben wollen, die alles weit übertreffen, was Äthiopien den Italienern an klimatischen und tiergeographischen entgegenstellte.

Vergessen wir doch nicht, daß die Choleraepidemie in Böhmen zeitweilig ein ernsteres Hindernis für die Fortführung der Operationen 1866 war, als die herangeschaffte österreichische Südmarmee; welchen Aufwand uns die erfolgreiche Fernhaltung des Flecktyphus gekostet hat; was unsere Tropenhygiene in den Kolonien gelernt hat, und was heute doch auf wenigen Augen steht; und welche geomedizinisch faßbaren ungebetenen Gäste uns aus dem Fernen Osten in die Tschechoslowakei herübergeworfene Fliegergeschwader nach Mitteleuropa tragen könnten, — selbst wenn sich die Sowjetbünde in Fragen des Bazillen- oder Giftkrieges strenge

an die von ihnen so hochgepriesenen, kurz vorher noch aber so sehr mit Spott und Hohn übergossenen Genfer Ausschlußbestimmungen halten sollten!

Den möglichen Tatsachen durch weitgehende Volkserziehung ins Gesicht schauen zu helfen, gilt auch hier. Alle Ressortvorbereitung allein schafft es nicht, wenn die Volksseele nicht in breitesten Kreisen panikfest gemacht ist. Sonst kommt es eben doch zu Zusammenbrüchen!

Bereit sein ist alles. — Wie sehr man in transpazifischen Fragen in USA. trotz allen inneren Nöten und Hitzewellen sich danach einstellt, beweist die Vorbereitung auf die Tagung des Instituts of Pacific Relations vom 15. bis 29. 8., wobei man durchaus auf einen Bruch zwischen den japanischen und andern Vertretern gefaßt ist, zum erstenmal Russen ihre Ostpolitik mit andern Pazifik-Anrainern diskutieren hören wird, und die Frage Japan—Australien beleuchten will —, wo übrigens die „Geopolitik“ durch die hervorragende Kenner-Persönlichkeit Dr. E. O. Hausers als Beobachter vertreten sein wird — ebenso wie der Völkerbund.

Aber auch der Verteidigungsplan der Philippinen, mit dessen Vorbereitung durch Präsident Don Manuel Quezon Gmjr. Douglas Mac Arthur betraut ist, zeigt, worauf man doch für die Zeit der Freigabe der wehrgeopolitisch so bedeutsamen Inselgruppe bis 1945 gefaßt sein will. Mit einer Jahresausgabe von je 8 Mill. \$ läßt sich mit einer Ausfallflotte von 50 bis 100 hervorragend schnellen kleinen Fahrzeugen von 50 bis 60 Seemeilen Stundengeschwindigkeit, 400000 geschulten Reserven und 250 Flugzeugen auch bei einem kleinen stehenden Heer bei der hochwertigen wehrgeographischen Stärke der gesamten Inselgruppe und ihrem Tropencharakter wohl eine Abwehr aufstellen, die auch einer großen Wehrmacht die Zähne zeigen kann, jedenfalls sie zu sehr kostspieligen Einfallvorbereitungen gegen überaus günstige Wehrlage zu zwingen vermag. Der ehemalige Chef des Generalstabs der USA. schätzt den nötigen Aufwand, diesen „Torweg des Ostens“ zu verschließen, auf 500000 Mann, 10 Milliarden \$ schwere Verluste und einen Zeitaufwand von drei Jahren. Dahinter aber weht ja immer noch der „Schleier“ (S. Fr. Examiner v. 25. 6. 1936), der mit dem Schwerpunkt in Hawaii von den Aljuten bis Kingman Reef, Baker, Howland und Jarvis-Inseln gegen die Gesellschaftsinseln zu ausgedehnten Luftsperrre der USA., aus der Männer, wie Admiral J. Hepburn, schon mit Flotten vorzustößen wüßten. Ganz anteilslos am Pazifik ist man also in Washington trotz allen Binnen-Nöten nicht geworden, womit wir das Bild bis zu dessen Ostrand abzurunden hatten, gleichzeitig für F. H. Benhards verständnisvolle Mitarbeit aus San Francisco dankend.

SPÄNE

Geopolitik — Denkart der Gegenwart?

„Der Satz: ‚Wenn einst Xerxes versuchte, in sehr richtiger geopolitischer Einsicht seinem Staat . . . einen Brückenkopf zu schaffen‘ (Aufsatz Rabl), mag für den Geopolitiker zwar sehr schön klingen, bewirkt aber doch

noch lange nicht, daß Geopolitik dadurch zu einem Weistum des Altertums wird. Geopolitik entspricht einer bestimmten Denkart der Gegenwart, die es zur Zeit des Xerxes sicherlich noch nicht gegeben hat.“

So Georg Halbe in einer Besprechung un-

serer Zeitschrift in ODAL V — Heft 1, Seite 78. Bei allem Wohlwollen der Besprechung — hier spricht eine weitverbreitete, deshalb nicht weniger irrige Auffassung der Geopolitik.

Zunächst: es gibt keine Geopolitiker als Stand oder Beruf. Es gibt nur Menschen, denen die Bindungen an Rasse und Raum vertrauter sind als anderen; denn sie haben den Menschen, die Rassen, Völker und Staaten als Gesamtheit und als Organismen, ihre Geschicke und ihre Geschichte als Lebensvorgänge zu sehen gelernt. Solche Menschen hat es immer und zu allen Zeiten gegeben; denn zu diesem „Denken“ gehört als Voraussetzung nicht Wissen, sondern Anschauung, und als deren Voraussetzung wieder Instinkt.

Wer es nicht glaubt, greife etwa zu der Selbstbiographie Napoleons I. Im 4. Kapitel der I. Abteilung: „Meine ersten Siege“ findet er eine „Beschreibung von Italien“, die in nuce die ganze Geopolitik enthält — Durchleuchtung und Gliederung der Kräfte des Raumes und der Rasse, Feststellung der Lagewirkungen und die geopolitische Prognose. Sie war gut; denn sie ist einige Menschenalter nach Napoleons Tode in Erfüllung gegangen. Wenn aber Napoleon geopolitisch dachte — warum nicht auch Xerxes?

Nein — Napoleon war nicht der einzige Staatsmann mit der Fähigkeit geopolitischer Schau, jeder große Führer eines Volkes muß sie haben. Aber Napoleon ist zugleich ein gutes Beispiel für die Folgewirkung, die menschliche Hybris bei der Außerachtlassung geopolitischer Gegebenheiten nach sich zieht; denn Napoleons Untergang resultiert aus der Überbelastung, die er seinem Volke zumutete, aus der Unterschätzung der Kräfte des russischen Raumes, aus der Verachtung der staatlichen Eigenkräfte anderer Völker Europas und einer erheblichen Überschätzung seiner eigenen Fähigkeiten im Kampf mit den geopolitischen Grundkräften.

„Autonomie des Geistes“, die Halbe in seiner Besprechung zitiert? — Ja, aber im Rahmen und im Bewußtsein der von Rasse und Raum gezogenen Grenzen.

Denn die Grundfrage der Geopolitik ist doch die uralte nach der Willensfreiheit des Menschen, ist der Überblick über die Auseinandersetzung zwischen dem schweifenden und strebenden Willen des Menschen und den Kräften von Rasse und Raum, die ihn tragen und nähren, aber auch binden.

Und dieser Überblick ist keine „Denkart unserer Zeit“ — er ist ewig.

V.

Vor einer neuen Belebung der englischen Kolonialpolitik

Planmäßige Besiedlung der Dominien.

In Zusammenhang mit der neuen Aktivität Englands darf eine Tagung nicht unbeachtet gelassen werden, die kürzlich in Newcastle stattfand. Diese bemerkenswerte Tagung beschäftigte sich mit der kollektiven Auswanderung aus England nach den Kolonien.

Diese Auswanderung und Besiedelung wurde in einer Entschließung als „lebenswichtig nicht nur für das Gedeihen, sondern überhaupt für die Existenz des Empires“ bezeichnet. An der Tagung nahmen Vertreter aller englischen Kolonien, Delegierte der verschiedenen patriotischen Verbände zur Förderung des Zusammenhalts des Britischen Weltreiches, Abgeordnete der beiden Parlamentshäuser und Vertreter der großen Reedereien teil. Zwei Entschlüsse wurden in der Hauptsache angenommen. Die eine beschäftigt sich mit der Organisation der Auswanderung, ihre Finanzierung durch öffentliche Mittel. Unterstrichen wurde die Gruppenauswanderung. Eine weitere Entschlußung wendet sich an die englische Regierung und ersucht schnellstens eine Empirekonferenz zusammenzurufen, um eine systematische Behandlung der Frage in die Wege zu leiten. Überraschenderweise konnten einige Abgeordnete mitteilen, daß die Regierung bereits durch die zuständigen Ministerien diese Frage in Angriff genommen hat. Es ist also in Kürze mit einem festen Plan, Engländer durch Staatshilfe in den Kolonien anzusiedeln, als einem Teilgebiet britischer Bevölkerungspolitik zu rechnen.

Ein Redner führte in Newcastle aus: „Wenn die britische Rasse die Territorien nicht besiedeln würde, dann würden es früher oder später andere, farbige Rassen tun, und der Zusammenbruch des Empires wäre die natürliche Folge.“ Interessant waren die Ausführungen des Vertreters aus Kanada, der besonders diese organisierte Einwanderung der Briten forderte. Aus Kanada müßte in Zukunft ein Land gemacht werden, das nicht wie heute nur von 10 Millionen, sondern von 80 Millionen Menschen bevölkert würde. Beispielsweise kommen noch heute in der Südafrikanischen Union bei einer Gesamtbevölkerung von 8 Mill. Menschen sieben Personen auf einen Quadratkilometer, Kanada 1 Person auf einen Quadratkilometer. Australien mit rund 6,5 Mill. Einwohner 0,8 Personen auf einen Quadratkilometer, während Neuseeland, eines der reichsten Länder der Welt überhaupt, bei einer Bevölkerungszahl von 1,5 Mill. Menschen heute

nur 6 Personen auf dem Quadratkilometer hat. In Australien und Neuseeland richten sich die englischen Bestrebungen auch gegen die japanische und chinesische Einwanderung der letzten Jahre.

Auf der Konferenz wurde weiter bekanntgegeben, daß bereits die Zustimmung von 14 kanadischen Städten zu dem Programm einer englischen Kollektivauswanderung nach Kanada vorliegt. In Australien regen sich ähnliche Bestrebungen.

Man tut gut, diese neuen Wege britischer Kolonialpolitik in den Zusammenhang der britischen Politik überhaupt zu stellen. —er.

Die Minderheitenbewegung in Frankreich

Wir haben unsere Leser vor einem Jahr¹⁾ auf eine wichtige Neuerscheinung unter den politischen Zeitschriften der französischen Minderheitsgruppen hingewiesen, auf die bretonische Vierteljahrsschrift „Stur“, die sich in Anlehnung an die Bretonische National-Partei die Sammlung der jungen Generation zu einer bretonischen Front zum Ziel gesetzt hat. Inzwischen ist, ebenfalls in Rennes, ein „BULLETIN DES MINORITÉS NATIONALES EN FRANCE“ erschienen, dessen erstes Heft verschiedene kurze Einführungen in den Fragenkreis der bretonischen, flämischen, elsässischen, baskischen, korsischen und katalanischen Minderheit im französischen Staatsraum bringt und den bemerkenswerten Willen dieser Gruppen verrät, im Kampf um die Autonomie eine politische Zusammenarbeit herbeizuführen. Mag auch die Darstellung der geschichtlichen und politischen Gegebenheiten in diesen Abhandlungen zuweilen an Objektivität zu wünschen übriglassen, so bezeugt das Auftreten dieses „Bulletin“ immerhin deutlich genug die wachsende Anteilnahme der französischen Öffentlichkeit an den volks- und raumpolitischen Fragen des europäischen Minderheitenproblems. T.

Das Gewicht der Großstadt

Eine Frage der Wertung oder der Wirklichkeit?

In einer Zeitschrift wird an dem Aufsatz Hellpachs „Ethno- und geopolitische Bedeutung der Großstadt“ (Aprilheft 1936) Kritik geübt. Dem Satz Hellpachs, daß die Hochkulturträger tragisch erkaufte werden müßten, wird entgegeng gehalten, „daß die Großstädte dem völkischen Wurzelboden entfremdet, selbst impotent, nur verzehren ohne wesentliche eigenen geistige und kulturelle Schöpfungen“. Der Sinn dieser Kritik ist kennzeich-

nend für die Verkennung der Wirklichkeit der Großstadt, die aus der Wertung stammt — deren Wichtigkeit wir übrigens grundsätzlich gar nicht bezweifeln. (Seit ihrem Bestehen hat die Zeitschrift für Geopolitik, als eine der ersten Zeitschriften Deutschlands, auf die Gefahr der Verstädterung hingewiesen.)

Aber nun zum Tatsachenbestand: Diese Kritik (und fast jede andere ihrer Art) erscheint in einer Zeitschrift, die in einer Großstadt herausgegeben und gedruckt wird. Schon die Maschinen, denen sie ihre Verbreitung verdankt (Schreibmaschine, Setzmaschine usw.), setzen die Existenz, wenn nicht der Großstadt, so doch großer Städte voraus. Die Verbreitung der Zeitschrift über das Land erfolgt durch ein Verkehrssystem, das durchaus großstädtisch bestimmt ist (die Lokomotive des Postzuges, das große Werk, sei es Borsig, Krauß oder AEG., das sie gebaut hat usw.). Diese Kritik, wie jede ihrer Art, stammt aus unserem politischen Weltbild, das auch seinerseits ganz wesentlich durch den Stil der Großstadt mitgeformt ist: Rundfunk, Flugverkehr, Aufmärsche der Hunderttausende, eine Wehrmacht der Millionen, Kriegswirtschaft, Statistik eines 60-Millionen-Volks: das alles setzt immer wieder die große Stadt voraus und ist selbst Ausdruck weitgehender Verstädterung. Selbst wenn wir heute mit Bewußtsein darangehen, die allzu großen Einheiten zu zerlegen, so ist auch dieser Vorgang ohne die vorausgegangene große Stadt undenkbar. Denn diese Zerlegung ist wieder nur möglich, weil Telefon, Flugzeug, Kraftwagen (an deren Entstehung die großen Städte ihren entscheidenden Anteil haben) die Möglichkeit einer Raumbherrschaft im Stil unseres Jahrhunderts geben.

Die klare Erkenntnis solcher Tatsachen hat wieder mit der Wertung des Zustandes noch nichts zu tun. Aber man sollte auch mit der Wertung vorsichtiger sein: wo stehen die Sender, durch die der politische Wille unseres Volkes geformt wird? Wo liegen die Flugplätze, von denen der Führer zu seinen Flügen für Deutschland aufstieg? Wo finden die großen Ausstellungen statt, wie z. B. die Reichsnährstandsschau? Welches ist die Hauptstadt der Bewegung, welche der Sitz der Reichsregierung? Wo sind die großen Staatsbühnen? Wo wird die Olympiade abgehalten? Sollte das alles „dem völkischen Wurzelboden entfremdet, selbst impotent, nur verzehren ohne eigene geistige und kulturelle Schöpfungen?“ Man mag einwenden, das alles seien nur Mittel, keine Inhalte. Aber sogar dann: verachtet der Mann den Degen, mit dem er ficht?

¹⁾ Siehe das Augustheft der Zeitschrift für Geopolitik, 1935, Seite 505/506.

FRANZ SPRINGER:
Rundfunk und Geopolitik II

Der englische Empire-Rundfunk

Seit dem Statut von Westminster (1930) ist in zahlreichen Veröffentlichungen immer wieder dargelegt worden, daß das Britische Weltreich in Wirklichkeit nicht mehr existiere und daß die „British Commonwealth of Nations“ den legislativen Ausdruck eines unaufhaltsamen Zerfalls des Empire darstelle. Zahlreiche Ereignisse von einschneidender Bedeutung haben dazu beigetragen, die scheinbare Richtigkeit dieser Auffassung zu erhärten. So unbestreitbar die politischen Mißerfolge Englands im Völkerbund und im Abessinienkonflikt sind und so nahe daher die Vermutung liegt, die Ursache dieser Ereignisse in einem Versagen des Gesamtorganismus des Britischen Reiches zu suchen, so falsch ist es aber auch, die Auswirkungen dieser Entwicklungen in der Verfassung des Empire zu sehen. Von größerer, innerer Logik wäre vielmehr der Schluß, daß die Krise des englischen Ansehens in der Welt seit dem großen Kriege die umgekehrte Verfassungsentwicklung hätte herbeiführen müssen, d. h. die sich aus dem Zwang zur inneren und äußeren Abwehr ergebende Zentralgewalt. Es fehlt auch nicht an maßgebenden Politikern in England, die aus den Erfahrungen von Versailles gelernt und diesen Erfahrungen Ausdruck gegeben haben. Der politische Laie also scheint vor dem erstaunlichen Schauspiel zu stehen, wie sich die Vormacht der weißen Rasse in der Welt, ohne in einem letzten Verzweiflungsakt dazu gezwungen zu sein, gewissermaßen auf dem Verfassungswege selbst auflöst. In selbstzerstörerischem Drang scheinen die Dominions die Lösung vom Mutterland zu erstreben, um in einer allgemeinen Weltkrise die Vorteile des Zusammenseins mit den Nachteilen einer Entwicklung auf eigene Rechnung und Gefahr zu tauschen. Ganz abgesehen davon, daß die Zerfallerscheinungen großer politischer Systeme in ihren Anfängen meist nur sehr schwer zu erkennen sind, weil ihre wesentlichen Antriebe sich hinter einer blendenden Fülle zivilisatorischen Flitterglanzes oder hinter der scheinbaren Wucht zeitgenössischer Ereignisse verbergen, wäre es doch ein geschichtliches Novum zu glauben, daß ein in Jahrhunderten des Machtbesitzes geschultes Volk, ohne durch eine Scheinblüte der Entwicklung dazu verführt zu sein, sich selbst für den flüchtigsten Beobachter offenbar, aufgäbe. Richtig ist vielmehr, daß sich die Zeiten und mit ihnen die Menschen und mit diesen wiederum die Methoden der Menschenführung organisch gewandelt haben. 25 Millionen Weiße und 430 Millionen farbige Völker im Britischen Weltreich verlangen aus ihrer Entwicklungsdynamik heraus nach einer Methode der Reichsführung, wie sie sich bei gleichbleibenden machtpolitischen Grundsätzen aus den günstigen und ungünstigen, den geplanten und den nicht abzuschätzenden Entwicklungstendenzen

des Machtgebrauches ergibt. Die gegenwärtige Verfassungsform des Empire — das darf nicht vergessen werden — geht zurück auf die erfolgreichen Jahre vor dem Weltkrieg. Der reibungslose Ablauf des Weltverkehrs und des Welthandels, die Tatsache der „Harmonie“, jener politisch-weltanschaulichen, weil zweckmäßigen Heilslehre der in England sich darstellenden Weltherrschaft, sie schufen jenen Überfluß, der den kämpferischen Zusammenhalt lockert und die Emanzipation fördert. Es ist ein entscheidender Fehler gewesen, daß durch die Emanzipation der Dominions bzw. deren Form parteipolitischer Behandlung zugleich die Anfänge des Rassenkampfes in den Kolonien organisiert und in etwa legalisiert wurden. Zur Zeit hat es aber den Anschein, als fühlten sich die britischen Reichsländer nicht mehr so recht wohl in ihrer bedingten und geringen Selbständigkeit. Das findet z. B. dadurch seinen Ausdruck, daß der englische König bei seiner Proklamation in den Dominions ausdrücklich und über das Statut von Westminster hinaus zum „Oberherr“ des Reiches sowohl wie des einzelnen Dominion erklärt wurde. Entgegen allen noch so bestechenden Wahrscheinlichkeitsrechnungen steht fest, daß die elementaren Tatsachen britischer Reichspolitik, ausgedrückt in der Einheitlichkeit der Außenpolitik und der Verteidigung des Reiches, noch immer bestehen und ihren zielbewußten Ausbau erfahren.

Wenn gesagt wurde, daß sich die Methoden britischer Politik geändert haben, und damit ausgedrückt werden sollte, daß mancher brutale Zugriff sich in weitschauende und die meinungsbildende Situation im voraus festlegende Berechnung gewandelt hat, so ist damit der Weg zur Betrachtung jener Einflußformen britischer Politik geöffnet, die das geistige Rückgrat des Systems überhaupt bilden. Es ist das die Fähigkeit der Menschenführung, in allen Abstufungen von der physischen und moralischen Vernichtung des Gegners bis zur Suggestion des stolzen Macht- und Wertbewußtseins der *arbiters mundi* zu sein, ja bis zu dem selbstgefälligen Glauben, als Instrument der Vorsehung Gottes Welt in Ordnung halten und leiten zu müssen. Generationen englischer Politiker haben für diesen absurden Anspruch die reale Basis geschaffen, gestützt auf die zähe Arbeit und den unerhörten Machtinstinkt einer jahrhundertelangen Geschlechterfolge von Kolonialpionieren.

Die ausgeprägte Fähigkeit der Menschenführung, geformt aus einer nahezu vollkommenen und selbstverständlichen gegenseitigen Bezogenheit und Ergänzung politischer, wirtschaftlicher und moralischer Einwirkungen, unverwischbar britischen Ursprungs und britischer Methode, ist das Geheimnis englischer Empirepolitik und zugleich die Erklärung dafür, daß diese Rasse trotz zahlenmäßiger Unterlegenheit es verstanden hat, die Macht zu halten. Alle jene Instrumente direkter und indirekter öffentlicher Meinungsbildung, die an den Menschen und seine geistige Entscheidung heranzukommen suchen, fußen auf dieser Tradition der Menschenführung. War in früheren Jahrhunderten des kolonialen Imperialismus robuster Prägung der „Instanzenzug“ von Führung zum Volk ungleich länger als heute, aber in seinen

Fehlerquellen aufgehoben durch einen elementaren rassisch-völkischen Machtwillen, so ist in der Gegenwart das unbestreitbare Absinken des Einsatzwillens und der aktiven Anteilnahme nahezu ausgeglichen durch die neuen Mittel universeller Einwirkung und der direkten Verbindung von Staatsführung und Volk. Presse und Rundfunk sind die modernen Schrittmacher neuer Methoden der Menschenführung. Die unermeßliche Raumgewalt des Rundfunks hebt jede räumliche Begrenzung auf und sichert zugleich den inneren Zusammenhalt der vielfältigen Elemente und Entwicklungen, wie sie sich z. B. aus der auf fast alle Völker der Erde einwirkenden britischen Weltpolitik ergeben. Der tatkräftige und umfassende Ausbau des Rundfunks im Dienste britischer Weltpolitik ist ein Beweis dafür, daß seine schöpferische Kraft in vollem Umfang erkannt worden ist und zum Einsatz gebracht wird. In einer Entwicklung, wie sie sich ähnlich nur in Deutschland vollzog, hat England den Rundfunk als modernstes Mittel der Führung und Beeinflussung seines Reiches und darüber hinaus der Welt ausgebaut.

225 Rundfunksender, davon 31 im Mutterland, sind heute das wichtigste Instrument englischer Politik gegenüber der Weltöffentlichkeit und im Dienste des inneren Zusammenhalts des Reiches. Der Empirerundfunk, der im Rahmen des englischen Rundfunks mit Recht eine Sonderstellung genießt, gliedert sich in fünf Zonen:

1. Australien, Neuseeland, Indien,
2. Burma, Malaiische Staaten,
3. Irak, Ägypten, Ost- und Südafrika,
4. Westafrika, Atlantische Inseln,
5. Kanada, Westindien, Trinidad, Britisch-Guinea.

Diese Aufteilung ist nicht nur das Ergebnis technischer Erwägungen (Richtwirkung der Kurzwellen), sondern fußt vornehmlich auf geopolitischen Gegebenheiten. Die in den fünf Gruppen genannten Gebiete bilden im Rahmen des Empire geschlossene Räume besonderer Prägung und politischer Problemstellung und erfordern darum auch eine gesonderte rundfunkpolitische Erfassung, wobei sogleich wieder die verbindende Wirkung des Rundfunks erkennbar wird, der wesentlich dazu in der Lage ist, diese Entwicklungszentren aufeinander abzustimmen und ohne Rücksicht auf Verschiedenheiten in Sprache und Lebensraum auf einen Gesamtzweck hinzuordnen. Wesentlich kommt ihm hierbei die Tatsache zugute, daß er in der englischen Sprache ein allgemeinverständliches Mittel besitzt. Die Wirkung des Empirerundfunks wäre nationalpolitisch sogleich in Frage gestellt, wenn er in seinen Sendungen den Umweg über Fremdsprachen nehmen müßte. Die englische Sprache ist eine derart elementare Voraussetzung britischer Weltgeltung, daß ihre Bedeutung leicht unterschätzt wird. Dabei bringt sie aber erst recht zum Ausdruck, wieviel von dieser Welt den englischen Stempel trägt, denn diese sprachliche Gemeinsamkeit ist zugleich Ausdruck einer weitgehenden geistigen Angleichung. Im

Gegensatz etwa zu den Methoden des italienischen oder sowjetrussischen mehrsprachigen Programms verzichtet der Empirerundfunk auf diese scheinbare Erhöhung seiner Einwirkungsmöglichkeit, denn er geht von der Erkenntnis aus, daß bereits seine englische Sprache wesentlichste Programmarbeit ist. Er genießt damit die Vorteile einer konsequenten Kolonialpolitik, die von Anfang an in der englischen Sprache eines der wesentlichsten Führungsmittel gesehen hat. Der Empirerundfunk vermeidet damit auch geschickt den Anschein offensichtlicher Propaganda, was wiederum seinem Einfluß, seiner „Objektivität“ zugute kommt. Gegenüber dem Rundfunk von Nationen, die sich erst in der Gegenwart imperialistischen Aufgaben zugewandt haben und sich dabei des Rundfunks bedienen, zeichnet sich der englische durch eine von Loyalität und Friedensinteresse zeugende scheinbare Mäßigung aus. Der Hörer englischer Nachrichtendienste wird selbst in Krisenzeiten, z. B. im abessinischen Konflikt, die Feststellung gemacht haben, daß der englische Rundfunk in keiner Weise auf den scharfen Ton italienischer Sendungen einging, sondern in gewohnter Weise seinen Hörern zahlreiche Pressemeldungen des Auslandes und Stellungnahmen der eigenen Oppositionspresse kommentarlos übermittelte. Selbstverständlich ist diese Rundfunkpolitik reine Spekulation, ebenso wie die anderer Nationen. Sie ist aber psychologisch richtig angesetzt, weil sie ihren Appell nicht an die schnell verrauchende Leidenschaft, sondern an den viel schlimmeren Quell des menschlichen Irrtums, an die Logik und die sogenannte Objektivität richtet. Es muß an dieser Stelle der Darlegung auf die Wechselbeziehungen zwischen Rundfunk und Presse hingewiesen werden, die die englische Propaganda in einer Weise ausgebaut hat, daß der aufmerksame Beobachter beider oft betroffen vor soviel Routine und Methode steht. Was dem Hörer englischer Nachrichtendienste als vorurteilslose Wiedergabe der Weltmeinung erscheint, ist meist eine Zusammenstellung von Äußerungen, die auf Informationen der englischen Nachrichtenbüros zurückgehen und in überaus geschickter Weise lanciert wurden. Wichtiger aber noch als die sorgfältige Programmauswahl ist die Art und Weise des Verschweigens oder besser Totschweigens bestimmter Vorgänge, die es an sich verdienen, der Welt bekanntgegeben zu werden. Es ist noch in aller Erinnerung, wie die englische Presse den moralischen Vernichtungsfeldzug gegen Deutschland während des Krieges geführt hat, und es erscheint gut, auf diese Tatsache hinzuweisen, wenn man gegenüber der weltumspannenden englischen Propaganda die notwendige Reserve bewahren will.

Drei wesentliche Aufgaben hat der Empirerundfunk zu erfüllen: erstens ist er die Verbindung der 25 Millionen Weißen in den Dominions und den Kolonien mit dem Mutterlande; zweitens ist er wesentlicher Propagandist und Kulturträger gegenüber 430 Millionen Farbigen in den Dominions und Kolonien, und schließlich ist er der Repräsentant englischer Politik und Kultur gegenüber der gesamten Welt. Es ist klar, daß er diese Aufgabe nicht in der Bindung an ein starres politisch-welt-

anschauliches Dogma erfüllen kann. Die rechtspolitische Einordnung des englischen Rundfunks, d. h. sein Verhältnis zum Staat in Rechtstheorie und Rechtspraxis, zeigen, daß die evolutionistische traditionsgebundene Tendenz englischer Entwicklung sich in einer zu immer neuen Formen gelangenden Mischung liberaler und autoritärer Elemente darstellt. Das für den Nichtengländer verwirrende Nebeneinander liberaler und autoritärer Züge ist aber nicht etwa ein neues und selbständiges politisches Prinzip, sondern es zeigt in dem gerade in der Gegenwart zu beobachtenden Anwachsen autoritärer Elemente das auf evolutionärem Wege vordrängende, aus gleichen Grundsätzen in wechselnde Formen sich erneuernde Staatsdenken.

In die für das heutige Weltbild typischen Räumegruppierungen greift der Empirerundfunk aber nicht ein im Sinne eines völkischen Raumbegriffes, d. h. der Übertragung einer völkischen Sendung und Verantwortung im Sinne des englischen Mutterlandes, sondern vielmehr im Sinne eines weltpolitischen Raumbegriffes. Der reibungslose Ablauf des Weltverkehrs und des Welthandels mit seiner kapitalistischen Zentralisation im Mutterlande ist auch das politische Ziel des Empirerundfunks und legt ihn damit auf materiell-geopolitische Grundsätze fest. Die imperialistisch-strategische Raumordnung des Empire hat nichts zu tun mit jener ethischen Pflichtauffassung vom völkischen Raum, wie sie für die Politik des Dritten Reiches maßgebend ist. Während der deutsche Raumbegriff ein volklich-ethischer ist und damit das Schöpferische des Raumes zur Auswirkung bringt, ist der imperialistische Raumbegriff des Empire ein Raubbaubegriff, der allenfalls als völkerpsychologisches Problem behandelt werden kann. Denn es besteht für den imperialistischen Raumbegriff keine volkspolitische Aufgabe, die dem inneren Verhältnis zwischen völkischem Boden und Blut gerecht wird, es gibt für ihn keine seelische Durchdringung und damit die Einheit von Raum und Leben, sondern sein Raumbegriff fußt in Wirtschaftszielen, strategischen Lebenslinien und im äußersten in zivilisatorischen Gesellschaftsformen und kulturellen Überfremdungen. So betrachtet erscheint der Empirerundfunk als das Bindeglied zwischen fünf Weltspannungsfeldern und ihrem Zentrum. Das ist die imperialistische Aufgabe des Empirerundfunks, daß er die Räume überwindet, um sie einem raumfremden Ziel unterzuordnen.

Der Kern des britischen Raumproblems ist nach wie vor die Frage, inwieweit es gelingt, das Empire völkisch zu durchdringen und den politischen Einsatz im Sinne eines echten Raumproblems vorzunehmen. In Wirklichkeit ist aber das englische Volk zahlenmäßig in hoffnungsloser Minderheit und hat keine Aussicht, seine Volkszahl zu erhöhen. Das Prinzip der imperialistischen Raumpolitik wird also bestehen bleiben müssen, sosehr es auch zu kulturähnlichen Zusammenhaltsformen führen mag. Für den Empirerundfunk heißt das, daß er für alle Zukunft eine imperialistische Funktion hat und seine Meisterschaft allein im größtmöglichen Grade der Überfremdung anderer Völker im Sinne der Vorherrschaft einer Minderheit, d. h.

der englischen Oberschicht, zu suchen hat. Es darf unterstellt werden, daß der Empirerundfunk seine Aufgabe gegenüber den 25 Millionen Weißen im Empire erfüllt, ja es kann gesagt werden, daß diese Seite seiner Aufgaben die in jeder Hinsicht positivste ist. Anders verhält es sich mit seiner Stellung gegenüber den beherrschten farbigen Völkern, denn seine Organisation ist ein einziger Beweis dafür, daß alle noch so großzügig gewährten Freiheiten in Form von Parlamenten oder gesellschaftlicher Angleichung nicht einmal Kompromisse, sondern im Grunde belanglose Gesten sind. Weder der Empirerrundfunk noch seine Relaissender in den Dominions und Kolonien, noch die „selbständigen Rundfunkgesellschaften“ in den Reichsländern und Kolonien sind in anderen als englischen Händen. Es mag Eliteregimenter geben, die sich Farbigen geöffnet haben, im ganzen Empire aber gibt es keine Rundfunkstation, die nicht klar auf die imperialistische Tendenz einer „pénétration pacifique“ ausgerichtet wäre.

Wenn nachstehend das Zahlenmaterial der englischen Rundfunkarbeit in der Welt dargelegt wird, so geschieht es mit dem ergänzenden Hinweis auf die englische Presse, die im Rundfunk keine Konkurrenz erblickt, sondern sich mit ihm zu gemeinsamer Aktion vereinigt hat. Unsere Zahlennachweise zeigen, daß der Rundfunk die weiße Oberschicht der Dominions und Kolonien noch nicht als Hörer gewonnen hat, ganz zu schweigen von seiner Ausbreitung unter der eingeborenen Bevölkerung, was letztlich eine rundfunkwirtschaftliche Frage sein dürfte bzw. eine Frage der Elektrifizierung der einzelnen Länder. Um so beachtlicher ist es in diesem Zusammenhang, daß die englische Rundfunkpolitik trotz des Anfangsstadiums ihrer Entwicklung zu mehr oder minder starken Auseinandersetzungen vor allem in den Kolonien geführt hat. Es sind dies Auseinandersetzungen, die in allen Schattierungen vom Sprachenproblem bis zum bewaffneten Überfall auftreten (Handstreich auf den Jerusalemer Sender am 26. 6. 1936, der wegen seiner englischen Propaganda bei den Arabern besonders verhaßt war).

Das Rundfunkwesen in den Sendezonen des Empirerundfunks

- | | |
|---|--|
| 1. Australien, Neuseeland, Indien. | |
| a] Australien: | c] Indien (britisch): |
| Einwohner 6 631 000 | Einwohner: 363 100 000 |
| Rundfunkteilnehmer 1933: 444 379 | Rundfunkteilnehmer 60 000 (!) |
| „ 1935: 702 206 | Senderzahl: 4 Sender auf mittlerer Welle und |
| Senderzahl: 63 (z. T. kleinste Stationen) und | 2 Kurzwellensender. |
| 4 Kurzwellensender. | |
| | 2. Burma, Malaiische Staaten (Straits Settlements) |
| b] Neuseeland: | Einwohner 4 385 000 |
| Einwohner 1 165 244 | Rundfunkteilnehmer 1934: 826 |
| Rundfunkteilnehmer 1933: 88 993 | „ 1935: 2 500 |
| „ 1935: 148 284 | Senderzahl: 1 Sender auf mittlerer Welle und |
| Senderzahl: 32 Sender auf mittlerer Welle und 2 Kurzwellensender. | 3 Kurzwellensender. |

3. Irak, Ägypten, Ost- und Südafrika

a) Irak:

Einwohner 3 300 000

Rundfunkteilnehmer 2000

Senderzahl z. Zt. noch keiner im Betrieb

b) Ägypten:

Einwohner 20 988 000

Rundfunkteilnehmer 72 500

Senderzahl: 5 Sender auf mittlerer Welle.

c) Ostafrika (britisch):

Einwohner 14 316 000

Rundfunkteilnehmer 1 420 (800 Kenialand)

Senderzahl: 1 Sender auf mittlerer Welle.

d) Südafrika (Union):

Einwohner 8 488 000

Rundfunkteilnehmer 1933: 46 000

1935: 119 060

Senderzahl: 4 Sender auf mittlerer Welle und

1 Kurzwellensender.

4. Westafrika, Atlantische Inseln
(britisch; u. a. Sierra Leone, Nigeria, Goldküste):

Einwohner 24 967 000

Rundfunkteilnehmer 600

Senderzahl: 1 Zwischensender des britischen Reichssenders in Freetown.

4a. Südwestafrika:

Einwohner 2 400 000

Rundfunkteilnehmer 800

Sender noch nicht vorhanden.

5. Kanada:

Einwohner 10 835 000

Rundfunkteilnehmer 900 000

Senderzahl: 72 Sender auf mittlerer Welle und
9 Kurzwellensender.

Die nächste Aufgabe ist es nun, die rundfunkpolitische und organisatorische Lage dieser Stützpunkte des Empirerundfunks darzulegen und in Vergleich zu den rundfunkpolitischen Maßnahmen der übrigen Staaten zu setzen.

(Fortsetzung im Septemberheft.)

WOLFGANG SCHEIBE:

Die Formkräfte der Landschaft V

Gesamtgliederung des Aufsatzes:

1. Gesamtschau.
2. Zur Entwicklung des geopolitischen Bewußtseins.
3. Die Formkräfte des geschichtlichen Lebens.
4. Die Grundzüge der landschaftlich-volklichen Lebensseinheit.
5. Die Kräfte der landschaftlichen Raumgliederung.
6. Landschaft und Volkscharakter.
7. Der landschaftliche Hintergrund der Kultur.
8. Die erzieherische Bedeutung der Landschaftsverbundenheit.

VIII. Die erzieherische Bedeutung der Landverbundenheit

Wir beschließen diesen Aufsatz über die Formkräfte der Landschaft mit der Kennzeichnung einer erzieherischen Aufgabe; denn wir meinen, daß alle Wissenschaft einen aktiven, auf das Leben gerichteten Gestaltungswillen enthalten muß, meinen aber vor allem, daß die Themenstellung unmittelbar eine erzieherische Aufgabe umfaßt. Erziehung ist die bewußte, planmäßige Weckung und Entwicklung von im Leben selbst enthaltenen und zum Aufbau des Lebens als notwendig und wertvoll erachteten Kräften. Die Einsicht in das Wesen der tatsächlich immer wirkenden Kräfte der Landschaft und in ihre Bedeutung für die Gestaltung des völkischen und individuellen Daseins muß zu der bewußten erzieherischen Aufgabe führen, diese Kräfte erlebnismäßig und als Bewußtseinsinhalt wirksam werden zu las-

en. In diesem Sinn haben der Boden und die Landschaft heute eine entscheidende Funktion im Aufbau unserer politischen Erziehung und Bildung.

a) Die Verstädterung und die Kraft des Landes¹⁾

Jede Erziehung muß ihren Anfang nehmen in der erlebnismäßigen Weckung und Entwicklung der zum Lebensaufbau notwendigen Grundkräfte; mit der Landschaftsfrage stoßen wir dabei auf ein Problem, das heute den elementaren Anstoß für alle anthropologisch-völkischen Fragen der Landschaft bildet: die Verstädterung. Mit diesem Wort bezeichnet man den Prozeß der unverhältnismäßigen Vermehrung der Städte und der Zunahme ihrer Bevölkerung auf Kosten der den völkischen Staat tragenden, ernährenden und erneuernden Landschaft sowie die damit verbundene Geisteshaltung. Der lebenbedrohende Charakter einer solchen Entwicklung ist uns heute bewußter als je und seine Bewältigung eine unserer dringendsten Aufgaben. Es gilt eine unheimliche Dialektik aufzuhalten; sie nimmt ihren Ausgang von der Tatsache, daß fortschreitende Kultur im Zusammenhang mit der Steigerung von Technik und Wirtschaft auf dem Boden einer starken Bevölkerungsvermehrung sich vor allem in den Städten zu glanzvoller Höhe und bewunderungswürdiger Größe entfaltet. Die Städte werden zu Metropolen, wobei die mit diesem Prozeß verbundene Entfremdung von der Landschaft die bevölkerungsbiologische, seelische und kulturelle Lähmung des die Kultur tragenden Volkes selbst zur Folge hat. Nur wenn sich die Erkenntnis dieser Gefahren mit der praktischen Organisation, der Steigerung und bewußten Entfaltung der Kräfte des Landes verbindet, wenn Stadt und Land durch die Herstellung einer Landverbundenheit der Stadt und der Hebung des Landes wieder in ein organisches Verhältnis gebracht werden, kann die endgültige Herrschaft über diese Dialektik und die Beseitigung der in ihr enthaltenen Gefahren erreicht werden.

Die Beobachtungen über die normierende Umprägung des aus der Landschaft kommenden und von ihr arteigen geprägten Menschen durch die Stadt gehen in die Anfänge der Großstadtbildungen zurück, wobei „Großstadt“ nicht einen zahlenmäßig festzustellenden Begriff darstellt, sondern überwiegend durch bauliche, soziale und die allgemeine Lebensform bezeichnende Momente gekennzeichnet ist. Die festgestellten Entartungserscheinungen, die sich nicht in einer Schicht, sondern in allen Schichten wiederfinden, sind ebenso sittlicher, wie seelischer, wie geistig-kultureller Art und gehen in der Richtung des Wurzellosen, des Unverbindlichen, des Äußerlichen, des Oberflächlichen, des Modischen, des Neuerungs-süchtigen, des Haltlosen²⁾. In diesem Sinn hat schon Rousseau im 18. Jahrhundert die Kehrseite des

1) Vgl. zur Ergänzung dieser Ausführungen Zeitsch. f. Geopolitik, 1933 (X. Jahrg.), Heft 1 und Heft 2.

2) Typisch für die Verstädterung ist vor allem die Einseitigkeit von Lebenshaltung und Arbeit. Der Lebenskampf wird damit von der Breite der Auseinandersetzung mit der Natur,

Glanzes der Kultur gekennzeichnet; sein Zurückruf zur Natur zielte auf eine Erneuerung aus der Kraft des Landes, das er freilich recht empfindsam idealisierte. Heute steht die Verstädterung als Tatsache und Problem der Entwicklung seit 150 Jahren entsprechend noch mit einer ganz anderen Dringlichkeit vor uns. Die bevölkerungsbiologische Forschung hat die durch die Stadt bewirkte Lähmung der vitalen Zeugungskraft und des Lebenswillens als völkisches Grundproblem aufgezeigt.

Aus dieser Krise, die wir an dieser Stelle nicht weiter zu kennzeichnen brauchen, ist heute das Bewußtsein erwachsen von der Kraft des Landes und seiner Bedeutung für den Aufbau des völkischen Lebens. Das Wort von Blut und Boden sagt, daß starkes Leben nur möglich ist in der Verwurzelung und in der Verbundenheit mit einem landschaftlichen Raum, in dem es sich entfalten kann. Wir erkennen die vitale Kraft, wir erkennen die Züge der Stetigkeit, der Festigkeit, der Sicherheit und Ruhe im bäuerlichen Dasein, die schon Justus Möser bei seinen westfälischen Bauern fand und die er gegenüber der Intellektwertung der Aufklärung als die entscheidenden Lebenskräfte bezeichnete. Wir sehen die kraftvolle Geformtheit des Menschen, der in der Landschaft lebt, der ein Stück Boden sein eigen nennt und dessen Leben durch die von Ahnen, Söhnen und Enkeln aufgegebene Verantwortung und Sorge für diesen Boden bestimmt ist. Wir sehen aber auch gleichzeitig die Landflucht, und die Frage nach ihren Ursachen führt auf eine frühere unheilvolle Vernachlässigung des Landes in sozialer, wirtschaftlicher und kultureller Beziehung zurück; sie macht die Aufgabe der Erneuerung nicht nur durch das Land, sondern des Landes selbst deutlich sichtbar.

b) Erziehung durch das Land und zum Land

Erziehung und Gesetzgebung suchen das Bauerntum als Fundament völkischen Lebens zu erhalten und auszubauen. Nicht allein wirtschaftlich, sondern auch vor allem sozial und kulturell gilt es Bedingungen herzustellen, die sich wirksam der Landflucht entgegenzustellen vermögen. Die Erneuerung der ländlichen Kultur und die Befriedigung berechtigter Ansprüche und Wünsche, die heute noch die Stadt als begehrenswert, verlockend erscheinen lassen, auf dem Lande selbst wird auf Generationen hin eine Sicherung des Bauerntums und der Kraft des Landes mit sich bringen. Dabei verbindet sich die Bestärkung der Stammeseigenart und ihrer in der Geschichte herausgebildeten Lebensformen mit den Gemeinschaftsformen der nationalsozialistischen Bewegung.

die er im Dasein des landschaftsgebundenen Menschen hat, auf ein ganz begrenztes Gebiet beschränkt (Spezialistentum, Arbeitsteilung). Damit wird eine Einseitigkeitshaltung geschaffen, die zu einer biologischen Anfälligkeit auf allen anderen Gebieten führt. Aus dieser für jede Monokultur typischen Einseitigkeit heraus haben wir in den oben zitierten grundlegenden Heften unserer Zeitschrift die Verstädterung als Monokulturerscheinung bezeichnet.

Die Schriftleitung.

Zu dieser ersten Hauptaufgabe der Sicherung und Stützung der Kraft des Landes durch wirtschaftliche Hilfe, durch geistige Auflockerung und Entwicklung bäuerlichen Bewußtseins und bäuerlicher Kultur tritt die Neugründung ländlicher Lebensform durch die Siedlung. Sie wird als bäuerliche Siedlung ihren natürlichen Übergang ins Bauerntum finden und als Stadtrandsiedlung Teilwirkungen einer bäuerlichen Lebensform vermitteln. Die ganz außerordentliche Bedeutung der letzteren liegt aber nun gerade darin, daß sie, wenn auch nur in bescheidenem Maße, dem Städter das Erlebnis der Arbeit am Boden, des pflanzlichen Wachstums und der Landschaft auf der Grundlage eigenen Landbesitzes zu geben vermag und dadurch einen gesunden, organischen Ausgleich zu städtischer Berufsarbeit, zu städtischem Wohnen und Dasein herstellt.

Nur ein Teil des Volkes vermag auf dem Lande und auf eigenem Boden zu leben, der Nationalsozialismus aber will aus der Erkenntnis der formenden Kraft des Landes der Jugend des ganzen Volkes wenigstens für einen kleinen Zeitabschnitt das Erlebnis ländlichen Lebens und ländlicher Arbeit vermitteln. Der Landdienst, das Landjahr und der Arbeitsdienst für die weibliche Jugend bringen den jungen Menschen in die bäuerliche Arbeit selbst hinein. Durch Mitarbeiten, Mitdenken und Mitfühlen erlebt er selbst das bäuerliche Dasein in seiner Eigenart und Verantwortlichkeit. Alle Berichte über diese Arbeit unserer Jugend auf dem Lande lassen erkennen, wie stark ausrichtend diese Arbeit wirkt, die beiden Teilen von Nutzen ist: dem Stadtmenschen gibt sie die Erfahrung praktischer ländlicher Tätigkeit, Kenntnis des Bauerntums, das Erlebnis der Arbeit in ihrer Schwere und Verantwortlichkeit, bei der alles Unechte und Unwahre abfällt. Dem Landmenschen wird nicht nur die praktische Hilfe zuteil, sondern auch die lebendige Aufgelockertheit und Frische eines Jungen oder eines Mädels aus der Stadt wirken auf ihn.

Der Reichsarbeitsdienst führt heute die gesamte männliche Jugend zur Arbeit auf das Land. Er bringt sie nicht in das bäuerliche Leben, in die Familie und in den Arbeitsprozeß des Bauern selbst hinein, wenn er auch die Möglichkeit der Kenntnisnahme ländlicher Lebensformen erleichtert. Vielmehr besteht seine Aufgabe darin, daß er die Jugend auf einem Teilgebiet bäuerlicher Arbeit, der Urbarmachung, Rodung, Entwässerung des Bodens ansetzt. Der Arbeitsmann erhält eine bäuerliche Aufgabe, deren Durchführung in stärkstem Maße eine Erziehung durch das Land und zum Land bedeutet. Der Hauptakzent der Arbeit liegt in ihrer politischen Zielsetzung. Sie ist nicht von den unmittelbar notwendigen Aufgaben eines einzelnen landwirtschaftlichen Betriebes her bestimmt, sondern von der politisch-völkischen Zweckhaftigkeit, die darin besteht, daß Staat und Volk neues Land brauchen. Durch diese politische Sinngebung der Arbeit im Reichsarbeitsdienst rechtfertigt sich auch von dieser Seite her die häufig nicht verstandene Erfassung des Bauernsohnes, der zwar die Art der Arbeit gewohnt ist, sie aber in der Einzelwirtschaft mit ihren materiellen und personellen Bindungen und Verpflichtungen

getan hat, sie also nicht als uneigennütigen Dienst in der Mannschaft kennt. Wenn demnach die Spatenarbeit sich erlebnismäßig verschiedenartig auswirken wird: bei dem Städter anders als bei dem Bauern, bei dem Erdarbeiter anders als bei dem Bürogehilfen, bei dem Kaufmann anders als bei den Studenten, so wirkt sie als formende Kraft doch einheitlich durch die politische Energie, die ihr zugrunde liegt. Die Schulung, die einen geopolitischen Grundzug trägt, wird an diese verschiedenen Erlebnisformen anknüpfen, aber die gesamte Mannschaft zu der Einheit des politischen Zieles des Nationalsozialismus hinführen. In diesem Sinn werden im Reichsarbeitsdienst in besonderem Maße die Formkräfte der Landschaft wirksam gemacht und zu der Entfaltung eines geopolitischen Bewußtseins gesteigert.

Zu den erzieherischen Maßnahmen, die vom Lande Kenntnis geben und die Verbundenheit mit ihm entwickeln sollen, gehört nun vor allem auch die starke Verlagerung der Erziehung, der Schulung und Unterrichtung in die Landschaft. Das „Lager“ bezeichnet charakteristisch die heutige Schulungsform, aber auch das Land-„heim“ bringt die Jugend in die Landschaft ebenso wie die „Fahrt“, die seit der deutschen Jugendbewegung die zünftige Form des Erwanderns der Landschaft ist. Wenn sich auch in diesen Erziehungsformen, bei dem Hinausgehen in Natur und Landschaft keine Eingliederung in den bauerlichen Arbeitsprozeß ereignet, so ist doch das Leben der betreffenden Mannschaft von vornherein in die elementaren Bedingungen der ländlichen Lebenswelt gestellt, die eine wirksame Erlebnisbasis für Schulung und Unterrichtung darstellen. Die Hochschulen für Lehrerbildung werden zum Teil aus den Städten in den landschaftlichen Raum verlegt, weil hier die natürliche Umwelt und Grundlage für ihre Arbeit gegeben ist.

Bevor wir den Aufbau der Bewußtseinsinhalte in allen diesen Fragen kurz kennzeichnen, müssen wir einen Begriff hervorheben, der die Bedeutung der Landschaft für den Aufbau des Lebens besonders deutlich hervorhebt: „Heimat“. Das Wort Heimat umfaßt den Bezug eines Menschen zu einer ihm innerlich nahestehenden und erlebnismäßig verbundenen Umwelt. Wir sind uns gerade heute in der Zeit der Ausweitung des individuellen Lebensraumes durch die Technik und den Stil unserer Zeit im besonderen darüber klar, welche große Bedeutung es für den inneren Aufbau eines Menschen hat, ob er in seiner Kindheit in der Stetigkeit einer gleichartigen Umgebung gelebt hat, ob er einen geschlossenen Lebensraum hatte, in dem sich seine Entwicklung so vollzog, daß er ihn als seine Heimat empfindet. Das Heimatgefühl ist dann am stärksten, wenn es an einen landschaftlichen Raum anknüpft. Nietzsche sagt einmal in „Menschliches, Allzumenschliches“: „Empfindungen auf dem Lande: Wenn man nicht feste, ruhige Linien am Horizont seines Lebens hat, Gebirgs- und Waldlinien gleichsam, so wird der innerste Wille des Menschen selber unruhig, zerstreut begehrlieh wie das Wesen des Städters, er hat kein Glück und gibt kein Glück.“

c) Geopolitische Bewußtseinsbildung

W. H. Riehl sagt in seiner Beschreibung des Bauern: „So ist der deutsche Bauersmann wohl national mit Leib und Leben, Geist und Herz und Sitte; aber die bewußte Idee des Nationalität ist ihm so gewiß noch nicht aufgegangen, als er sie in einer Beschränkung in der Tat auch gar nicht nötig hat. Sein Standpunkt angeht des Staates und der Nation ist gleichsam ein Stand der Unschuld, er hat noch nicht vom Baume der Erkenntnis gegessen, seine historische Sitte ist sein politischer Katechismus.“

In diesen Worten charakterisiert sich das 19. Jahrhundert, das noch keine politische Erziehung in unserem Sinne kannte und das Glück der Beschränkung ohne politische Energie liebte. Der Nationalsozialismus dagegen sieht es als seine Aufgabe, die politische Bewußtheit herzustellen und auf der erlebnismäßigen Grundlage elementarer Bodenverbundenheit und landschaftlicher Kraft den Aufbau einer völkischen Bildung vorzunehmen. Sosehr wir auch wissen, daß es in erster Linie auf das Erlebnis, auf eigene innerlich tiefgreifende Erfahrung und auf das instinktsichere Erfassen und Handeln ankommt, so halten wir es doch für notwendig, den Erlebnisgrund durch seine Bewußtmachung zu klären und zu festigen und ihm seine Ausrichtung zu geben.

Das Bewußtsein der Land- und Raumfragen in ihrer Verbundenheit mit dem völkischen Leben und der Bereich der diesen Zusammenhang betreffenden Erkenntnisse ist durch das Wort „Geopolitik“ bezeichnet. Keine eigene Wissenschaft ist damit zunächst gemeint, sondern gleichsam nur eine eigene Griffweise, die ein bestimmtes, sich immer wieder auf allen Gebieten für den Aufbau des völkischen Lebens als wichtig erweisendes Element hervorhebt. Die Bewußtseinsbildung in den Fragen der Formkraft der Landschaft vollzieht sich in der Einschaltung des geopolitischen Gesichtspunktes auf allen Gebieten der Schulung und der Unterrichtung, wo ihm neben dem rassepolitischen Gesichtspunkt eine ganz besondere Bedeutung zukommt. Er muß in seinem vollen Umfang behandelt werden, nicht allein in einer einzelnen Frage, sondern in der Berücksichtigung des ganzen Fragenzusammenhangs von Volk, Mensch und Landschaft, so wie wir versucht haben, auch den ganzen Umkreis der Formkräfte der Landschaft zu umschreiben. Es wird dann darauf ankommen, ihn von seinen erlebnismäßigen Grundlagen her zu entwickeln, jede zu behandelnde Frage mit dem konkreten inhaltlichen Geschehen zu erfüllen, und sie zum Material der nationalsozialistischen politischen Willensbildung unseres Volkes zu machen.

KARL HAUSHOFER:

Geopolitischer Schrifttums-Bericht

(Fortsetzung aus dem Juliheft)

14. „Der Große Brockhaus“, Bd. 19;

Tou-Wam — enthält, geopolitisch betrachtet, als Probestücke erster Ordnung Tschechoslowakei und Türkei, Ukraine und Ungarn, und endlich die Vereinigten Staaten; städtegeographisch boten besonders reizvolle Probleme Tunis und Turin, das jubelfeiernde Vancouver (dem dankenswerterweise der ganze Lageplan des Grenzverlaufs beigegeben wurde), das außerordentlich liebevoll behandelte Venedig, Verona mit gut herausgeschnittenem Luftbild der Arena, Versailles — mit allem, was daran hängt. Gern würden wir in der reichen Ausbildung des Schlagworts „Volk“ neben dem schönen, gerafften „Völkerbund“-Aufsatz auch noch die Volkspolitik im Gegensatz oder vielmehr Zusammenbau mit der Staatspolitik gefunden haben. Unter den Persönlichkeiten greift der Ostasienforscher zunächst nach „Tschingis Chan“ und findet angesichts des Sparzwanges mit dem Raum eine Fülle von Angaben und weiteren Hinweisen; für die geopolitisch bedeutendste Gestalt Jung-Chinas „Tsiang Tschung-tschen“ besser bekannt in seiner britischen Umschreibung „Chiang Kai-shek“ ein gutes Lebensbild des Vielgelobten und Vielgescholtenen; ein vielleicht für ihre Totengräberrolle am chinesischen Reichsgedanken etwas zu wohlwollendes Bild der Kaiserin „Ts'i-hi“, je nachdem man zu ihr stand, der alte Buddha oder der alte Drache geheißten. Mit großem Geschick ist die Feder bei der „Tschechoslowakei“ geführt, dem in deutschen Wissenshandbüchern wohl schwierigsten Gegenstand, dessen Hauptschwäche eigentlich nur in der Karte 57b hervortritt. Besonders wohl gelungen an der „Türkei“ ist, neben dem gedrängten Geschichtsabriß, die „Karte der Landschaftszonen“. Bei „Ukraine“ und „Ungarn“ sind Hemmungen unverkennbar, die wohl die Darstellung des Wohnraums des 45-Millionen-Volks der Ukrainer (etwa nach A. Chéradame) und des Gesamtanspruchs im Karpathenraum oder -becken der Stephanskronen verboten? Der Abschnitt „Vereinigte Staaten“ ist eine Landeskunde in nuce. Der vielleicht vom Leser darin gesuchte deutsche

Blutanteil am Aufbau der USA. steckt in den schönen Karten 12 und 12b des Bd. IV, die man zum Vergleich heranziehe. Auch Bd. 19 hält, neben allem sonstigen Wert, eine starke und zugleich federnde geopolitische Linie durch: vom großen Leitaufratz bis zu kleinen Spuren (Vogesen, Volkstrachten z. B.).

Hans Hummel und Wulf Siewert: Der Mittelmeerraum. Zur Geopolitik eines maritimen Großraumes.“ 196 S., 36 Karten. Heidelberg-Berlin 1936. Kurt Vowinkel Verlag. Schriften zur Geopolitik, Heft 11.

Einzel- oder Gemeinschaftsarbeiten im Stil der „Adriafrage“ von J. März oder des „Mittelmeerraumes“ von H. Hummel und W. Siewert mit ihrer ganzen Schrifttumssichtung müssen für alle wichtigen See- und Landgroßräume der Erde vorliegen, bis an die Abfassung eines wirklich überzeugenden Handbuchs der „Geopolitik“ gedacht werden kann. Darum treibt die Zeitschrift für Geopolitik ihre Vorbereitungsarbeit, wie sie jedem die Überschau der Aufsätze über den Mittelmeerraum am Schlusse der verdienstvollen jüngsten Schrift enthüllt, der wissen will, was redliche Auflockerungsarbeit in planmäßigem Vorgehen im geopolitischen Arbeitsfeld ist. Dann kann, nach mehr als fünfzig vorbereitenden Feldbestellungen, eine solche Sammelernte voll guter Gedanken, neuer Durchblicke und Sehkreiserweiterungen reifen wie die von Hummel und Siewert, die dann wirklich imstande ist, wenigstens Wege der Lösungen zu allen Fragen zu weisen, die in so dichtverfilztem Gewebe über dem Mittelmeerraum hängen. Noch sind wir im Tasten nach den letzten, zweckmäßigsten Stilformen, in denen wir ein erdumspannendes Mosaik solcher geopolitischer Schriften schaffen wollen; und diese hier ist ein neuer, kühner, reizvoller Versuch. Vergleichen wir ihn aber und seine ebenso knappgefaßte wie reiche Ausstattung mit dem ärmlichen politisch-wissenschaftlichen Rüstzeug, mit dem gewiß nicht Heer und Flotte, aber das doch ebenso im totalen Krieg stehende und leidende Volk 1914 beim Losbruch des Wetters dastand, wägen wir

ab, wie lange es dauerte, bis Nord- und Ostsee, wie Mittelmeer von A. Merz erscheinen konnten, mit einer einzigen, statt der 36 Karten dieses Werks, dann erst wird uns durch Rückschau die Größe der bisherigen geopolitischen Arbeitsleistung klar. Die Selbstverständlichkeit des Vorführens dieser Höhen-

stufe ist es nicht zuletzt, was wir Hummel und Siewert danken. Den Gehalt ihrer Arbeit? — Ja, den sollen die durch Lesen prüfen, die ihr Arbeitsertragnis angeht. Das sind so ziemlich alle, die 1935/36 Zeitungen gelesen haben und Reden des Duce, von Lord Eden u. a. im Rundfunk hörten!

KARL HAUSHOFER:

Abschlüsse und Krönungen von Handbüchern des Wissens in ihrem Verhältnis zur Geopolitik

Der **Große Brockhaus** liegt abgeschlossen und begonnen zugleich im **Band XX**, dem letzten und dem ersten Ergänzungsband vor. Der letzte und der erste, wir wissen es wohl!, gehören zu den schwierigsten Leistungen der Lexikographie, weil sie den Bogen von Vergangenheit zur Zukunft wölben. Band XX des Großen Brockhaus ist glänzend gelungen. Ein Höhepunkt ist vor allem der ausgezeichnet gefaßte „Weltkrieg“, das wesentliche von dem, was sachlich an Kenntnissen der Vorgänge in die Zukunft gerettet werden sollte. Unter den immer schwierigen Stadtporträts ragen „Washington“, „Warschau“ [zu dem die Bilder glücklicher gewählt werden konnten], das ausgezeichnete „Wien“ und „Zürich“ hervor. Dankenswert ist das Durchhalten mit den Städtebildern, unter denen „Würzburg“ und „Yverdon“ besonders ansprechen.

Geopolitisch vorzüglich ist die Kartenausstattung zu „Westindien“; dankenswert die Darstellung der „Wolgarepublik“ und des „Zonenstreits“. Der **Ergänzungsband** zum Großen Brockhaus zeigt zunächst, wie viel lebendige Bewegung sich innerhalb der Erscheinungszeit eines so stattlichen Werks ihr Recht auf Verzeichnen erworben hat, aber auch mit welcher Aufmerksamkeit im großen und kleinen die Schriftleitung dieser Bewegung folgte.

Neben dem ganzen Neubestand, den die deutsche Reichserneuerung, Bau und Gliederung der NSDAP. selbstverständlich verlangte — [wobei die Kartenausstattung, ganz abgesehen von der Flaggentafel, wertvolle Fingerzeige gibt, die z. B. der Vorbetonung der Landwirtschaft gerecht werden] — sind alle Feinheiten der geopolitischen Neuerscheinungen berücksichtigt, z. B. die „Adriafrage“ mit der Arbeit von J. März. Berechtigte Städtewünsche nach Plänen ließen sich erfüllen, wozu wohl Basel, Bern, Salzburg zählen, die der Lorbeer von Zürich nicht ruhen ließ. Die Forderung nach stärkerer Betonung der Rassenlehre, der Stammeskunde hat sich auch sonst, z. B. für „Ausgrabungen“ wohlätig ausgewirkt. Bei der Übersicht der „Asiatischen Völker“ kann nur begrüßt werden, daß man der zusammengesetzten Rassenbildung der ostasiatischen Hochkulturvölker dadurch Rechnung trug, daß man Chinesen, Koreaner und Japaner in einer eignen Gruppe zusammenfügte, und von Mongolen, wie Tungusen deutlich abhob, wenn auch natürlich Blut von beiden in den Adern der Hochkultur-rassen fließt. Der heiklen Palaeo-Asiaten-Frage weichen die „Sibirischen Völker“ (Ainu?); und „Toriadscha“ sind schließlich nur Menschen des Innern, im Gegensatz zu den Orang Malaiu. Aber es ist besser, kommenden Aufhellungen Raum zu lassen, als Unverbürgtes zu verzeichnen oder Vorstellungshilfen, die dann verschwinden.

Dankenswerterweise sind bei trägem wie schnellem Bevölkerungswachstum die Zahlen, wo es anging, mindestens auf das große Volkszählungsjahr 1930 nachgebracht und zumeist die Jahreszahlen beigesetzt. Bei „Bewässerung“ ist Sappers vorzügliche Karte wiedergegeben. Für „Bolivien“ ist die kleine, aber inhaltsreiche Skizze zum Chacokrieg hinzugekommen. „Buda-pest“ und „Bulgarien“ haben neue Verwaltungsgrenzen erhalten, aber auch bereits im Großen Brockhaus. Das „Donauraum“-Gespenst — eine geschickte Konstruktion der französischen Kulturpolitik — ist kartographisch beleuchtet, was es nicht verträgt; denn schließlich entspringt die Donau doch am Schwarzwaldrande, und ihr Oberlauf kann ihr nicht willkürlich abgeknöpft

werden, weil man Deutschland vom Mittel- und Unterlauf zurückhalten möchte. Es gibt eben geopolitisch keine Donauraum-Lösung ohne oder gegen Deutschland, was schon Ignaz Seipel klar erkannte. Karten- und Bildertafeln des Deutschtums im Ausland sind wesentlich bereichert. Die Erdölwettbewerbs-Leitungen sind als Skizze im Nahen Osten festgehalten. Tafelproben germanischer Kunst, ein schönes Tundrabild treten neu auf.

Vielleicht könnte das Zittern des Volksdichtezeigers für Japan um 180 auf dem Quadratkilometer im Inselreich selbst, für Italien um 153 in der Halbinsel, für Deutschland zwischen 140 und 150 im Reich die Druckverwandschaft noch deutlicher angeben, wenn man das Unland in Betracht zöge, dessen Abrechnung Siedlungsdichte und Volksdruckzahlen wesentlich emporschnellen läßt. Hier heißt es, alles auf einen Nenner bringen!

Schweden und seine Stellung zur Ostseefrage hat eine schöne Karte erhalten, und Dank verdient auch ein neues gutes, farbenplastisches Blatt Mandchurei und Korea in gehaltvoller Ausführung.

Wer geopolitisch mit den Karten des Großen Brockhaus arbeitet —, und sie verdienen es wohl und mögen manchen Atlas ersetzen! — der übersehe das vortreffliche Kartenverzeichnis und den handlichen Kartenweiser nicht, wie sich überhaupt ein Studium der Apparatur des gewaltigen Handbuchs wohl bezahlt macht.

Fast gleichzeitig mit dem Schlußstein des Großen Brockhaus ist mit Band XII des Großen Herder ein anderer Schlußstein gesetzt worden. Die ausgezeichnete Wertbeschaffenheit der kleinen, aber gut ausgewählten kennzeichnenden Landschafts- und Städtebilder ist bis zum Ende durchgehalten worden. Ungewöhnlich gut, fast wie heroische Miniaturen, scheinen uns der Untersberg von Maria Gern; die grasige Urallandschaft; Urwaldskizzen, die Illustrationen zu Josef Ponten sein könnten; Veltlin; Venedig und die Venedigergruppe; das „Verlandungs“bild; Die Gipfel, „Wächte“; Walchensee und Wald; das Walserthal; die Weichsel; Wien, besonders das wundervolle Innere des Stefansdomes: eine Altgold-symphonie!; endlich das Wutachtal. Der Volkskunst sind schöne Blätter gewidmet.

Die „Vatikanstadt“ von oben mit Schlüsselskizze gibt einen Momenteindruck in nuce der geopolitisch so interessanten Kirchenstaats-Resterscheinung. Die „Verdun“-pläne zeichnen sich durch eine diskrete Farbengebung aus, die das Wesentliche gut hervortreten läßt und dennoch die Erinnerung auch im einzelnen stützt. Bei den „Vereinigten Staaten“ erfreuen besonders einige geschichts- und bevölkerungspolitische Karten. Schöne Blätter an sich sind der „Vererbung“, der „Verkündigung“ geweiht; die „Wellen“ von Larisch, von anerkannter Berühmtheit, erfahren erfolgreichen Wettbewerb durch schöne „Wolken“-studien. Das weite Einzugsgebiet des Stichworts „Volk“ ist gut umrissen; der „Völkerwanderung“ sind plakartartige Karten gewidmet. Nur die „Volkspolitik“, das „volkspolitische“ Moment im Gegensatz zum staatspolitischen Denken ist uns entgangen. Eine besonders gute lexikalische Idee ist in der „Vornamen-Erklärungstafel“ zu begrüßen.

Anschaulich dargetan ist Sappers Domäne: der „Vulkanismus“! Packend vermitteln eine Übersicht der Welterzeugung und Weltverteilung die „Weizen“, „Wolle“- und „Zucker“-karte. Feinheiten führen der Wuppertalplan, die Zisterzienser-Kulturkarte vor, und verdienstlich ist die übersichtliche Anführung der Wilsonpunkte. „Vierwaldstätter See“, „Zermatt“ und „Zugspitz“ zeigen eine wohlgelungene Gebirgskartensymbiose mit Baedeker. Warum nicht? Sollen sich doch weltbekannte deutsche Verlagsunternehmen gegenseitig stützen und verstreben, statt sich zu befehlen!

Damit ständen wir vor einem höchst gewinnbringenden Tun, das Jüngern der Geopolitik nur empfohlen werden kann, nämlich bedeutsame Gegenstände wie etwa den „Weltkrieg“ in zwei so guten, wenn auch richtungsverschiedenen Handbüchern des Wissens, wie der Große Brockhaus und der Große Herder zu vergleichen, und damit erst aus beiden den vollen Wert herauszuholen, wie man ja auch nicht auf eine Zeitung, auf eine Zeitschrift schwören soll.

Denn in einem guten Brockhaus- oder Herderaufsatz steckt so viel menschliche oder wissenschaftliche Leistung, daß sie sich nicht auf flüchtiges Durchfliegen hin erschließt; sie muß herausgearbeitet werden.

Ein solcher Vergleich aber sollte nicht zu einem Aburteilen oder Abwerten dort oder hier des einen oder andern, immer verschieden angepackten Begriffs führen, sondern, wie es einmal für die beiden großen Weimarer Dichter ausgesprochen wurde, die Deutschen sollten froh sein, daß sie ein paar solche Kerle haben. Wenn der Leser gerecht ist, dann mündet seine Betrachtung in die abschließende Anerkennung zweier monumentaler Werke, die, wo es die Mittel gestatten — beide in Haus und Bücherei gehören, weil man durch beider Benutzung und Vergleich auch geopolitisch stereoskopisch sehen lernt, und wirklich einen Richtweg, einen Zäsarenweg zur politischen Bildung darin finden kann. Daß der letzte Band schon wieder die Forderung zum nächsten ersten enthält — das liegt im Sinn des Weges der Menschheit empor, der kein Rasten kennt.

HANS HUMMEL: Büchertafel

Geographie

1. Handbuch der geographischen Wissenschaft. Hrs. Fritz Klute. Lieferung 52—70. Athenaeon, Wildpark-Potsdam 1935.

Wir freuen uns, von dem schnellen Fortgang des großangelegten Unternehmens wiederum Kenntnis geben zu können. Langsam zirkelt sich jetzt die endgültige Form des Werkes ab, das würdig neben der französischen Parallelerscheinung der „Géographie universelle“ steht, ohne der subjektiven Tendenz dieses französischen Werkes anheimzufallen.

Als neu begonnene Bände melden wir: Nord- und Mittelamerika und Arktis; bearb. von Bruno Dietrich, Hermann B. Hagen, Franz Termer und Ernst Sorge. Vier Lieferungen liegen uns vor, in denen die einen glänzenden Überblick gebende Einleitung von Dietrich, ferner der größte Teil des Abschnittes über Britisch-Nordamerika enthalten sind. Über physikalisch-geographische, wirtschafts- und politisch-geographische Tatsachen wird in bewährtem Stil erschöpfend Auskunft gegeben.

Ebenso schmücken reiche schwarzweiße und farbige Abb. den anderen Mittel- und neuen Band über Osteuropa, der von Paul Vosseler, Norbert Lichtenecker, Fritz Machatschek und Max Friederichsen bearbeitet wird. Hier haben wir den Abschnitt Schweiz von Vosseler und den Anfang des Teiles Österreich von Lichtenecker vorliegen, die beide aus reichem Material sorgfältig bebildert sind.

Um zunächst weiter in Europa zu bleiben: vier neue Lieferungen des Teiles Süd- und Südosteuropa mit dem Anfang des Abschnittes Italien, von Helmut Kanter, in einer prachtvollen Monographie schon bis zu den letzten Einzellandschaften fortgeschritten.

Am Italienabschnitt fallen die vielen, sauber gezeichneten Karten über alles Wissenswerte so auf wie bei dem schwierigen Thema Nordasien, Zentral- und Ostasien, das den Schluß des Teiles über Sibirien und

Russisch-Turkestan (A. Schultz) und die lesenswerte Einleitung des China-Abschnittes von Georg Wegener bringt.

Eine weitere Lieferung führt uns in den heißumkämpften Orient und gibt aktuelle Unterlagen über die palästinensische Wirtschaft und über Nordsyrien. Da es an guten Monographien über den Gesamtorient mangelt, hoffen wir besonders auf einen schnellen Beschluß dieses Teiles, der seine Ergänzung im ersten Teil des Afrikabandes findet, der den nördlichen Teil behandelt. Die letzte Ägyptenlieferung liegt vor, und schon beginnt der Herausgeber selbst, über sein spezielles Arbeitsgebiet „Afrika südlich der Sahara“ zu schreiben.

Zum Schluß wollen wir nicht vergessen, den Maler der farbenfreudigen Bildtafeln zu erwähnen, Ernst Vollbehr, der von seiner Weltreise wirklich eine große Sammelmappe mitgebracht haben muß.

2. E. G. Erich Lorenz: Inselschicksale. 98 S., 24 Tafeln. 2. Aufl. Franckh, Stuttgart 1934. Kart. RM. 2.60, Leinen RM. 3.60.

Formosa, Santorin, Tristan da Cunha, Pitcairn, Osterinsel, Halligen, Island, Haiti — kreuz und quer führt uns L. über die Welt auf der Suche nach merkwürdigen Schicksalen einsamer oder zu wenig einsamer Inseln. Flott geschrieben werden eine Reihe interessanter Schlaglichter gegeben.

3. William Beebe: 923 Meter unter dem Meeresspiegel. 255 S., 128 teilweise farbige Abb. 2. Aufl. Dt. von Max Müller. Brockhaus, Leipzig 1935. Geh. RM. 8.—, Leinen RM. 9.50.

Ein wahrhaft phantastisches Buch. Nach einer leicht und humorvoll geschriebenen Einleitung über die Technik des Tauchens berichtet B. mit Hilfe von vielen Photos über seine Erlebnisse in der Tiefsee, über die neuentdeckten Tierwunder und die Lebensbedingungen in bisher von Tauchern nicht erreichten Tiefen. Wieder wurde eine kleine Lücke im Wissen von der Erde ausgefüllt.

4. **Westermanns Deutscher Reichsatlas.** Hrs. F. C. H. Reichel, 70 Karten, 40 S. Text. Westermann, Braunschweig 1935, RM. 4,80.

Sehr brauchbares Nachschlagewerk, an dem vor allem neben den ausführlichen statistischen Angaben aller Art die Nebenkarten interessieren. Die Hauptkarten der einzelnen Provinzen sind in der bisher bekannten Art ausgeführt.

Außenpolitik und Staatenkunde

1. **Alois Fischer von der Eger: Quo vadis, Europa?** 408 S., 46 Karten. Berglandbuch, Graz 1933.

Das Buch würde heute kaum noch in Österreich erscheinen können. Es bemüht sich, die sozialen und nationalen Vorgänge in Europa gerecht zu sehen und aus dieser Kenntnis eine Prognose für Europa abzuleiten, die an dem leider irrationalen Wunsch nach harmlosem Frieden leidet. Das Ziel: Materielle Wohlfahrt für alle und freie Bahn für die Wohlfahrt der Kulturbewußten! ist nicht unser Ziel. Das unterscheidet F. von uns, daß er das Materielle vor dem Völkisch-unmateriellen sieht, daß er vernunftgemäß an die Probleme Europas geht, fußend auf Befriedungsplänen, die nicht zu verwirklichen sind, und — leider — fußend auf einer einseitig verstandenen Geopolitik. Trotz der ehrlichen und sympathischen Bemühung ist das Werk nicht durchaus als gelungen zu bezeichnen.

2. **Wolfgang Windelband: Die auswärtige Politik der Großmächte in der Neuzeit.** 400 S. 3. erw. Aufl. Essener Verlagsanstalt, Essen 1935. Geb. RM. 8,50.

Das bewährte Werk des Berliner Historikers ist nach langen Jahren umgearbeitet und erweitert neu erschienen. Nach einer monographischen Einleitung über die Entstehung des Staatensystems verfolgt W. vorwiegend die europäische Politik bis in die jüngste Zeit und schließt mit der historischen Entwicklung der nationalsozialistischen Revolution und ihrer Auswirkung auf das neuzeitliche Staatensystem. Dabei wird sorgsam darauf Gewicht gelegt, auch die dogmatische Entwicklung der Außenpolitik durch die Jahrhunderte zu kennzeichnen. Unter Vernachlässigung des trockenen Tatsachenmaterials gelingt es W., ein außerordentlich plastisches Bild der Politik zu geben. Ein nützliches Buch.

3. **Ivar Lißner: Blick nach draußen.** 84 S. Hanseatische Verlagsanstalt, Hamburg 1935. Kart. RM. 2,—.

L. hat einige Gedanken, die ihm auf einer Studienreise durch Frankreich, die USA. und

England gekommen sind, in einer kleinen Schrift niedergelegt, die mithelfen soll, die Vertrauenskrise in der Welt zu beheben, soweit die Jugend aller Staaten davon betroffen ist. Mit überwiegend journalistischem Material als Grundlage werden gelegentlich etwas vorschnell Urteile gefällt.

4. **Sven Hedin: Von Pol zu Pol.** 2 Bde., 335 und 312 S., 55. u. 56. Aufl. Brockhaus, Leipzig 1934/35.

Wieder liegen Neuauflagen des berühmten ebenso journalistisch lebendigen wie belehrenden Anschauungsmaterials vor, das H. für die Jugend schrieb, woran sich aber eigentlich erst der freut, der schon viele schlechte und sehr schlechte Reise-Erdbeschreibungen gelesen hat, um nun aufatmend zu H. zurückzukehren. Der eine Band mit dem Untertitel „Rund um Asien“ enthält Skizzen über Deutschland, die Donauländer, den Orient, Indien, Tibet, Australien, China, Japan und rückwärts über Sibirien nach Europa. Erlebtes von vielen Reisen, lebenssprühend zusammengestellt. Der andere heißt „Vom Nordpol zum Äquator“ und führt uns aus der Arktis nach England, Frankreich, Italien und Ägypten nach Ostafrika.

Geopolitik

1. **Geopolitik. Sonderheft der „Deutschen Völkserziehung“.** Nr. 2/1935. Diesterweg, Frankfurt/Mai 1935.

Mit Aufsätzen von alten ZfG-Mitarbeitern: Gehl, Hinst, Zeck, Pudelfko, Springenschmid und Thieß.

2. **Hans Linhardt: Geopolitische Skizzen-schule: Die europäische Welt.** 67 S. u. 60 Skizzen in einer Mappe. Oldenbourg, München-Berlin 1935, RM. 6,—.

Eine Anleitung für das Zeichnen geopolitischer Karten im Schulunterricht. Im Erläuterungsheft werden Anregungen für die Unterrichtsgestaltung gegeben, denen man die langjährige Erfahrung des Autors anmerkt. Die Skizzen selbst sind anspruchslos und — selbst für Schuleinführungen — zu wenig dynamisch.

3. **Schulungstafeln für politische Erdkunde.** Hrs. J. G. Boeckh. In Tafeln. Voggenreiter, Potsdam 1935. Je Tafel RM. 0,10.

Auch diese Tafeln sollen Unterrichtszwecken dienen, richten sich aber außer an die Schulen auch an politische Organisationen und wollen einen Überblick über aktuelle Fragen der Tagespolitik geben. Sie sind mit sehr instruktiven Karten ausgestattet, der Text jedoch ist meist sehr lakonisch.

Das Erkennen der verborgenen

Charaktereigenschaften eines Menschen ist keine Geheimwissenschaft, sondern eine aus der Praxis herausgewachsene und erprobte Art der Menschenbeurteilung. Man muß es verstehen, aus Handschrift, Körperhaltung, Schädel- und Handform seines Gegenübers die Schlüsse zu ziehen, die das eigene Handeln bestimmen müssen. Dafür gibt es feststehende Regeln, die Dr. v. Kreusch dargestellt und erläutert hat in dem Buche

Praktische Menschenkunde

Dr. v. Kreusch blickt auf eine langjährige Praxis als Berater vieler großer Firmen in diesen Fragen zurück. Was er Ihnen zu sagen hat, ist sicher die RM 8.50 wert, die das Buch kostet. Lassen Sie es sich doch gleich einmal ganz unverbindlich zur Ansicht kommen vom
**VERLAG FÜR WIRTSCHAFT
U. VERKEHR, FORKEL & Co.,
STUTTGART, PFIZERSTR. 60B**

Pero

Das vornehme, preiswerte Maß-Oberhemd

in den besten Qualitäten
direkt ab Fabrik.

Verlangen Sie heute noch
unverbindlich für Sie
Musterabschnitte.

Mechanische Wäschefabrik P. Rödel

hervorgeg. a. Drel-Zack & Fischer & Söhne
Oberkotzau, Bayr. Ostm. 79

„we have no journal
like »die neue linie«!“

„... nous admirons extrêmement votre »die neue linie«!“.. In welchen Sprachen auch immer das Lob der „neuen linie“ verkündet wird, alle sind von Schönheit und Gehalt, von Form und Ausdruck dieser prachtvollen Zeitschrift begeistert. Sehen Sie sich bitte das neueste Heft an: Wäre ein Abonnement auf „die neue linie“ nicht ein nobles Geschenk für eine Frau von Geschmack? * „die neue linie“ bezieht man monatlich für RM 1.— durch den Buchhändler. Beyer-Verlag Leipzig/Berlin.

THE HUNGARIAN Quarterly

Unter diesem Titel erscheint in Budapest,
HERAUSGEGEBEN VON DER
„SOCIETY OF THE HUNGARIAN
QUARTERLY“

eine Vierteljahrsschrift in englischer Sprache. Ziel der unter der Führung des ehem. ungarischen Ministerpräsidenten Grafen Stefan Bethlen stehenden Gesellschaft ist es, in einer großangelegten Zeitschrift mitteleuropäische, insbesondere ungarische Fragen zu erörtern, ferner Geschichte und Gegenwart Ungarns in einzelnen Aufsätzen dem gebildeten Ausland vor Augen zu führen.

*

THE HUNGARIAN QUARTERLY erscheint viermal jährlich, jede Nummer in einem Umfang von 192 Seiten mit Bildbeilagen.

*

BEZUGSPREIS FÜR EIN JAHR:

In Deutschland RM 9.—, in England 14/—,
in den Vereinigten Staaten \$ 4.—

*

INHALT DER ERSTEN NUMMER:

King George the Fifth

The Hungarian Quarterly	Count Stephen Bethlen
Hungary and Great Britain	The Marquess of Londonderry
United States of Europe.	N. Murray Butler
Future of the League	Sir Arnold Wilson
Count Albert Apponyi	G. W. Wickersham
League and Small Nations	Stephen Gwynn
„Hungaria Aeterna“	C. A. Macartney
England and Hungary	Alexander Fest
Hungary's New Economic Start	Custos
The Peoples of the Steppe	Tibor Horváth
Hungarian Painting	François Gachot
Hungary's Linguistic Isolation	Watson Kirkconnell
Music in Hungary	Cedric Thorpe Davie
Hungarian Folk Tales	Julius Ornatus
Hungarian Magic Dances	Akos Szendrey
Reminiscences of Mecca	Julius Germanus
Three Short Stories	Zsigmond Móricz
A Hungarian in Borneo	Owen Rutter
Transcontinental Road	Sir Stenson Cooke
A Danubian Chronicle	Andrew Frey

Magdeburg in der Politik der deutschen Kaiser

Beiträge zur Geopolitik und
Geschichte des ostfälischen Raumes

Inhalt

U. Crämer: Magdeburg und der
ostfälische Raum in der deutschen
Kaiserzeit / R. Holzmann: Otto der
Große und Magdeburg / J. Mark-
mann: Zur Geschichte des Magde-
burger Rechtes / W. Greifshel: Die
Baukunst der Ottonen / S. Gröger:
Grundlagen der Handels- und Ver-
kehrsentwicklung Magdeburgs in
der deutschen Kaiserzeit / Stichwort-
verzeichnis / Verzeichnis der Abbil-
dungen und Karten

Als Beilage:

Karte des Magdeburger
Stadtrechts

226 Seiten Text und 64 Seiten geopolitische
Reliefkarten und Abbildungen auf Kunst-
druck, mit großer fünffarbiger Karte
Preis etwa 5.— RM

Kurt Vowinkel Verlag
GmbH.
Heidelberg—Berlin